Donnerstag, 3. April 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme: Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 77 - 14.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Argentinien: Die Offiziersausbildung der Bundeswehr soll bei der in Argentinien beabsichtigten Neustrukturierung der Streitkräfte zum Vorbild werden, erklärte der neue Verteidigungsminister Lopez (Foto) im Gespräch mit der WELT. Verteidigungsminister Wörner hat Lopez die Bereitschaft zu verstärkter Ausbildungshilfe der Bundeswehr signalisiert. (S. 6)



Anschläge: Auf eine Bank in Stuttgart und auf das Gebäude der Polizeiinspektion in Feucht bei Nürnberg sind Anschläge verübt worden, bei denen Sachschaden entstand. Politische Hintergründe werden vermutet.

Kontrollgremien: Das Vertrauensgremium des Bundestags-*Haushaltsausschusses zur Kon*trolle der geheimen Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste soll künftig nicht mehr jährlich, sondern für eine ganze Legislaturperiode gewählt werden. Damit will die Koalition vermeiden, daß die Dienste zeitweise nur mit vorläufigen Etatansätzen wirtschaften müssen.

Schwerbehinderte: Das vierte Sonderprogramm zur Ausbildungs- und Arbeitsplatzförderung ist um 515 Millionen Mark aufgestockt und bis zum 30. Juni verlängert worden. Mit dem Programm waren bisher über 20 000 Stellen geschaffen worden.

Bulgarien: Scharfe Kritik an Wirtschaft, Wissenschaft und Partei hat den Auftakt des 13. Parteitags der bulgarischen Kommunistischen Partei bestimmt. Staatschef Schiwkow prangerte Betrug, Korruption und Schlendrian am Arbeitsplatz an. Das innerparteiliche Leben nannte er passiv, „starr und langweilig". (S. 5)

Terror: Nach den jüngsten Terroranschlägen linksextremer Gruppen hat die Polizei in Tokio die Zahl der Sicherheitskräfte von 12 000 auf 20 000 erhöht. Das Gästehaus der japanischen Regierung, die US-Botschaft und der Kaiserpalast in Tokio waren zuletzt Ziel von Sprengstoff-Anschlägen gewesen.

Palästinenser: Das Verbindungsbüro der PLO in der jordanischen Hauptstadt Amman ist geschlossen worden. Diese Entscheidung der jordanischen Regierung ist eine Folge des Bruchs zwischen König Hussein und PLO-Chef Arafat.

Umwelt: Die Zerstörung der Umwelt ist nach den Worten von Papst Johannes Paul II. Ausdruck von „Verachtung der Ziele der Schöpfung". Bei seiner ersten Generalaudienz in diesem Jahr auf dem Petersplatz nannte er die Verachtung der Ökologie „eine *Form von Egoismus*, der gegen die Gemeinschaft gerichtet" sei.

Gekündigt: Etwa 100 Piloten der schwedischen Luftwaffe haben zum Jahresende gekündigt, weil sie mit der Bezahlung unzufrieden sind. Das ist rund ein Fünftel der Flugzeugführer.

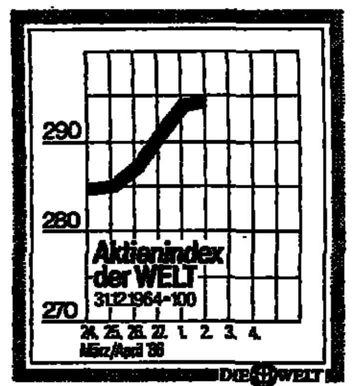
Appell: Die Freilassung von 17 sowjetischen Juden, die als politische Gefangene in Haft sind, hat die Gesellschaft für bedrohte Völker gefordert und zugleich an die westlichen Politiker und die Gewerkschaften appelliert, sich verstärkt für die jüdische Minderheit in der UdSSR einzusetzen.

WIRTSCHAFT

Frankreich: Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung in Paris zeigt behutsam ihre Konturen, sie ist offensichtlich weniger ambitiös als ursprünglich geplant. Das deutete sich an auf der ersten Pressekonferenz von Wirtschaftsminister Balladur. (S. 7)

Italien: Offiziell gibt es derzeit etwa 2,5 Millionen Arbeitslose, tatsächlich aber lediglich eine Million. Dies bestätigt ein führendes Marktforschungsinstitut in Rom, das „Grauzonen" in den Beschäftigungs-Statistiken durchleuchtet *hat.* (S. 12)

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich ein einheitlicher Trend nicht ausbilden. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 295,02 (294,91). BHF Rentenindex 108,064 (108,150). BHF Performance Index 104,583 (104,683). Dollarmittelkurs 2,3678 (2,3363) Mark. Goldpreis pro Feinunze 335,50 (333,70) Dollar.



KULTUR

Skulpturenpark: Der Yorkshire Sculpture Park versucht, in gleichem Maße junge Künstler zu fördern und bereits etablierte auszustellen. Henry Moore, einer der Förderer dieses Parks, sagte einmal: „Bildhauerei ist eine Kunst für den freien Raum. Tageslicht und Sonnenschein sind dafür unverzichtbar". Die Natur ist ihm die beste Ergänzung. (S. 17)

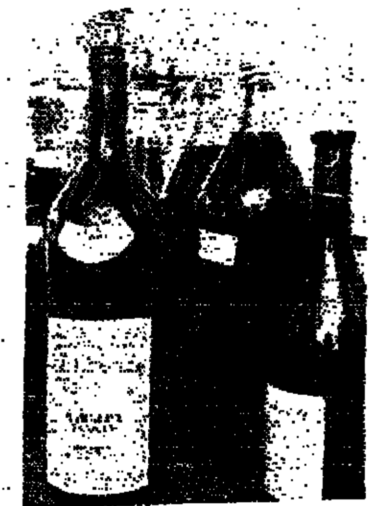
Charme und Ironie: Der „Zauberhafte Zirkus" der Prager „Laterna Magica" ist ein großes weltliches Märchen vom Sieg des Guten über das Böse. Die Botschaft ist wahrlich nicht neu, doch in ihren Bann läßt man sich immer wieder gern ziehen – zumal bei so liebenswürdiger Verpackung. Die Prager gastieren derzeit in der Bundesrepublik. (S. 17)

SPORT

Tennis: Beim Grand-Prix-Turnier in Atlanta gewann Wimbledon-Sieger Boris Becker zusammen mit dem Australier Pat Cash in der ersten Doppelrunde gegen die Amerikaner Steve Meister und Eliot Teltscher in zwei Sätzen mit 7:6 und 6:4. (S. 15)

Fußball: DFB-Teamchef Beckenbauer berief den 33jährigen Dieter Hoeneß (Bayern München) für das WM-Testspiel am kommenden Mittwoch gegen die Schweiz in Basel. Hoeneß hatte zuletzt im *Mai 1979* zwei Länderspiele bestritten. (S. 15)

AUS ALLER WELT



Wein: Der italienische Giftweinskandal hat inzwischen 14 Todesopfer gefordert. Jetzt warnt auch der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Matthiesen vor Tafelweinen in Zwei-Liter-Flaschen (Foto), die mit Methanol versetzt sein könnten. (S. 18)

Schiffsuntergang: Der Dreimaster „Marques", Teilnehmer der Internationalen Hochseeregatta der Tiefseesegler, hatte 1984 in stürmischer See 19 Menschen in die Tiefe gerissen. War das Schiff unter Regattabedingungen niemals seetüchtig? Fragen, die jetzt vor dem Londoner Seeamt zur Diskussion stehen. (S. 18)

Gericht in Bayern untersagt Stimmzettel-Aktion des DGB

Einstweilige Verfügung gegen Betriebsrat / Scharfe politische Diskussion

DW. Bonn

Im Streit um die gestern vom Deutschen Gewerkschaftsbund gestartete Umfrageaktion zum Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz verhärten sich die Fronten. Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, bezeichnete die Stimmzettelaktion als politisches Manöver zur Täuschung der Arbeitnehmer. Durch die *Neuregelung des Paragraphen 116* seien weder das Streikrecht noch die Streikfähigkeit der Gewerkschaften angetastet worden. Er verwies auch darauf, daß nach dem Betriebsverfassungsgesetz und höchstrichterlicher Rechtsprechung der Betrieb nicht politisiert werden dürfe. Die Firmen seien berechtigt, die Befragung auf dem Werksgelände zu unterbinden. Einige Unternehmen hatten sich gestern auch daran gehalten, doch ließ der DGB in diesen Fällen vor den Werkstoren abstimmen.

Dem Betriebsrat des BMW-Werkes Landshut war die geplante Abstimmung durch eine einstweilige Verfügung der Kammer Landshut des Arbeitsgerichtes Regensburg untersagt worden. Das Verteilen sowie das Einsammeln der Stimmzettel habe zu unterbleiben. Für den Fall der Zuwiderhandlung hatte das Gericht ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark angedroht. Eine Begründung gab das Gericht in dem Eilverfahren nicht.

Nach ersten Informationen begann die zweiwöchige Stimmzettelaktion in den meisten Regionen gestern nur schleppend. Eine stichprobenartige *Umfrage bei einigen Betriebsräten* ergab, daß die Stimmzettel noch nicht überall eingetroffen waren. Von Gewerkschaftsseite dagegen hieß es, in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Teilen Hessens sei die Befragung „ganz gut" oder auch „sehr positiv" angelaufen.

Die Aktion ist allerdings auch bei Gewerkschaftsmitgliedern nicht ganz unumstritten. „Wenn ich ehrlich sein soll, ich steig' da überhaupt nicht mehr durch", sagte eine junge Krankenschwester in Stuttgart, nachdem sie die Frage auf dem Stimmzettel gelesen hatte. Sie wisse nicht mehr, wem sie glauben solle, und vielen ihrer Kolleginnen gehe es ähnlich. „Trotzdem erwarte ich, daß sich viele gegen die Änderung wenden werden", beschreibt sie die Stimmung, einfach weil sie Angst vor einer mittel- oder langfristigen Schlechterstellung hätten.

Unterstützung für seine Aktion erhielt der DGB von den Grünen. Sie forderten in Bonn alle Arbeitnehmer auf, der Einschüchterung der Arbeitgeberverbände, diese Befragung sei illegal, nicht nachzugeben. Die Grü*nen sahen in der Befragung* „in wichtiges Mittel des Protestes gegen die Neuregelung des Paragraphen 116".

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärte dagegen im Norddeutschen Rundfunk, er halte diese Aktion für ein „Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Gefahr für die Streikfähigkeit", nämlich daß „sauer verdiente Beitragsgroschen für die Neue Heimat ausgegeben werden für ein Versagen" der Gewerkschaftsvorsitzenden in deren Aufsichtsrat. Er schlug vor, die Arbeitnehmer in den Betrieben einmal in einer Stimmzettelaktion zu befragen, „ob die wissen, wieviel Geld von ihrem Beitrag für die Neue Heimat abgezweigt wurde".

USA gehen in Nahost in die Offensive

Bush-Reise zu Arabern / Peres in Washington: „Neue Ideen für Friedenslösung"

wth. Washington

Nur wenige Tage nach der bewaffneten Konfrontation mit Oberst Khadhafi vor der libyschen Küste startet die Reagan-Administration eine diplomatische Offensive im Nahen Osten. Vizepräsident George Bush bricht heute zu einer zehntägigen Nahostmission auf, die ihn nach Saudi-Arabien, Bahrein, Oman und dem Nordjemen bringen wird.

Bush wird bei seinen arabischen Gastgebern die Notwendigkeit und die Motive für die amerikanischen Manöver im Mittelmeer erklären und betonte, daß er gegenüber seinen arabischen Gesprächspartnern kein Blatt vor den Mund nehmen werde.

„Der Präsident und ich glauben, daß eine Mission in den Nahen Osten zu diesem Zeitpunkt sehr wichtig ist", sagte Bush, spielte jedoch mögliche Erfolgserwartungen mit Nachdruck herunter: „Ich erwarte keine dramatischen Ergebnisse von meinen Gesprächen."

Im Mittelpunkt seiner Gespräche in Saudi-Arabien wird das Thema amerikanischer Waffenlieferungen stehen. Die amerikanische Regierung hatte am 11. März ihre Absicht bekanntgegeben, Waffen im Werte von 354 Millionen Dollar an Saudi-Arabien zu liefern und war mit diesem Plan im Kongress auf starken Widerstand der pro-israelischen Fraktion in beiden Häusern aufgelaufen.

George Bush hatte unmittelbar vor seiner Abreise in die arabischen Länder ausgiebige Gespräche mit dem israelischen Premierminister Peres, der zu einem viertägigen Besuch in den USA weilt. Peres erklärte in einer anschließenden Pressekonferenz, daß er mit der amerikanischen Administration „einige neue Ideen" über die Wiederbelebung des Friedensplans im Nahen Osten diskutiert habe, daß es aber noch zu früh sei, darüber offen zu sprechen. Es sei wichtig, trotz der vergangenen Rückschläge in diesen Bemühungen die Tür für weitere Lösungen offen zu halten.

Peres meinte, daß sich die Probleme im Nahen Osten angesichts der fallenden Öleinnahmen der Opec-Länder in Zukunft immer mehr in den wirtschaftlichen Bereich verlagern werden. Über die Situation der israelischen Wirtschaft sagte Peres, daß die strikten Wirtschaftsmaßnahmen, die die Reagan-Administration an ihre Finanzhilfe für Israel knüpft, einen „sensationellen Effekt" hätten, obwohl er selbst zunächst darüber starke Zweifel gehabt habe. Peres erwähnte in diesem Zusammenhang auch die von ihm verfochtene Idee eines „Marshallplans für den Nahen Osten" für die pro-westlichen Länder in dieser Region.

Peres unterstützte im übrigen nachdrücklich die amerikanischen Aktionen gegen Khadhafi. „Er hat Libyen zu einem Stützpunkt für Terroristen gemacht und konnte sicher sein, daß niemand darüber auch nur warnend einen Zeigefinger heben würde. Nun weiß er, daß es Probleme für sein Land geben wird, wenn er den Terror weiter wie bisher verbreiten sollte."

Franke wehrt sich gegen Vorwürfe

Transaktionen des Senators / Justiz: Keine Verdachtsmomente / Vorstand der CDU tagt

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Bausenator Klaus Franke (CDU) hat gestern Vorwürfe zurückgewiesen, die in der neuesten Ausgabe des Hamburger Magazins „Stern" veröffentlicht werden. Franke, der sofort nach Kenntnisnahme der gegen *ihn erhobenen Beschuldigungen mit* dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen telefonierte, soll laut „Stern" über zehn eigene Konten rund 800 000 Mark laufen lassen haben, „deren Herkunft unklar ist".

Das Magazin beruft sich auf Angaben aus der Sonderkommission der Berliner Kripo, die mit den Ermittlungen in der Berliner Bau- und Korruptionsaffäre betraut ist. Die „Soko Lietze", so genannt, weil in der Lietzenburger Straße die ersten Hinweise auf den Bauskandal entdeckt wurden, soll unter anderem Franke-Konten bei der Bank für Kredit und Außenhandel in Zürich und auf einer Bank in Luxemburg entdeckt haben. Über diese Bank habe die Familie Franke Goldgeschäfte abgewickelt. Die Transaktionen sollen in die Zeit fallen, als Franke Direktor einer senatseigenen Baugesellschaft (DEGEWO) war. Wegen eines umstrittenen Bauprojektes in der Ära Franke mußte sich der heutige Senator damals vor einem Untersuchungsausschuß des Parlaments verantworten.

Der Leiter der Justizpressestelle Moabit, Walter Neuhaus, erklärte zu dem Bericht, gegen Franke bestehe „kein Tatverdacht". Franke will heute entscheiden, ob er Strafanzeige „gegen Unbekannt" stellt, denn er sei bisher weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Kripo vernommen worden. „Ich habe weder als Chef der DEGEWO noch als Bausenator unrechtmäßige Zahlungen erhalten", sagt er. Doch Klaus Franke, ehemaliger Fregattenkapitän bei der U-Bootwaffe, bestätigt, daß die vom „Stern" genannten Summen über die Konten der „Eheleute Franke" gelaufen sind.

Nach Frankes Darstellung setzten sie sich wie folgt zusammen: Ausgezahlte Lebensversicherungen, aufgelöste Sparbücher, Hausverkauf und eine Steuerrückerstattung in Höhe *von 250 000 Mark – „der größten* Summe". Dieser Betrag sei an seine Frau gegangen, die „durch ihre Handelsvertretung sehr erfolgreiche Geschäfte abgewickelt hat". Sie nahm Sammel-Bestellungen für einen Kaufhaus-Konzern an.

Franke (Jahreseinkommen als Senator rund 160 000 Mark): „Ich kann jede Summe belegen. Wir führen eine *glückliche Ehe. Ich* sehe keine Veranlassung, die Konten von mir und meiner Frau zu trennen." Nach Frankes Ansicht ist durch die „Stern"-Veröffentlichung das Bankgeheimnis verletzt worden.

Der Vorstand der Berliner CDU wird am Montag über die Situation beraten. Die Sitzung war bereits einberufen worden, bevor die Vorwürfe gegen Franke bekannt waren.

SEITE 3
Heinrich ist müde geworden

Länder fordern neutrales NH-Gutachten

Minister Schneider: Für die Sanierung des Baukonzerns ist der DGB verantwortlich

ARNULF GOSCH, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider sieht sich durch die Mehrheit der Länder in seiner Auffassung bestätigt, daß Vorbedingung für weitere Sachgespräche über die Sanierung des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat (NH) die Anfertigung eines neutralen Gutachtens über das Vermögen der NH bleibt. Schneider sagte gestern, daß ihm bis Mittwoch mittag schriftliche Reaktionen von sechs Länderkollegen auf sein Fernschreiben vom 25. März vorlagen. Weitere drei Amtskollegen hätten sich telefonisch gemeldet. Alle stellten – unabhängig von der parteipolitischen Zuordnung – einmütig fest, daß ein internes Papier der NH nicht ausreichend sei. Weitere Gespräche über die Zukunft des Konzerns hätten nur dann Sinn, wenn zuvor eine neutrale Prüfungsgesellschaft die wirtschaftliche Lage des Unternehmens untersucht habe. Lediglich von Nordrhein-Westfalen und von Hessen stünden Antworten wegen Abwesen*heit der Minister noch aus. Schneider* rechnet aber noch für diese Woche mit entsprechenden Stellungnahmen.

Wie der Minister erklärte, hatten sich nach dem von allen Gesprächsteilnehmern gebilligten Protokoll am 5. Februar in Bonn der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sowie die Geschäftsführung der NH bereitgefunden, die Treuarbeit AG mit einem Gutachten über die wirtschaftliche Lage des Gesamtkonzerns zu beauftragen, was unter anderem auch das Gesellschaftsvermögen umfassen sollte.

DGB und NH wurden von Schneider erneut mit Nachdruck aufgefordert, diese Vereinbarung einzuhalten und ein entsprechendes Gutachten endlich in Auftrag zu geben. Wer öffentliche Hilfen in Anspruch nehmen wolle, müsse auch seine Vermögensverhältnisse offenlegen. Eine Lex Neue Heimat werde es nicht geben. *Im übrigen mache das von der NH* übermittelte „Memorandum" deutlich, daß es auch nicht im Ansatz zufriedenstellende Antworten auf die von Schneider und seinen Länderkollegen gestellten Fragen gebe. Als Grundlage für weitere konkrete Sachgespräche sei dieses Papier deshalb ungeeignet.

Abschließend stellte Schneider fest, daß für die Sanierung des Konzerns ausschließlich der DGB verantwortlich sei. Der Bund werde hierfür keine Gelder zur Verfügung stellen. Seine Rolle als Gesprächs-Koordinator will Schneider nur beibehalten, wenn die offenen Fragen geklärt und die Vereinbarungen vom 5. Februar eingehalten werden. Schneider legte Wert auf die Feststellung, daß die gesamte gemeinnützige Wohnungswirtschaft nicht an den Pranger gestellt werden dürfe.

DER KOMMENTAR

Schlechtes Bild

ENNO v. LOEWENSTERN

Für Chruschtschow war Berlin ein Hühnerauge, auf das man nach Belieben treten könne; bestimmte Kreise im Westen haben ihm und seinen Erben gern dabei geholfen. Als er seine Ultimaten gegen den freien Teil der Stadt proklamierte, wurde diesseits des Eisernen Vorhangs die Sorge geschürt, daß Berlin auf die Dauer nicht zu *halten sei. Als die Gefahr sich* im Inneren der Stadt breit machte und Gewalttäter sich in leerstehenden Häusern sammelten, wurde ihnen Sympathie zuteil im Namen der „Wohnungsnot". Wo war die „Wohnungsnot", wo ist sie geblieben?

Inzwischen ist: Berlin unter neuer politischer Führung zu neuer Blüte gelangt. Aber die Stadt ist wieder ins Gerede gekommen, durch Skandale. Diesem Rauch liegt Feuer zugrunde, wie Maßnahmen der Berliner Justiz belegen. Die Stadt ist nicht tabu, weil sie *prekär gelegen ist. Auch eine* erfolgreiche Regierung muß im Falle hinreichenden Verdachts Rede und Antwort stehen. *Es ist tragisch, wie der* hochverdiente Innensenator Lummer, dessen Mut und Umsicht die Stadt die Wiederherstellung ihres Ansehens mitverdankt, ins Gerede kam. Geldgeschäfte mit Extremisten sind zwar nicht unbedingt strafbar. Aber man ver*steht nicht, wie Lummer sich* die Instinktlosigkeit von Kontakten zu einem Rechtsaußengrüppchen leisten konnte.

Wenn jedoch in Fernsehmagazinen aus spekulativen Erklärungen eines Verhafteten gegen Lummer zitiert wird, so ist das ebenso *widerlich* wie *Illustrierten-„Enthüllungen"*, die von der Staatsanwaltschaft längst als strafrechtlich irrelevant befundene „Konten des Herrn Senators" (Franke) als Neu-Affäre hochzuspielen suchen. Die Betroffenen haben ein Recht auf faire Behandlung. *Die Stadt Berlin hat es auch.*

Erste Sitzung des Parlaments in Paris

DW. Paris

Ein Vertreter der rechtsextremistischen Nationalen Front hat gestern als zweitältester Abgeordneter die Eröffnungsrede bei der konstituierenden Sitzung der französischen Nationalversammlung gehalten. Alterspräsidenten Marcel Dassault (94) war erkrankt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl des neuen Parlaments-Präsidenten. Ministerpräsident Chirac hatte den ehemaligen Regierungschef Jacques Chaban-Delmas ins Rennen geschickt.

Seite 4: Enger Kontakt mit Raimond

Bush: Schäden für unsere Wirtschaft

DW. Washington

Der Preis für Rohöl ist nach Ansicht der US-Regierung aus Gründen der nationalen Sicherheit tief genug gefallen. Vizepräsident George Bush erklärte, er wolle bei seinem bevorstehenden Besuch in Saudi-Arabien am Donnerstag auf die Notwendigkeit einer größeren Stabilität des Ölmarktes hinweisen. Der momentane Preisverfall schädige die amerikanische Wirtschaft. Er betrachte seine Reise jedoch nicht als Preissetzungsmission.

Seite 5: Ölpreis-Sturz

Weniger Alkohol, weniger Unfälle

DW. Bonn

Die Zahl der Verkehrsunfälle, die durch Alkoholgenuß verursacht wurden, ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Bundesjustizminister Hans Engelhard erklärte, daß sich der seit Jahren anhaltende Trend fortgesetzt und zu einem neuen Tiefstand geführt habe. 1985 hätten 36 497 alkoholisierte Personen Unfälle mit Personenschäden verursacht, das seien 11,1 Prozent weniger als im Vorjahr. 1970 habe die Zahl noch bei 56 576 gelegen.

Explosion tötet Flug-Passagiere

AFP, Athen

Bei einer Explosion in einer Linienmaschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA über Griechenland sind gestern mindestens drei Passagiere getötet worden. Ihre Leichen wurden durch die Explosion im Gepäckraum aus der Maschine geschleudert und in Argos (Peloponnes) gefunden. Ein Passagier wird noch vermißt, sieben weitere wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht, unter ihnen fünf Amerikaner, ein Grieche und ein Araber.

Neue Erkenntnisse zum Waldsterben

DW. Karlsruhe

Zwischenergebnisse des Projektes „Europäisches Forschungszentrum für Maßnahmen zur Luftreinhaltung" haben aufsehenerregende Erkenntnisse über den Forschungsstand zum Waldsterben erbracht. Erste Begasungsexperimente an geklonten Bäumen belegen eindeutig, daß Luft*schadstoffe aus den Abgasen von* Verkehr und Industrie „vorrangig" an der Schädigung der Pflanzen beteiligt sind.

Seite 6: Experimente

Verstärkung für die WELT

DW. Bonn

Harald Günther (35), erfahrener landespolitischer Beobachter in Baden-Württemberg, ist als Korrespondent der neue Mann der WELT in Stuttgart. Der Journalist war bisher in der Landeshauptstadt Büroleiter der „Südwestpresse". In der Bonner Zentralredaktion der WELT hat Paul F. Reitze (44), seit 1975 Feuilleton-Chef des „Rheinischen Merkur", die Leitung des neugeschaffenen Ressorts Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften übernommen.

Boff: Vatikan akzeptiert die Befreiungstheologie

Brasilianischer Franziskaner-Pater darf wieder lehren

SAD, Rio de Janeiro/Rom

Der brasilianische Franziskaner-Pater Leonardo Boff vertritt die Ansicht, daß er aus dem Konflikt mit dem Vatikan siegreich hervorgegangen ist. Nach dem Ende seiner zehnmonatigen Schweige-Auflage verkündete der deutschstämmige Priester: „Der Vatikan hat die Befreiungstheologie als ernste und notwendige Lehre akzeptiert." Er gelte in Rom nicht mehr als theologischer Einzelgänger. Boff will nun in wenigen Tagen in der texanischen Universität San Antonio wieder an die Öffentlichkeit treten – mit demselben Vortrag, den er im Juni vorigen Jahres wegen des Redeverbots nicht halten konnte. Der Pater hatte am Osterwochenende die Nachricht erhalten, er dürfe fortan wieder lehren und seine Werke publizieren.

Die Vertreter der brasilianischen Bischofskonferenz sprachen von einer „Kompromißlösung", die in Rom aushandelt worden sei. Papst Johannes Paul II. und 21 Bischöfe Brasiliens hatten vor zwei Wochen in Rom Meinungsverschiedenheiten erörtert und offenbar überbrückt. Die meisten brasilianischen Kirchenführer sind Anhänger der Befreiungstheologie, die gelegentlich die marxistische Gesellschaftsanalyse übernimmt.

In vatikanischen Kreisen wird die „Amnestierung" Boffs als eine versöhnliche Geste gewertet, die in Brasilien ein günstiges Klima für die Aufnahme des angekündigten zweiten Dokuments der Glaubenskongregation über die „Befreiungstheologie" schaffen könnte. Der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, erklärte dazu, daß das Dokument am Samstag der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Die soziale Aufgabe der Kirche soll darin stärker denn je betont werden. Das neue Dokument soll die 1984 veröffentlichte erste, betont kritische Stellungnahme der Glaubenskongregation ergänzen und die positiven Seiten der „Befreiungstheologie" herausstellen. In der neuen Schrift soll der bisher weitgehend auf die Dritte Welt beschränkten „Befreiungstheologie" eine gesamtkirchliche Dimension gegeben werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Schönwettertext

Von Günter Zehm

Der Text des innerdeutschen Kulturabkommens, der nunmehr vom Bonner Kabinett abgesegnet werden soll, ist ein mit schwammig formulierten „Erwartungen" bis obenhin angefüllter Wackelpudding, den niemand an die Wand eindeutiger diplomatischer Abmachungen nageln kann. Es ist ein typischer Schönwettertext, der sofort in seine Bestandteile zerfällt, wenn es im innerdeutschen Klima hagelt (und es hagelt bekanntlich oft).

Die drei neuralgischen Punkte des Abkommens waren und sind: *Erstens die Einbeziehung Berlins; zweitens der Affront* des Ostens gegen die Stiftung Preußischer Kulturbesitz; drittens die bürokratische Reglementierung schon bestehender oder künftiger innerdeutscher Kulturbeziehungen. Keiner dieser neuralgischen Punkte wurde wirklich ausgeräumt. Alles bleibt vom guten Willen der östlichen Seite abhängig.

Was Berlin betrifft, so will man sich im Kabinett tatsächlich mit der Anfügung der sogenannten Falin-Formel begnügen. Diese Formel konnte die alte Reichshauptstadt in bisherigen Fällen aber noch nie vor bitteren Diskriminierungen schützen, und die neuerdings versprochene Aufnahme von jeweils zwei, drei Berliner Daten in den sogenannten „Ereigniskalender" (der formell gar nicht zum Abkommen gehört) räumt die prinzipielle Schutzlosigkeit nicht aus. Dasselbe gilt von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Bürokratische Reglementierungen, z. B. das Übergehen von unbequemen Künstlern und Schriftstellern (vor allem von solchen, die von drüben stammen) bei Einladungen, sind beim jetzigen Stand des Textes vorprogrammiert. Bonn nimmt solche „Schönheitsfehler" offenbar in Kauf, weil es sich vom Abschluß des Abkommens insgesamt eine Verbesserung des kulturellen und des politischen Klimas verspricht.

Ob Honecker mitzieht, steht indessen gänzlich in den Sternen, und im Hintergrund lauert mißtrauisch der Kreml, immer bereit, sofort Eis auf eventuelle gesamtdeutsche Blütenträume zu werfen, seien sie auch noch so zart. Hätte man da nicht doch besser auf das Prinzip Verantwortung statt auf das Prinzip Hoffnung gesetzt?

Rückzug vor dem Terror

Von Peter M. Ranke

Hauptmann Corvée stand im Hof der Pinien-Residenz, als er am 12. März hinterrücks erschossen wurde. Die Villa war früher Sitz des französischen Botschafters und liegt nahe dem Moslem-Sektor von Beirut im Niemandsland. Corvée war der siebente französische Offizier der Überwachungstruppe, der seit März 1984 von muslimischen Terroristen ermordet wurde. Paris hatte die Offiziers-Gruppe unter Oberst Avon geschickt, um den Waffenstillstand der Milizen zu sichern.

Aber es gibt nichts mehr zu sichern. Daher zieht Frankreich seine fünfundvierzig Offiziere zurück. Ein Zeichen der Resignation, wie schon der Abzug der Truppen aus den USA, Frankreich, Italien und England vor zwei Jahren. Die Schießereien an der „grünen Linie" zwischen christlichen und Moslem-Milizen nehmen täglich an Härte zu, die Lage in West-Beirut ist gekennzeichnet durch Bomben-Terror, Entführungen und neue Gefechte zwischen der schiitischen Amal-Miliz und den PLO-Milizen in den Lagern.

Seit Jahrhunderten hat Frankreich die Christen an der Levante-Küste geschützt, es war auch für den jungen Staat Libanon die Brücke nach Westen. Heute aber sind Franzosen Freiwild im moslemischen Teil Beiruts für die schiitischen Terroristen der Hizbollah-Partei, Khomeinis verlängerten Arm. Die Entführung der vier Journalisten von „Antenne II" Anfang März, die Ermordung des Orientalisten Michel Seurat und die Verschleppung von drei Franzosen seit einem Jahr sind Operationen dieses Terror-Krieges. Zwei entführte englische Lehrer sind die jüngsten Opfer.

In „unserem" Libanon haben Fremde und vor allem Christen nichts mehr zu suchen, lautet die Botschaft von Hizbollah. Das zeigt sich auch in Südlibanon, wo die Israelis und christliche Milizen zunehmend unter Druck geraten. Noch steht dort auch seit 1978 die UNIFIL-Truppe mit siebentausend Soldaten verschiedener Länder. Jüngst wurden ein Ghana-Soldat und ein Fidschi-Korporal von Terroristen ermordet. Das Mandat dieser UNO-Schutztruppe muß jetzt verlängert werden. Aber es wäre nicht verwunderlich, wenn sie sich eines Tages auch vor dem Terror zurückzöge.

Was der DGB versäumt

Von Hans-Jürgen Mahnke

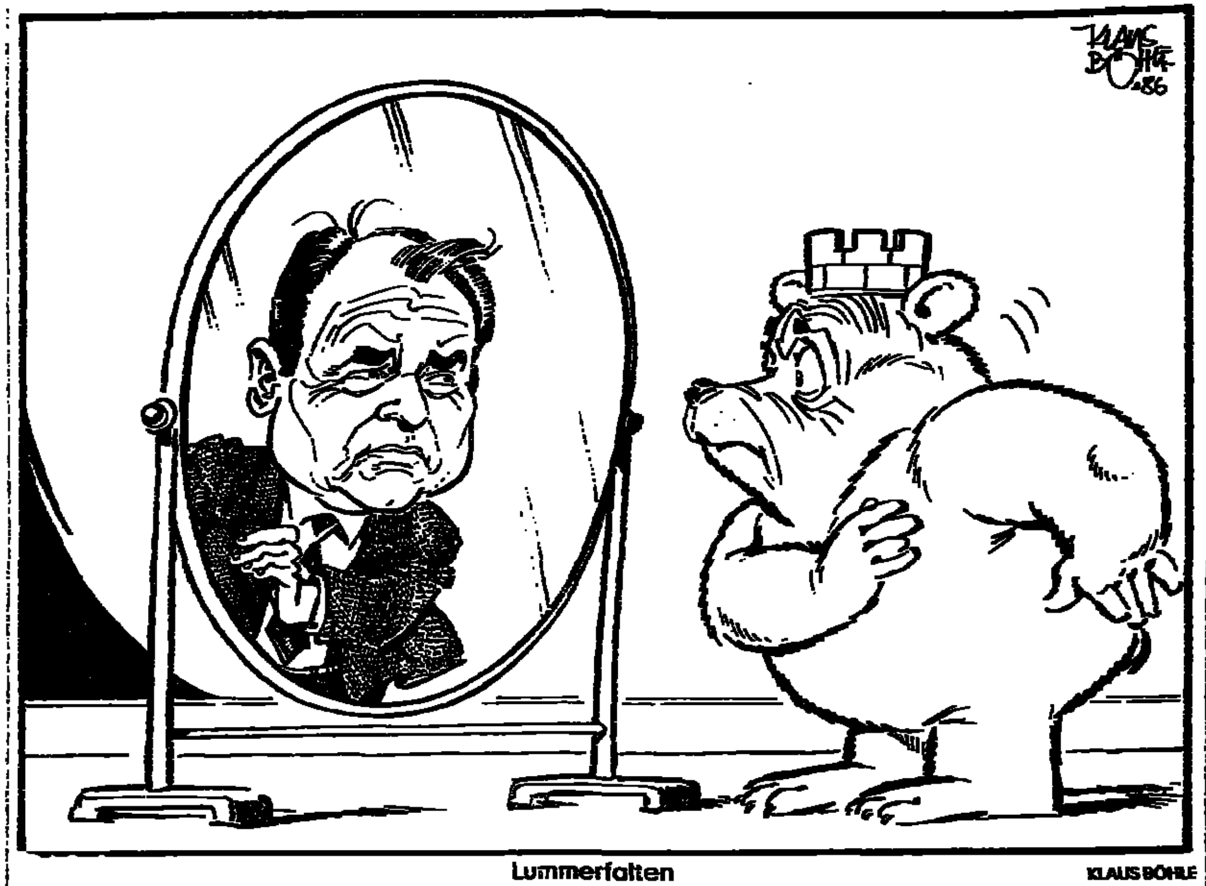
Wenn es um die Dauerarbeitslosigkeit geht, läßt sich nur etwas bewegen, wenn die Betroffenen mitziehen. Darauf hat Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble wieder einmal hingewiesen. Er mahnte die Betriebe, noch mehr Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Und der DGB dürfe bei seiner Polemik gegen die Bundesregierung nicht seine Aufgabe als Interessenvertretung der Arbeitnehmer vergessen, er müsse stärker dafür werben, daß Dauer-Arbeitslose ihre Chance der Fortbildung erkennen.

Immerhin verfügen 56 Prozent der Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Für die berufliche Fortbildung und Umschulung stehen den Arbeitsämtern in diesem Jahr 5,1 Milliarden Mark zur Verfügung, 35 Prozent mehr als vor vier Jahren. Damit könnten vierhunderttausend Dauer-Arbeitslose nach Angaben Schäubles qualifiziert werden. Davon machten aber viel zu wenig Gebrauch.

Erschreckend ist das schon – vor allem vor dem Hintergrund, daß es in manchen Bereichen und Regionen einen Mangel an Facharbeitern gibt. Für die schulische Ausbildung wurde in den vergangenen Dekaden getrommelt, auch in den beruflichen Ausbildungen ist in den letzten Jahren einiges geschehen. Die Zahl der Lehrlinge erklimmt immer neue Höchststände. Aber die Einsicht, daß angesichts des raschen technischen Fortschritts ein lebenslanges Lernen auch zur Erhaltung des Arbeitsplatzes notwendig ist, sitzt noch nicht tief genug, leider auch nicht bei den Betroffenen.

Viel mehr als die Möglichkeit, Versäumtes nachzuholen, kann der Staat nicht anbieten. Er sollte auch nicht immer neue Aufgaben an sich ziehen – und schon gar nicht die Milliardenverschwendung der sechziger und siebziger Jahre wiederholen, als das Geld massenhaft für überteuerte und völlig sinnlose Zusatzberufskurse hinausgeworfen wurde –; vielmehr sollte die Umschulung und Fortbildung in erster Linie dort erfolgen, wo der Bedarf am besten abgeschätzt werden kann, also in den Unternehmen selbst.

Bringen wird dieses aber nur etwas, wenn eine ausreichende Resonanz vorhanden ist. Dafür muß der Boden bereitet werden, und zwar gerade von den Arbeitnehmervertretern.



Lummerfalten

KLAUS BÖHLE

Hessisches Niveau

Von Paul F. Reitze

Es scheint, als würden die Richter zu Ersatz-Kultusministern für Hessen. Noch vor den Osterfeiertagen haben rund fünfzig Eltern den Versuch unternommen, mit juristischen Mitteln für ihre Kinder die Errichtung eines Gymnasiums in Wetzlar zu erzwingen. Mitte dieses Monats hat sich der Staatsgerichtshof mit einem Normenkontrollverfahren der CDU zu befassen. Wohl noch im September wird an gleicher Stelle eine von zweihunderttausend Bürgern angestrengte „Volksklage" verhandelt. Die Städte Frankfurt und Fulda tragen sich mit der Absicht, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, desgleichen der Main-Taunus-Kreis. Vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden schwebt ein von Eltern angestrengtes Verfahren. Erziehungsberechtigte aus der Wetterau, dem Kreis Marburg-Biedenkopf und aus Wiesbaden bereiten weitere juristische Schritte vor: eine Bilanz, die normalerweise für Politiker tödlich sein müßte.

Stein des Anstoßes ist vor allem das von der rot-grünen Koalition im vergangenen Sommer durchgepeitschte „Förderstufen-Abschlußgesetz", das landesweit die Grundschule faktisch um zwei Jahre verlängern soll. Dabei ging es dem Kultusminister Schneider (SPD) noch nicht schnell genug. Die seit 1955 in immer neuen Anläufen versuchte „Förderstufe", der mittlerweile um die sechzig Prozent der Kinder ausgeliefert sind, wird nach dem Buchstaben des Gesetzes bis zum 1. August 1987 verbindlich. Gleich nach der Verabschiedung richtete der Minister indes an die noch Säumigen eine geradezu herzliche Einladung, die Frist nicht auszuschöpfen: Wer unverzüglich zu handeln wünschte, wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß eine Rechtsverordnung dies ermöglichen werde, schon zum Schuljahresbeginn 1986. Die Hälfte reagierte prompt, die politischen Verhältnisse waren nun mal so.

Vergebens appellierten CDU und FDP an die Koalition, dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht vorzugreifen. Das wäre zumindest guter demokratischer Brauch gewesen. Vor allem aber wäre ein Quentchen pädagogischer Vernunft vielleicht noch durch die eine oder andere praktische Korrektur zu retten gewesen: Niedersachsen, das die Förderstufe unter dem Begriff Orientierungsstufe kennt, will sie nach bitteren Erfahrungen bald nach den Wahlen von Grund auf umgestalten. Die CDU/FDP-Regierung des Saarlandes hätte sie, laut Kabinettsbeschluß, ganz abgeschafft, hätte nicht Lafontaine wenig später obsiegt.

Auch die Klage der Wetzlarer Eltern hat – indirekt – mit dem „Förderstufen-Abschlußgesetz" zu tun. Zähneknirschend haben sie hingenommen, daß nicht allein die Stadt, sondern der ganze zugehörige Altkreis seit Jahr und Tag nur noch über Gesamtschulen verfügt. Sie schickten ihre Kinder außerhalb aufs Gymnasium. Jetzt wird ihnen auch diese Möglichkeit verwehrt. Das Gesetz sieht verbindliche Schulbezirke vor. Damit hat das Land Bremen schon experimentiert, als die Gesamtschule im freien Wettbewerb mit dem Gymnasium nicht reüssieren konnte. Hessen möchte den Fünft- und Sechstkläßlern nicht einmal den Besuch von Ausbildungsstätten im grenznahen Bayern, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg gestatten – wohl im Vertrauen darauf, daß danach ein Wechsel unmöglich ist. Zwei verlorene Jahre sind nämlich, zumal in der beginnenden Pubertät, nicht aufzuholen.



Richtersprüche werden mißachtet: Kinder im „Orientierungs"-Alter
FOTO: ANTHONY

Der Staatsgerichtshof hat bereits 1984 Klägern gegen die damalige Form der Förderstufe Recht gegeben. Den Mindestanforderungen, die dabei formuliert wurden, genügt das neue Gesetz nicht. Verlangt worden war eine ausreichende Differenzierung nach verschiedenen Anspruchsniveaus: „Ziel der Förderstufe muß demnach sein, daß sowohl der leistungsschwächere als auch der leistungsstärkere Schüler so gefördert werden, daß sie den Anschluß an die weiterführenden Schulen als Hauptschüler, als Realschüler oder als Gymnasiasten ohne Verzögerung erreichen." Ferner wurde den Politikern von den Richtern ins Stammbuch geschrieben: „Der Gesetzgeber muß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kern- und Kursunterricht festlegen."

Kultusminister Schneider ging mit dem Richterspruch um, als sei dieser ein Stück wertlosen Papiers. Differenziert werden soll nur in zwei von zwölf Fächern – wenn überhaupt. Der Regelfall: lediglich zwei Anspruchsniveaus in Englisch und Mathematik (nicht jedoch in der Muttersprache und in den für eine Industrienation überlebensnotwendigen Naturwissenschaften).

Ausnahmsweise kann Englisch als erste Fremdsprache durch Latein oder Französisch ersetzt werden, sofern „gesellschaftlicher Bedarf" nachgewiesen wird. Aber Schulträger und Lehrer können auch auf Differenzierung verzichten, zu Versuchszwecken. Nicht einmal der Zeitpunkt für die Einführung der verschiedenen Niveaus ist verbindlich festgelegt. Ob ein Kind etwas lernen darf, hängt von Zufälligkeiten ab, nicht zuletzt von der politischen Geographie des Wohnorts. Bildungsanspruch ver*kommt in der Lotterie.*

Offen bleibt ein einziger Ausweg: private Schulen. Einstweilen will sich Schneider mit Reglementierungen da zurückhalten. Auch in diesem Punkt sind ihm Bremens Genossen vorangeschritten. Als die Konkurrenz gefährlich wurde, kürzten sie die Staatszuschüsse, froren sie ein, gewährten keine Neugründungen: Freiheit auf Abruf.

IM GESPRÄCH Izaac Mokoena

Gebete gegen die Gewalt

Von Monika Germani

Luthers Lehre von den zwei Reichen ist für Bischof Izaac Mokoena, Oberhaupt der viereinhalb Millionen schwarze Gläubige im Alter über fünfzehn Jahre umfassenden RICA-Kirche (Reformierte Unabhängige Christliche Gesellschaft), eine der wichtigsten Richtlinien seines Glaubens. Das gilt besonders für die derzeitige politische Situation Südafrikas. Der zweiundfünfzigjährige Bischof ist überzeugt davon, daß nur ein kleiner Teil der schwarzen Bevölkerung („nur zweieinhalb Prozent!") für die Gewalttätigkeiten verantwortlich ist. Sie wollen seiner Meinung nach die Radikalisierung der Jugendlichen betreiben, um in der gesamten Bevölkerung ein revolutionäres Klima zu erzeugen und so den Sturz der Regierung zu erreichen.



Fordert Tutu zur Umkehr auf: Bischof Mokoena FOTO: DPA

Den Terror und das Chaos in den schwarzen Städten will die RICA-Kirche nun mit gemeinsamen Gebeten in allen Gemeinden beantworten. Im Gegensatz zur nur achtzehntausend Gläubige umfassenden Johannesburger anglikanischen Gemeinde Bischof Tutus sind diese Gebetsveranstaltungen nicht als politische Plattform gedacht. Der RICA-Bischof glaubt, Südafrikas Friedensnobelpreisträger befinde sich auf einem gefährlichen ideologischen Weg. So fordert Mokoena auch den weltberühmten Bischof auf, ebenso wie den südafrikanischen Kirchenrat und den Weltkirchenrat, sich endlich von den Gewalttätigkeiten nicht nur durch Worte, sondern in der Tat abzuwenden und sie nicht weiterhin zu dulden. Doch auch die Kirchenaustritte aus Tutus Gemeinde kritisiert Mokoena und fordert die Gläubigen auf, in ihrer Gemeinde eine Front gegen politischen Aktivismus zu bilden.

Der Bischof, der mit seiner Frau Miriam, einer Lehrerin, und seiner Familie, einem Sohn und sechs Töchtern, in Soweto lebt und mit einem japanischen Billigauto Besuche in seiner Gemeinde abstattet, äußert offen seine Unzufriedenheit über die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Er wünscht vor allem Frieden in allen Teilen des Landes und fordert das Ende aller revolutionären Veranstaltungen unter dem Deckmantel friedlicher Beisetzungen. Auch wendet er sich gegen Wirtschaftssanktionen durch das Ausland, die seiner Meinung nach der schwarzen Bevölkerung nur neue Leiden brächten.

Was sich derzeit abspielt, ist nach Mokoenas Einschätzung keine schwarz-weiße Auseinandersetzung: „Schwarze Brüder töten sich gegenseitig!" Er kritisiert die Verzagtheit der weißen Regierung, weil sie die schwarz-schwarze Konfrontation nicht zu beenden vermag. Sie unternehme halbherzige Maßnahmen mit Rücksicht auf die Weltmeinung. Chester Crockers Bekenntnis zur „Majority Rule" und Wahlen nach dem Modus „ein Mann eine Stimme" lehnt er für den Vielvölkerstaat Südafrika ab, in dem acht verschiedene schwarze Nationen leben, jede mit einer eigenen Sprache und Kultur: „Ein Engländer ist kein Franzose – und ein Afrikaner kein Deutscher."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung meint zum Paragraphen 116:

Der DGB zwingt mit seinem „Arbeitnehmer-Votum" die abstimmenden Mitglieder zur Lüge. Denn die Teilnehmer dieser Abstimmung werden genötigt, davon auszugehen, daß es sich um das „Ja" oder „Nein" zu einem Paragraphen 116 handelt, den die Gewerkschaft ausnahmslos als „Streikparagraphen" bezeichnet. Und das ist er nachweislich nicht. Tatsächlich regelt der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes auch in seiner korrigierten Fassung ausschließlich die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit. Und gegen diese kann niemand etwas haben.

BERLINER MORGENPOST

Sie schreibt zum Senator Lummer:

Es ist ein wahrer Jammer um diese politische Vollnatur. Lummer war allzeit ein unerschrockener Streiter für die Wehrhaftigkeit der parlamentarischen Demokratie. Er zog im Senat die Speerspitzen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition auf sich. Die Gedächtnislücken von Lummer sind nicht nur peinlich, sondern peinigend. Über eine gemeinsame Reise nach Beirut, die Putsch gezahlt haben will, enthält sich Lummer genauer Angaben. Das allein macht ihn so anfechtbar, daß er ohne Säumen seine Ämter ruhen lassen sollte, bis die Vorwürfe gegen ihn geklärt sind. Diepgens Treue zu Lummer ist persönlich ehrenwert, aber eine Korruptionsaffäre ohne Ende kann nicht nur in Berlin, sondern spätestens auch im Juni bei den Wahlen in Niedersachsen zum politischen Rohrkrepierer werden.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Auch das Essener Blatt beschäftigt sich mit dem Berliner Politiker:

Lummer ist immer noch Innensenator in Berlin. Trotz seiner jetzt eingestandenen Kontakte zu zweifelhaften Freunden, der undurchsichtigen Bekanntschaft mit einem „offensichtlich Kriminellen" (so Diepgen). Und trotz der immer spürbarer werdenden Belastung für den Senat der Spree-Metropole. Trotz alledem wird er (noch) gehalten im Amt, wie es einem ehrenwerten Mann geziemt. Aber wieviel Ehren ist er noch wert? Vermutlich ist das nur eine Frage der Verdienste. Heinrich Lummer hat viel getan für die Partei – und in deren Sinn.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung geht auf den Libanon ein:

Was auch immer die offiziellen Gründe sein mögen, der Abzug der französischen Militärbeobachter ist eine wahrscheinlich recht verspätete Anerkennung der libanesischen Realität, daß dort die Legalität ebenso dem Bereich der Erfindung entstammt wie die Einheit oder Integrität des Libanon. Sie ist Grundlage der ersten bedeutenden Entscheidung der Cohabitation-Führung in Paris und bestätigt die Unmöglichkeit des Zusammenlebens in Beirut. Und sie ist sicherlich eine Botschaft an die Adresse von Damaskus, wenn nicht sogar ein Blanko-Scheck.

Das Blutvergießen im Pandschab und Gandhis Zögern

Der Premier sucht Zeit zu gewinnen / Von Peter Dienemann

Rajiv Gandhi, so heißt es plötzlich – sogar in Kreisen der Kongreß-Regierungspartei –, habe die Kontrolle verloren, er zögere, er wisse keine Lösung. Gemeint mit der Kritik an dem Ministerpräsi*denten Indiens, der mit einundvierzig* Jahren die Nachfolge seiner von Sikhs erschossenen Mutter angetreten hatte, ist vor allem die Situation in Pandschab.

Das Land der Sikhs wird augenscheinlich von Terroristen beherrscht, die jeden Tag zehn Menschen töten. Die Opfer sind moderate Glaubensbrüder, die ihren Wunsch nach dem Sikh-Staat „Khalistan" nicht teilen, oder konservative Hindus wie jene RSS-Leute, die vergangene Woche bei Leibesübungen in einem Park niedergeschossen wurden. Oder Polizeibeamte, die versuchen, für Ordnung zu sorgen.

Der Chefminister von Pandschab, S. S. Barnala, zeigt sich zwar besorgt, zögert aber, mit seiner völlig demoralisierten Polizei – in der die Sikhs kaum die Hand gegen Terroristen erheben, die Hindus aber um so eifriger – scharf durchzugreifen. Zumal da er fürchtet, Sympathien seiner Sikh-Wähler zu verlieren.

Hilflos wie Barnala ist die gesamte indische Opposition. Die von *ihr organisierten „Bandhs", jene ta*geweisen Schließungen von Läden und Industrien, die jeden Monat irgendwo einmal in einem indischen Staat stattfinden und das Land nach Gandhis Rechnung am Tag eine Milliarde Mark an Produktionsausfall kosten, erfüllen schon gar keinen sinnvollen Zweck.

Warum weigert sich Gandhi, Barnala zu entmachten, das Pandschab-Parlament aufzulösen, den Staat unter Präsidentenherrschaft (president's rule) zu stellen und jene indische Armee, die 1984 und 1985 in Pandschab bewiesen hat, daß sie mit dem Terrorismus-Problem fertigwerden kann, dort wieder für Ruhe und Ordnung sorgen zu lassen?

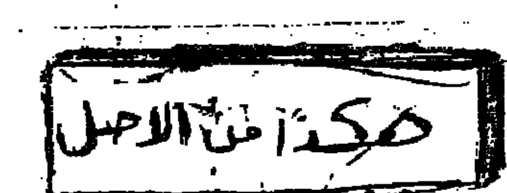
Dies hat System. Das Pandschab-Papier vom August 1985, auch von der Opposition kurzsichtig als „Lösung aller Probleme Pandschabs" bejubelt, diente in erster Linie dazu, durch eine Befriedung des Staates Wahlen zu ermöglichen. Mit dem Ziel, die Macht in die Hände der Sikh-Partei Akali Dal zu legen. Ihr unterlief denn *auch prompt mit der Entlassung* aller mutmaßlichen Terroristen aus den Gefängnissen Pandschabs jener Fehler, der Neu-Delhi später Munition im Wahlkampf gegen die Sikhs liefern sollte.

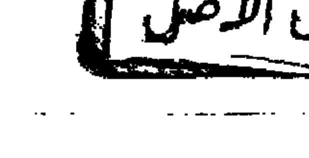
Die Pandschab-Politik, die Rajiv Gandhi und seine Chefdenker betreiben, muß zum – erwünschten – Sturz der Akali-Dal-Regierung führen, und zwar zu dem Zeitpunkt, den Neu-Delhi zum Eingreifen wählt. Die Zeit ist dafür noch nicht reif, denn erst soll jedermann – und jedem Sikh insbesondere – die Unfähigkeit der Pandschab-Regierung deutlich vor Augen geführt werden. Und ganz nebenbei liefert die Krise in Pandschab Munition für die Außenpolitik gegenüber Pakistan, dessen „Hand" in den Sikh-Unruhen nach indischer Regierungsmeinung zweifelsfrei erwiesen ist.

Politik, die Menschenleben kostet, ist nicht von Indien erfunden worden oder typisch für Indien, doch der Wert der Menschenleben wird hier weitaus geringer eingeschätzt als im westlichen Kultur*kreis. Die Toten Pandschabs* machen die von den Terroristen erwünschten Schlagzeilen, nicht aber jene weitaus höhere Zahl der Opfer, die monatlich bei Unruhen, Naturkatastrophen, Bandenüberfällen und Polizeieinsätzen ihr Leben lassen.

Die Vorwürfe von oppositioneller Seite, Rajiv Gandhi fördere die Destabilisierung des Landes durch sein Zögern in Pandschab, durch voreilige Versprechen wie im Pandschab-Papier oder Assam-Papier gegen die eingewanderten Bengalen und Nepalesen, durch Vertröstung der gegen die Reservierungspolitik Demonstrierenden in Gujarat auf eine künftige gerechtere Bildungspolitik, die nicht in Sicht ist, können so nicht stimmen. Ebensowenig wie der Vorwurf an den Ministerpräsidenten, er schüre die ohnehin bestehenden Gegensätze zwischen Hindus und Moslems mit seiner Entscheidung für das Persönlichkeitsrecht des Koran und gegen das Gesetz des säkularen Indiens, indem er Moslem-Ehemänner davon freistellte, ihren geschiedenen Frauen Unterhalt zahlen zu müssen, wie es für Angehörige aller anderen Religionsgemeinschaften gilt.

Mit dieser Entscheidung hat Rajiv Gandhi einen landesweiten Moslem-Aufstand vermieden, die einige Tage gespannte Lage entspannt, wie es auch sein politisches Ad-hoc-Ziel in Pandschab, Assam und Gujarat war. Denn die dortigen Probleme lösen kann er ebensowenig in der jetzigen Struktur Indiens wie seine Vorgänger im Amt oder die britischen und moslemischen Kolonialherren Indiens. Es sind die Probleme eines Vielvölker-, Vielsprachen- und Vielreligionenstaates. Und auch in Pandschab droht nach einer späteren eventuellen Regierungsübernahme durch die Kongreß-Partei eine Neuauflage der Sikh-Unruhen.





Der „Heinrich fürs Grobe" ist müde geworden

Ist Heinrich Lummer zur politischen Last für den Berliner Senat geworden? Der „Regierende" Eberhard Diepgen hat die Frage – zu schnell? – verneint. Lummer selbst stellt sich zur Disposition – und die Stadt kommt nicht aus den Schlagzeilen.

Von DIETER DOSE

Als Heinrich Lummer, Bürgermeister und Innensenator in Berlin, am Abend des Ostermontag nach seinem zweistündigen „Rapport" beim Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen die Kneipe „Alt-Zehlendorf" aufsuchte, traf er Bubi Scholz. Der ehemalige Box-Europameister hat seine Frau erschossen und verbüßt die gegen ihn verhängte 2½jährige Freiheitsstrafe wegen fahrlässiger Tötung als Freigänger.

Lummer führt das zufällige Treffen mit dem alten Bekannten als Beispiel an: „Es ist doch zu viel verlangt, jeden Menschen zu überprüfen, den man irgendwann mal kennenlernt", sagt der CDU-Politiker. „Man könnte mir ja auch vorhalten, daß ich viele Leute aus der Führungsspitze der Neuen Heimat kenne."

Eine Bekanntschaft mit unangenehmen Folgen

Eine der „Zufallsbekanntschaften" Heinrich Lummers hat ihn ins Zwielicht und eine insgesamt erfolgreiche Politik des Senats unter der Führung von Eberhard Diepgen in Verruf gebracht: die Bekanntschaft mit dem Wuppertaler Autohändler Otto Putsch. Damals, 1973, war Heinrich Lummer Fraktionschef der Berliner CDU. Fälschlicherweise wird oft behauptet, daß Lummer Putsch mit dem inhaftierten ehemaligen Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes zusammengebracht habe. Bei allen „Gedächtnislücken" des Innensenators – eins hat er, seit die Berliner Korruptionsaffäre zum „Dauerbrenner" der regionalen und überregionalen Medien wurde, stets bekräftigt: „Ich habe Putsch lediglich an die Fraktion verwiesen."

Von dort wurde die Verbindung zu Antes hergestellt. Lummer bestreitet energisch, etwas davon zu wissen, daß Antes von Putsch für die Vermittlung des Kaufs von rund 2000 landeseigenen Wohnungen fünf Millionen Mark als Schmiergeld oder Parteispende gefordert haben soll.

„Banalitäten" nennt Diepgen, was Lummer konkret vorgeworfen wird: seine Libanon-Reise samt familiärem Anhang, die Putsch bezahlt haben will (wofür Lummer bisher nicht den Gegenbeweis antreten konnte) sowie die Zahlung von 2000 Mark aus der Parteischatulle an eine rechtsextremistische Organisation.

Der Heinrich Lummer der ersten Apriltage '86 wirkt müde. „Heinrich fürs Grobe" wird er in seiner Partei genannt. Einer, der immer in der vordersten Front der Union kämpfte. Scharfzüngig, schlagfertig, auch unpopuläre Entscheidungen nicht scheuend. Doch in der „Monitor"-Sendung der letzten Woche, die Lummer und mit ihm zwangsläufig auch den Diepgen-Senat wieder in die Schußlinie brachte, und auch bei seinem Auftritt vor der Presse am Dienstag wirkte Lummer nicht wie „Heinrich fürs Grobe". „Er hat das Kesseltreiben gegen sich satt", sagen Insider. „Wenn Diepgen ihm den Rücktritt nahegelegt hatte, er hätte seinen Hut genommen." Indirekt hat Lummer das bestätigt. Wenn Partei und Senat ihn als „Last" empfänden, würde er das Handtuch werfen. Schon seit Wochen wird gemunkelt, daß ihn die Berliner CDU dann in den Bundestag schicken will.

Denn Lummers Verdienste für die Partei und Berlin will man nicht einfach vom Tisch wischen. Bei der Lösung des Problems der Hausbesetzungen, das die SPD der Union als „Erbe" hinterlassen hatte, war er erfolgreich, auch wenn manchem Parteifreund die Konsequenz Lummers zu radikal war. Unter Lummer als Fraktionsvorsitzenden brach die CDU die drei Jahrzehnte währende Vorherrschaft der Sozialdemokraten: Bei den Berliner Wahlen 1975 und 1979 wurde die CDU stärkste Partei, blieb allerdings angesichts der SPD/FDP-Koalition noch von der Regierungs-Verantwortung ausgesperrt.

Lummer, der „Tausendsassa" – der Brennholz an Sozialhilfeempfänger verteilt, als Partei-Rechter am linken Flügel einer Prominenten-Fußballmannschaft stürmt, der 1974 sogar eine Schallplatte („Die Kneipe an der Eck, 'nen Korn, 'ne Molle Bier, 'n Schrank, 'n Tisch, 'n Bett und stets 'ne offene Tür") besang und sich manchmal in Lederkleidung und Sturzhelm als Soziusfahrer an Fahrten von Motorradklubs beteiligt. Für seine und die Popularität der CDU hat der gebürtige Essener, der sich nach dem Studium in Berlin der Union anschloß, viel getan.

Ein Politiker zum Anfassen. Auf Partys und an Stammtischen ein gern gesehener Gast, kein Kind von Traurigkeit. Aber, unabhängig vom Skandal, nicht unumstritten in der Partei. Erst kürzlich ließ sie ihn beim angestrebten harten Lummer-Kurs in der Asylantenfrage im Stich. Ein von ihum beabsichtigter Vorstoß zur Änderung des Grundgesetzes gelangte gar nicht erst bis nach Bonn. Senat und CDU bremsten seine Pläne. Und nun stellt er sich zur Disposition, wenn ihn die Partei als Last empfinde.



Ein Mann wirft Schatten: Heinrich Lummer vor einem Diepgen-Plakat FOTO PAUL GLASER

Berlins Skandal-Chronik reicht viele Jahre zurück. Die CDU, durch die verhafteten Baustadträte Antes und Herrmann, durch dubiose Parteispenden, Verbindungen zu Bauträgern und Lummers Eskapaden am Rande des Skandals in den Verdacht des „schwarzen Filz" geraten, war dabei lange Zaungast. Die Affären gingen zu Lasten der SPD.

Von einer profitierte die Union: Der Stobbe-Senat stürzte 1981 über den Garski-Skandal. Rund 100 Millionen Mark kosteten den Steuerzahler die dem inzwischen verurteilten Architekten Dietrich Garski gewährten Bürgschaften.

Den Abgang des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz (SPD) im Jahre 1977 leitete sein Innensenator ein: Kurt Neubauer hatte Tantiemen von der Berliner Bank, 56 000 Mark, erst mit mehrjähriger Verspätung der Landeskasse überwiesen. Er wurde zum Rücktritt gezwungen.

Berlins „Chronique scandaleuse" war oft mit den „Spitzenmännern" vom Bau verbunden. SPD-Bausenator Rolf Schwedler (Spitzname „Blausenator") stolperte über eine Alkohol-Fahrt am Steuer des Dienstwagens, SPD-Finanzsenator Heinz Streik nahm 1977 den Hut in Verbindung mit dem Pleiteprojekt „Steglitzer Kreisel". Ganz unbeschädigt aber blieb auch die CDU in dieser Bilanz nicht: 1983, zu Zeiten von Richard von Weizsäcker als Bürgermeister, verschwand plötzlich Bausenator Ulrich Rastemborski – „black-out" würde man es heute wohl nennen. Als er wieder auftauchte, kehrte er nicht mehr an seinen Schreibtisch zurück.



Aktion 'Brennstoff für Bedürftige': Holz vom Senator FOTO: DPA

Positive Leistungen, negative Schlagzeilen

Die bis dahin weiße Weste der CDU im Vergleich mit der auch politisch verbrauchten SPD war ausschlaggebend, daß die Union – mit glänzenden Wahlergebnissen – die Führung im Rathaus Schöneberg übernahm und sich die Freien Demokraten vom Koalitionspartner SPD abwandten.

Es ging aufwärts in Berlin, zuerst mit Richard von Weizsäcker, dann mit Eberhard Diepgen – bis sich der zunächst im Stadtteil Charlottenburg schwelende Antes-Skandal zum Flächenbrand ausweitete. „Die Aufwärtsentwicklung wird in keiner Weise beeinträchtigt", sagt Eberhard Diepgen. Schaden aber hat die Stadt genommen. Die negativen Schlagzeilen haben die positiven Leistungen – neue Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Aufschwung, Erfolge beim Ausbau als europäisches Kulturzentrum – klar in den Schatten gestellt. Einen Teil dieses Schattens wirft Heinrich Lummer.

Der in der Affäre integre Eberhard Diepgen aber ist wie im Falle Antes in Gefahr geraten, nicht zu erkennen, daß mit Sätzen wie „Verdienten Politikern mehr glauben als Kriminellen" allein nicht zu überzeugen ist. Die Opposition, der Untersuchungsausschuß des Parlaments und Gerichte werden die Affäre am Kochen halten.

Schon – oder sollte man sagen, noch? – werden Witze gemacht. Der neueste: „Wissen Sie, warum Diepgen vor Lummer in die Knie geht? Weil der so klein ist." Lummer ist 1,61 Meter groß.

Giftmischer versetzen die Amerikaner in Schrecken

Eine absonderliche Terror-Welle überzieht die USA: In Medikamenten taucht Rattengift auf, in Baby-Nahrung finden sich Glassplitter, in Pizzas Rasierklingen. Die Täter stellen keine Geldforderungen. Wen wollen sie treffen: wahllos Namenlose oder gezielt bestimmte Firmen?

Von FRITZ WIRTH

Gary war am Telefon. Er sagte, er habe in Orlando, Houston, Chicago und St. Louis Zyankali und Rattengift unter drei Arzneimittel der Firma Smithkline geschmuggelt. Die drei Arzneimittel namens Contac, Teldrin und Dietac, so forderte er, müßten sofort und im ganzen Lande aus den Regalen der Supermärkte und Drogerien entfernt werden.

Gary wählte als Telefonpartner den amerikanischen Nachrichtensprecher Peter Jenkins von der Fernsehgesellschaft ABC. Jenkins leitete das Gespräch an das FBI weiter. 24 Stunden später fand die Polizei in Houston und in Orlando tatsächlich in acht solcher Arzneipackungen Rattengift. Zwei Tage danach waren die Produkte in den gesamten USA vom Markt verschwunden.

Man weiß trotz einer landesweiten Fahndung von jenem Gary zur Stunde nicht mehr, als daß er akzentfrei spricht, einen überdurchschnittlichen Wortschatz hat und vermutlich Weißer ist. Wer immer sich hinter dieser Stimme verbergen mag – dieser Gary verkörpert einen neuen Typus von Terrorist in diesem Land.

Lebensmittel- und Arzneimittelvergiftungen häufen sich seit einigen Monaten in alarmierender Weise. Im gesamten letzten Jahr erhielt die amerikanische „Federal Drug Administration" (FDA) insgesamt 85 Berichte über derartige Vergiftungen. In diesem Jahr gingen bisher durchschnittlich täglich 300 solcher Alarmmeldungen bei der Behörde ein.

In diesem Land, in dem angeblich der Verbraucher König ist, herrscht die große Verunsicherung. Der Verbraucher traut sich in manchen Fällen buchstäblich nicht mehr, herzhaft zuzubeißen, was verständlich ist, seit vor 14 Tagen in einigen Pizzas Rasierklingen gefunden wurden.

Andere Fälle der letzten Woche: Im Staate Maryland ordnete Gouverneur Hughes an, daß Produkte der Babynahrungsfirma Gerber von den Regalen der Supermärkte entfernt werden, nachdem 259 Beschwerden bei der „Federal Drug Administration" eingegangen waren, daß Glassplitter in dieser Nahrung gefunden worden seien. Im Staate New York zog die größte Ladenkette Corn Flakes aus dem Verkehr, nachdem in zwei dieser Packungen ebenfalls zentimeterlange Glassplitter entdeckt worden waren. Im Staate Indiana hat Woodrow Myers, der Kommissar der Gesundheitsbehörde, die Bevölkerung gewarnt, sich sogenannte „Girl Scout Cookies" sorgfältig anzuschauen, bevor sie in diese Kekse hineinbeißt. Es waren Stecknadeln und Glassplitter in diesem Gebäck geortet worden.

Und für die Schulkinder der Nation wurden „Tony's Pizzas" vom größten amerikanischen Pizza-Lieferanten für das amerikanische Schul-Lunch erst wieder zum Verkehr freigegeben, nachdem Inspektoren des Landwirtschaftsministeriums elf Millionen dieser Pizzas mit Metalldetektoren auf Rasierklingen hin untersucht hatten.

Henry Wendt, der Präsident der Firma Smithkline, die mit ihren Produkten in den letzten 14 Tagen am härtesten von diesem neuartigen Terror getroffen wurde, hat keine Zweifel, was hier vorgeht: „Dies ist schierer Terrorismus mit neuen Waffen. Ich sehe keinen Unterschied zwischen jenen Terroristen, die Geiseln nehmen oder Bomben in Flugzeuge schmuggeln, und den Männern, die hier am Werk sind."

Die Frage ist: Terror gegen wen? Gegen König Verbraucher oder gegen die Hoflieferanten dieses Königs?

Zu den Anschlägen kommt viel falscher Alarm

Die Frage ist schwer zu beantworten, da noch kein klares System in diesen Anschlägen am Ladentisch zu entdecken ist und weil es bisher zuviel falschen Alarm gegeben hat. So wurden in Louisville zwei Frauen, die behauptet hatten, in Gerbers Babynahrung Glassplitter entdeckt zu haben, einem Lügendetektor-Test unterzogen. Sie gestanden schließlich, den Alarm aus Spaß an der makabren Freude inszeniert zu haben.

Die Firmen und die Behörden jedoch befinden sich in einer schwierigen Situation. Sie können es sich nicht mehr erlauben, eine Drohung mit Lebensmittel- oder Drogenvergiftung nicht ernst zu nehmen, seit vor fünf Wochen, wie berichtet, die 23jährige Diane Elsroth in New York starb, nachdem sie das Kopfschmerzmittel Tylenol genommmen hatte, das mit Zyankali versetzt war. Vom Täter fehlt bisher ebenso jede Spur wie von jenem Verbraucherterroristen, der im Jahre 1982 auf gleiche Weise in Chicago sieben Menschen ums Leben brachte.

Während politische Terroristengruppen sich in der Regel zu ihren Taten bekennen und die Motive nennen, herrschte bisher mit Ausnahme des anonymen Gary tiefes Schweigen. Außerdem wurde bisher in keinem Fall von den betroffenen Firmen Geld erpreßt.

Ein hoher Verlust an Geld und Vertrauen

Diese Firmen sind jedoch auch ohne Erpressung finanziell hart genug getroffen. Der Arzneimittelfabrikant Smithkline veranschlagt die Unkosten für die Entfernung seiner drei bedrohten Präparate aus den Ladenregalen auf 8 Millionen Dollar. Der finanzielle Verlust durch den Vertrauensverlust in ihre Produkte ist zur Stunde nicht abschätzbar.

Auffallend ist, daß die drei bedrohten Arzneien der Firma Smithkline ebenso in Kapselform verkauft wurden wie das Kopfschmerzmittel Tylenol der Firma Johnson & Johnson. Die Amerikaner schluckten bisher jährlich zehn Milliarden Präparate in Kapselform, weil sie glauben, daß sie schneller wirken. Sie werden jedoch ihre Schluckgewohnheiten ändern müssen. Nachdem die Pharma-Firma Johnson & Johnson den Verkauf ihrer Präparate in Kapselform gestoppt hat, erwägt nach den jüngsten Anschlägen gegen ihre Produkte die Firma Smithkline ähnliche Maßnahmen. Experten sagen voraus, daß es in spätestens einem Jahr in den USA keine Präparate mehr in Kapselform geben wird.

Die bedrohten Firmen und die Behörden haben in der letzten Woche die Belohnung für die Ergreifung der Täter auf 900 000 Dollar erhöht. Es war für Gary Anlaß, sich wieder telefonisch beim Fernsehen zu melden. Er fühlte sich beleidigt und in seinem zweifelhaften Stolz verletzt: „Für 900 000 Dollar kriegt ihr mich nicht." Es war bisher sein letztes Wort.



Mißtrauen beim Griff ins Regal: Die Terror-Welle begann mit dem Fall „Tylenol" FOTO: AP

Genscher setzt auf engen Kontakt zu Raimond

Heute erstes Gespräch mit dem französischen Außenminister

BERNT CONRAD, Bonn

In Erwartung einer kontinuierlichen Fortsetzung der engen deutsch-französischen Beziehungen wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher heute seinen neuen Pariser Amtskollegen Jean Bernard Raimond zu einem ersten Gespräch in Bonn begrüßen. Beide Minister haben sich zuvor noch nie gesehen. Genscher hofft jedoch, mit Raimond – der bisher Botschafter in Moskau war – rasch einen ähnlich guten Kontakt wie mit dessen Amtsvorgänger Roland Dumas herstellen zu können.

Das wird nicht einfach sein, denn der Bundesaußenminister und der fließend deutsch sprechende Sozialist Dumas waren auf internationalem Parkett fast schon zu „Siamesischen Zwillingen" geworden. Sie hatten gemeinsam an der Eröffnung der neunten Runde der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm teilgenommen; sie telefonierten mehrmals in der Woche und sprachen sogar Redetexte vorher ab.

Um auch nur annähernd in dieser Art harmonieren zu können, müssen sich Genscher und der Berufsdiplomat Raimond erst einmal persönlich näher kennenlernen. Diesem Zweck soll das heutige zweistündige Gespräch im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Bonner Venusberg dienen. Eine Reihe weiterer Treffen wird voraussichtlich bald folgen.

Kein Parteienstreit

Der Bundesaußenminister jedenfalls will nach Angaben aus seiner Umgebung alles in seinen Kräften stehende tun, um die Verzahnung der deutschen und der französischen Politik in allen Bereichen auch nach dem Pariser Regierungswechsel weiter zu entwickeln. Für ihn hat das Verhältnis zum westlichen Nachbarn, wie sich gerade im letzten Jahr mehr und mehr herausgestellt hat, im Rahmen des atlantischen Bündnisses „die Priorität".

Als entscheidende Voraussetzung für einen Erfolg in dieser Richtung betrachtet es Genscher – ebenso wie *Bundeskanzler Helmut Kohl* –, daß an dem Willen der neuen bürgerlichen Regierung in Paris unter Premierminister Jacques Chirac zur Fortsetzung der deutsch-französischen Freundschaft nicht zu zweifeln ist. Dafür spricht in Genschers Augen schon die Tatsache, daß im zurückliegenden Wahlkampf die Notwendigkeit enger deutsch-französischer Zusammenarbeit zwischen den Parteien niemals umstritten war. Staatspräsident Francois Mitterrand ist nach Auffassung desBundesaußenministers in diesem Zusammenhang ein besonderer Garant der Kontinuität.

Für Kanzler Kohl, der zur Zeit einen Diät-Urlaub in Hofgastein verbringt, stellt sich die Lage noch positiver dar. Denn er fühlt sich mit dem neuen Regierungschef Chirac persönlich und parteipolitisch verbunden. Deshalb erwartet er von dem Wechsel in Paris nicht nur eine Fortsetzung, sondern eher noch eine Verstärkung der Partnerschaft.

Barzel im Gespräch

Auf einigen Gebieten, beispielsweise in der Frage der amerikanischen Weltraumverteidigung (SDI), stimmt er mit Chirac stärker überein als mit der bisherigen sozialistischen Regierung.

Dies alles ändert – wie im Kanzleramt betont wird – nichts daran, daß Kohl weiterhin mit Staatspräsident Mitterrand auf das engste kooperieren will. Auf Grund seines ausgezeichneten persönlichen Verhältnisses sowohl zu Mitterrand als auch zu Chirac glaubt er nicht, in eine Zwickmühle zwischen zwei politischen Konkurrenten geraten zu müssen.

Kohls Mitarbeiter wissen, daß die erfolgreiche Vermittlung zwischen verschiedenartigen Positionen und Personen zu den ausgeprägten Eigenschaften des CDU-Vorsitzenden gehört. Offensichtlich hat Chirac so großes Vertrauen zu ihm, daß er nicht befürchtet, von seinem Staatspräsidenten und dem Bundeskanzler bei künftigen Gipfeltreffen etwa „ausgetrickst" werden zu können.

Dringlich geworden ist nach dem Pariser Regierungswechsel die Neubesetzung des seit dem Tod von Helga Wex verwaisten Postens eines deutsch-französischen Koordinators (WELT vom 30. 3.). Gesprächsweise ist in diesem Zusammenhang der Name des früheren Bundestagspräsidenten Rainer Barzel (CDU) zu hören. Der vom Auswärigen Amt favorisierte ehemalige Botschafter Axel Herbst scheint wenig Interesse zu haben.

CSU spricht von „Anti-Wahlkampf" bei der CDU

lz. München

In der CSU wächst der Unmut über Aktivitäten in der Schwesterpartei CDU, durch die der bayerische Koalitionspartner die Wahlchancen der Union beeinträchtigt sieht. In der jüngsten Ausgabe des CSU-Blattes „Bayernkurier" schreibt CSU-Generalsekretär Gerold Tandler von einem „CDU-Anti-Wahlkampf".

Es dränge sich, so Tandler, der Eindruck auf, es gäbe in den Reihen der CDU Politiker, die ihren Beitrag zum Vorwahlkampf in der „sehr eigenwilligen Weise" leisten, nämlich „daß man nach immer neuen Bevölkerungs- und damit Wählergruppen Ausschau hält, die man noch nicht verprellt hat, was dann mit absurden Vorschlägen und schädlichen Ankündigungen offensichtlich nachgeholt werden soll".

Tandler nennt drei Beispiele, wobei er seinen Ärger mehrfach in beißende Ironie kleidet. So habe der Postminister mit der Freudenbotschaft aufgewartet, das Telefonieren nach Amerika und Australien werde billiger, wovon „unendlich viele Millionen Wähler betroffen sind". Gleichzeitig habe die Öffentlichkeit erfahren, nach dem Wahltag werde an der Gebührenschraube kräftig gedreht. Tandler: „Zu solcher Art von Öffentlichkeitsarbeit können sich die Unionsparteien nur gratulieren!"

Außerdem erwähnte der CSU-Politiker die Forderung des CDU-Haushaltsexperten Bernhard Friedmann, die bislang steuerfreien Zuschläge zur Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit künftig zu versteuern. Die Verwirklichung eines solchen leistungs- und arbeitnehmerfeindlichen Vorhabens werde es mit der CSU ebensowenig geben wie den „steuerlichen Beutezug" des CDU-Abgeordneten Paul Hoffacker, der eine Verfielfachung der Tabaksteuer für Selbstdreher fordert.

Kritik an der Außenpolitik der Koalition übte gestern der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, indem er gegenüber dem Deutschlandfunk Außenminister Genscher vorwarf, die Akzente der Ost-West-Beziehungen nicht richtig zu setzen. Wenn Genscher versuche, negativen Auswirkungen des SDI-Abkommens auf die Deutschlandpolitik entgegenzusteuern, dann verfolge er in diesem Zusammenhang eine andere Politik als der Bundeskanzler und „vor allen Dingen" als der CSU-Vorsitzende Strauß.

Im Fall der NH-Siedlung Farmsen gerät Hamburger SPD in Bedrängnis

CDU-Fraktionsführer Perschau: Versprechen an Mieter können nicht eingehalten werden

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der „heiße" Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg wird zwar erst nach der Sommerpause beginnen, doch die Auseinandersetzung zwischen der sozialdemokratischen Regierungspartei und der christdemokratischen Opposition ist bereits in vollem Gange. Das jüngste Indiz dafür hat soeben die CDU geliefert. Der Herausforderer des SPD-Spitzenkandidaten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau, präsentierte der Öffentlichkeit einen Vorgang, der deutlich macht, wie schwer die Sozialdemokraten sich mit ihrer Parole tun, in Sachen „Neue Heimat" trete die SPD mit Sicherheit jedenfalls für die Mieter und ihre Rechte ein.

4000 Menschen betroffen

Es geht um die Gartenstadt Farmsen, eine 1954 von der NH mustergültig errichtete Siedlung des sozialen Wohnungsbaus. In den überwiegend zweigeschossigen Reihenhäusern leben derzeit rund 4000 Menschen. Im vergangenen Jahr verkaufte die „Neue Heimat" diesen Wohnungsbestand als „Paket" an die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Immobilien (BGI). Unter den Mietern, die nachträglich von der NH über dieses Geschäft informiert worden waren, entstand sogleich die Befürchtung, das alles sei der erste Schritt zu einem Weiterverkauf an einen oder mehrere Eigentümer – mit der Folge von Wohnungszusammenlegungen, „Luxusmodernisierungen" und höheren Mieten. Viele Bewohner, die seit Jahrzehnten in der Gartenstadt leben und ihre Wohnungen durch Eigenleistungen modernisierten, sahen sich schon im Geiste zum Auszug genötigt.

In dieser Phase wurden die bisherigen NH-Mieter zum ersten Mal an der Nase herumgeführt: Der Verkäufer „Neue Heimat" versicherte ihnen, an der Situation werde sich nichts ändern, ihre Rechte blieben gewahrt. Etwa zur gleichen Zeit räumte freilich NH-Chef Dieter Hoffmann ein, im Hinblick auf die Situation der Mieter nach dem Verkauf von bisherigen NH-Wohnungen gebe es „juristische Einschränkungen, die zur Sorge Anlaß geben. Es hat keinen Sinn, darum herum zu reden."

Für den zweiten Grund zur Entrüstung in dieser Siedlung sorgten die örtlichen SPD-Funktionäre. Von den Mietern zur Rede gestellt, versicherten sie mit mehr oder weniger treuherzigem Augenaufschlag, sie würden sich dafür einsetzen, daß die Stadt die gesamte Siedlung übernimmt. Zum selben Zeitpunkt allerdings ließ Bürgermeister Klaus von Dohnanyi keinen Zweifel daran, daß so etwas angesichts der leeren Kassen und der ungeklärten Verhältnisse in der Neuen Heimat nicht in Frage komme – jedenfalls bis auf weiteres.

Milieu-Schutz abgelehnt

Ergrimmt registrierten die Bewohner der Gartenstadt Farmsen überdies, daß einer ihrer Mitbürger, der langjährige SPD-Fraktionschef in der Bezirksversammlung Wandsbek, Harro Matthiesen, sich zu all diesen mißlichen Dingen monatelang ausschwieg.

Den dritten Grund zum Zorn in der Gartenstadt steuerte die SPD-Bürgerschaftsfraktion bei, als sie den CDU-Antrag abschmetterte, die gesamte Siedlung durch eine Verordnung des Senats nach dem Bundesbaugesetz unter sozialen Milieuschutz zu stellen. Die Christdemokraten wollen diesen Antrag – gestützt auf neues Datenmaterial – nun erneut im Landesparlament einbringen, um einen Weiterverkauf der Siedlung jedenfalls zu erschweren. Schon unterstellen die Christdemokraten der SPD, sie wolle der gewerkschaftseigenen BGI einen „Reibach auf dem Rücken der Mieter" ermöglichen.

Stoiber sieht ARD „gefährdet"

lz. München

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, sieht durch die Werbung im Dritten hessischen Fernsehprogramm und durch das ARD-Programm „Eins Plus" die ARD „konkret und unmittelbar in ihrem Fortbestand gefährdet". In einem Brief an den WDR-Intendanten Friedrich Nowottny betonte der CSU-Politiker, die ARD gehöre „nach wie vor zum deutschen Alltag". Er beobachte jedoch die Entwicklung mit großer Sorge. Für den Fall, daß kein gemeinsamer Staatsvertrag zustande komme, kündigte Stoiber zur Sicherung der Entwicklungschancen privater Anbieter eigene Gebührenstaatsverträge der Unionsländer an. Nowottny hatte Stoiber in einem Interview des „Medientelegramm" vorgeworfen, er wolle die Spaltung der ARD herbeireden.

Wieder mehr Jobs für Studenten

DW. Köln

Die Chancen der Hochschüler, sich mit einem Nebenjob etwas Geld zu verdienen, haben sich in vielen Universitätsstädten deutlich verbessert. Dies ergab eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Danach fanden 1985 Berliner Hochschüler am leichtesten eine Stelle für mindestens sieben Tage. Auf 100 arbeitssuchende Studenten kamen dort statistisch gesehen 96 Stellen. Nicht schlecht waren die Chancen auch in Hamburg und Stuttgart, wo jeweils 100 Arbeitssuchende 77 beziehungsweise 74 Stellen zur Auswahl hatten; ein Jahr zuvor waren es in Hamburg nur 47 und in Stuttgart 67. Die schlechtesten Aussichten nach den gestern in Köln veröffentlichten Umfrage-Ergebnissen hatten Hochschüler in Saarbrücken, wo sich 100 Bewerber um 16 Stellen stritten.

Grüne sehen keinen Bündnispartner

DW. Bonn

Auch nach der Bundestagswahl 1987 sehen die Grünen keinen politischen Bündnispartner für ihre programmatischen Überlegungen. Dies geht aus dem jetzt vorliegenden Entwurf des Wahlprogramms der Partei hervor. Darin wird nicht nur die Politik der Bundesregierung verurteilt, sondern auch die SPD scharf kritisiert. Beobachter in Bonn werten dies als eine Absage an eine Koalition mit den Sozialdemokraten, die die einzige Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der Grünen darstellen könnte. Der SPD wird vor allem vorgeworfen, daß sie nach dem Regierungswechsel versucht habe, sich mit „opportunistischen und kurzlebigen Versprechungen als erneuerte Oppositionspartei herauszuputzen". Über den Entwurf wird auf dem Programm-Parteitag im Mai entschieden.

Ost-Berlin beharrt auf Berlin-Status

are. Bonn

Die „DDR" will offenbar das Problem der über Ost-Berlin in den Westteil der Stadt einreisenden Asylanten als Hebel für ihre Dreistaaten-Theorie benutzen. Nach Informationen der WELT hat der Volkskammerpräsident Horst Sindermann bei seinem Besuch Ende Februar in Bonn erklärt, die „DDR" sei erst bereit, Westberlin in eine Vereinbarung über die Weiter- und Durchreise von Asylanten einzubeziehen, wenn Bonn Westberlin als „selbständige politische Einheit" anerkennt. Bei dieser Forderung geht Ost-Berlin allem Anschein nach von der Überlegung aus, daß Bonn zur Eindämmung des Asylantenstroms von der „DDR" erwartet, Zielland-Visa auch für Westberlin auszustellen.

Wie es hieß hält sich Ost-Berlin zwar an die am 1. Februar geschlossene Vereinbarung, nur Asylanten mit einem gültigen Zielland-Visum in die Bundesrepublik Deutschland einreisen zu lassen, unterläuft aber die Abmachung dadurch, daß es Asylanten das Überwechseln nach Westberlin ermöglicht und dann ungehindert mit der Bahn nach Westen weiterreisen läßt. Nach der bisherigen Praxis werden den Zug-Reisenden Transit-Visa ausgestellt. Falls Bonn nun von der „DDR" verlangen solle, Asylanten ein Zielland-Visum auszustellen, erhebe sich die Gefahr, daß Ost-Berlin generell für Reisende aus Westberlin solche Visa fordern könnte, da die „DDR" sich auf den Standpunkt stellt, nicht zwischen Reisenden und Asylbewerbern unterscheiden zu können.

Ost-Berlin ist bestrebt, die Praxis der Weiterleitung von Asylanten nicht vor aller Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. So werden die meist aus Indien oder Pakistan stammenden Asylanten alle mit dem Nachtzug nach Helmstedt befördert.

Bonn liegen auch Daten über die Volksgruppe der Tamilen vor, die im vergangenen Jahr zu einem besonderen Problem für die Asylstellen der Bundesrepublik wurden. Es wird festgestellt, daß sich Ost-Berlin in weitem Maße an die Vereinbarung vom Juli 1985 hält, Angehörige dieser Volksgruppe nicht mehr in die Bundesrepublik weiterreisen zu lassen. Es gebe jedoch Fälle, in denen Tamilen per Bahn vom Flughafen Schönefeld nach Warschau gebracht wurden, von wo sie über Prag dann nach Bayern gelangten.

Umweltprobleme in der „DDR" (III.): Bestandsaufnahme und Ausblick

Im letzten Teil der Serie zieht der Berliner Agraringenieur Karl Hohmann ein Fazit der Umweltschäden in der „DDR" und beschreibt die Versuche, mit denen man die Folgeschäden in den Griff bekommen will. *Dennoch wird es* Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte brauchen, bis die in Mitleidenschaft gezogenen Gewässer und Böden sich wieder einigermaßen regenerieren.



Drohende Gefahr für das Grundwasser FOTO: JÜRGENS

„Die Kultur hinterläßt Wüsten"

Von KARL HOHMANN

Infolge des durch überhöhte Stickstoffdüngung verursachten höheren Nitratgehaltes der pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel (Harnstoffütterung von Wiederkäuern zwecks Ablösung beziehungsweise Minderung der devisenzehrenden Eiweißfutterimporte), der höheren Gemüsebereitstellung und des gestiegenen Nitratgehaltes im Trinkwasser ist in der DDR die Aufnahme von Nitraten mit Lebensmitteln und Getränken von 78 mg/Kopf und Tag (1970) über 138 mg/Kopf und Tag (1979) auf 150 mg/Kopf und Tag (1983) gestiegen, wie auf Tagungen der „Chemischen Gesellschaft der DDR" von Lebensmittelchemikern ausgeführt wurde. Nachdem bis vor wenigen Jahren der Einfluß von Nitraten auf den menschlichen Organismus nur mit der als „Blausucht" bekannt gewordenen (Brunnenwasser-)Methämiglobinämie bei Säuglingen in Verbindung gebracht wurde, stehen sie jetzt im Verdacht, zumindest potentiell, auch kanzerogene Wirkungen aufzuweisen. So könnten die aufgenommenen Nitrate im Verdauungstrakt mit den in der Nahrung vorhandenen Aminosäuren zu Nitrosaminen synthetisiert werden, die wiederum als krebserregend eingestuft werden.

Mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten hat die DDR versucht, ihre Landwirtschaft industriemäßig zu gestalten. Ohne dabei den nach dem Kriege eingetretenen Produktivitätsrückstand gegenüber der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland verringern zu können, sind (zumindest regional) durch die Landwirtschaft Umweltschäden verursacht worden, die offensichtlich weit über das hinausgehen, was in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern der Landwirtschaft an Umweltbelastungen zum Vorwurf gemacht wird.

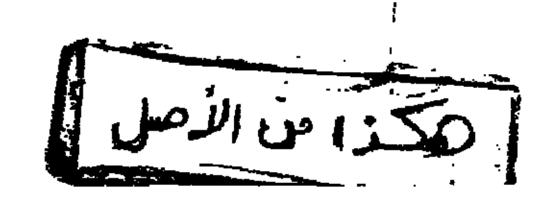
Zwar haben Initiatoren der industriemäßigen Agrarproduktion und die von ihnen dominierten Wissenschaftler inzwischen eingesehen, daß „es bei Großtieren teurer ist, Tiere für technologische Lösungen zu züchten als umgekehrt". Ebenso daß in der DDR tatsächlich „die Zeiten längst vorbei (sind), wo viele glaubten, mit Chemie geht alles, Hauptsache viel Dünger, dann wird es schon wachsen" (Ansätze, die bereits in den 70er Jahren von kritischen DDR-Schriftstellern in ihren Erzählungen äußerst nachdenklich betrachtet wurden). Trotzdem fehlt der DDR derzeit der zur Beseitigung der eingetretenen Schäden notwendige finanzielle Rückhalt, so daß auch (oder gerade) im Agrarsektor nur solche Maßnahmen möglich sind, die nichts oder nur wenig kosten.

Insofern ist die Erkenntnis, daß bei der Industrialisierung der Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren an vielen Stellen das agrarische Biosystem überfordert wurde, zwar bemerkenswert, aber in der aktuellen Situation mangels Finanzmasse wenig nutzbringend. Die in Mitleidenschaft gezogenen Gewässer brauchen – selbst bei hohen Investitionen im Umweltschutz und gezielten Maßnahmen bzw. der strikten Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften – Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, um sich wieder einigermaßen zu regenerieren.

Jedoch hat die SED, wie es scheint, noch rechtzeitig erkannt, daß Maßnahmen zur Eindämmung der negativen Umweltauswirkungen der industriemäßigen Agrarproduktion erforderlich sind, und sich anscheinend daran erinnert, daß Marx formuliert haben soll: „Die Kultur, wenn urwüchsig fortschreitend und nicht vom Menschen beherrscht, läßt Wüsten hinter sich zurück". Die eingeleiteten Maßnahmen (verstärkte Anpflanzung von Baumschutzstreifen, Bereitstellung von mehr Geräten zur Unterbodenlockerung, Verkleinerung der Schläge, Ausweitung der Lagerkapazitäten für Gülle, Jauche und Stalldung sowie Erhöhung des Trockensubstanzgehaltes der Gülle, Einschränkung der finanziellen Förderung von Stallanlagen auf Güllebasis und nicht zuletzt die außenwirtschaftlich bedingte Reduzierung der Mineraldüngerbereitstellung in den Jahren 1982–1984) dürften dazu beigetragen haben, daß die Belastungen der Umwelt und der eigenen Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft durch die Landwirtschaftsbetriebe in den 80er Jahren zumindest nicht weiter angewachsen sind.

Ende der Serie

Die Untersuchung von Karl Hohmann, die wir gekürzt in drei Teilen abgedruckt haben, erscheint im Frühjahr 1986 in wesentlich erweiterter Fassung in: „Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands" (Jahrbuch 1985 der Gesellschaft für Deutschlandforschung), Hrsg.: Maria Haendcke-Hoppe und Konrad Merkel, Duncker & Humblot, ca. 160 Seiten, Preis ca. 22 Mark.



Warschauer Signal vor Besuch des Außenministers

BERNT CONRAD, Bonn

Wenige Tage vor dem Besuch des polnischen Außenministers Marian Orzechowski in Bonn hat Warschau den Wunsch nach „guten, partnerschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland" ausgedrückt. In der letzten Zeit seien Anzeichen dafür aufgetaucht, daß die nach den Worten des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski „verlorene Zeit" in den Be iehungen aufgeholt werde, erklärte die polnische Botschaft in einer Pressemitteilung.

Damit sollen offensichtlich die Weichen für einen positiven Verlauf der Außenminister-Visite gestellt werden. Zu den Gesprächspartnern Orzechowskis, der am kommenden Montag in Bonn erwartet wird, werden neben seinem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gehören. Für Genschers verschobene Polen-Reise gibt es noch keinen Termin.

Bilaterale Wirtschafts- und Kreditprobleme waren Anfang März in Gesprächen zwischen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Zbigniew Szalajda weitgehend geregelt worden. Jetzt will Warschau auch die in der Zeit des Militärregimes abgekühlte Atmosphäre der politischen Beziehungen wieder erwärmem.

Ein partnerschaftliches Verhältnis liege im Interesse beider Staaten und ganz Europas, betonte die polnische Botschaft. In ihrer Presseerklärung zollte sie „Mitbegründern" des Warschauer Vertrages wie Willy Brandt und Walter Scheel „Achtung und Anerkennung". Gleichzeitig registrierte sie jedoch „mit wohlwollendem Interesse" und „gebührender Aufmerksamkeit" positive Ausführungen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers über die Bedeutung des deutsch-polnischen Vertrages „als Grundlage zur Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Staaten".

Kurz nach dem Orzechowski-Besuch will die Europäische Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung am 12. April im Bonner Konrad-Adenauer-Haus ein Symposium über die Verletzung von Menschenrechten im polnischen Machtbereich veranstalten.

Der Rückzug der „Weißhelme" gibt Chirac mehr Spielraum in Libanon

Paris will Geiselnahmen und eine Konfrontation mit schiitischen Fanatikern meiden

PETER RUGE, Paris

In Libanon setzt Frankreich durch den Rückzug seiner Waffenstillstandsbeobachter ein deutliches Zeichen: Die fünfte Republik gibt eine Schiedsrichterrolle im Nahen Osten auf, die sie in den letzten Jahren immer weniger auszufüllen vermochte. Seit *dem Geiseldrama in Beirut* ist zudem der Ruf der alten Pariser Regierung angeschlagen, so daß Jacques Chirac, der neue Premierminister, handelte.

Chirac will mit dem Abzug der 45 „Weißhelme", die seit 1985 als Militärbeobachter an der grünen Linie zwischen dem christlichen Ostteil der Stadt und dem moslemischen Westviertel für die Einhaltung von Waffenstillstandsabkommen sorgen sollten, nicht die Verbindungen zu Libanon abbrechen.

Das Engagement bleibt

In Paris wird betont, daß das *traditionelle* Engagement Frankreichs im Nahen Osten davon unberührt bleibe. Dann nämlich hätte man auch die französischen Staatsbürger zurückbeordern müssen, die in verschiedenen *humanitären* Diensten in Beirut zwischen den Kampflinien agieren, oder die Kaufleute, Diplomaten und Lehrer, die in Libanon leben. Ihre Zahl wird auf etwa 6000 Personen geschätzt.

Paris nimmt diese Militäreinheit gewissermaßen aus der Schußlinie. Sie wird verlegt, so heißt es offiziell, weil Frankreich bereits einen zu hohen Blutzoll für seine Schutz- und Beobachterrolle gezahlt habe: In den zwei Jahren wurden sieben „Weißhelme" getötet, der letzte Anschlag geschah vor nicht ganz drei Wochen.

Jacques Chirac will aber mit dieser Maßnahme, die am Ostersamstag mit Staatspräsident Mitterrand abgestimmt wurde, etwas ganz anderes bewirken: Er will einmal eine direkte Konfrontation mit fanatischen Schiiten vermeiden, zum anderen aber terroristische Geiselnahmen dieser Soldaten, in die dann die französische Staatsführung sofort hineingezogen wäre, als politisches Druckmittel unbrauchbar machen.

So gewinnt die neue bürgerliche *Regierungsmannschaft* den nötigen Spielraum, um sich dem Problem zuwenden zu können, das ihr die sozialistischen Vorgänger hinterlassen haben: die bisher nicht zustande gekommene Befreiung von acht französischen Staatsbürgern, von denen zwei sich seit über einem Jahr in den Händen von Khomeini-Anhängern befinden.

Hier hat es vor allem vor den französischen Parlamentswahlen geradezu entwürdigenden Druck, aber auch nahezu skandalöse Zugeständnisse der Regierung Fabius gegeben – sowohl in Richtung Beirut wie Bagdad und Teheran.

Waffen für Irak und Iran

Frankreich gilt nicht nur als einer der größten Waffenlieferanten Iraks. Nach der Aufdeckung von verdeckten Munitionstransporten auch nach Iran – es handelte sich um die „Granaten von Cherbourg" – glaubten die Sozialisten, beide Seiten durch Zugeständnisse beschwichtigen zu müssen: Paris lieferte zwei *irakische Oppositionelle an Bagdad* aus. Das veranlaßte angeblich die Beiruter Terroristen, eine ihrer französischen Geiseln, Michel Seurat, zu ermorden.

Die unter der Empörung der Öffentlichkeit einsetzende, fieberhafte diplomatische Tätigkeit scheiterte, wohl auch, weil sie zu überstürzt angelegt war. Paris wurde zum Schauplatz *mehrerer* Attentate. Chirac hat die Chance eines Neubeginns im Nahen Osten – er scheint sie zu nutzen, mit der nun gebotenen Diskretion.

Vereinbarung mit Sowjets über Großprojekte?

RMB, Moskau

Zur Teilnahme an der 14. Sitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission ist Bundeswirtschaftsminister Bangemann gestern in Moskau eingetroffen. Schwerpunkt der heute beginnenden zweitägigen Verhandlungen wird die Zusammenarbeit im Maschinenbau, im Eisenhüttenwesen und bei NE-Metallen sowie im Konsumgüterbereich sein.

Die in der vergangenen Woche zwischen der Bundesrepublik und den USA getroffen SDI-Vereinbarugnen werden nach des stellvertretenden sowjetischen Außenminister Kornienko von sowjetischer Seite nicht zur Sprache gebracht werden. Kornienko fügte jedoch hinzu: „Unsere Reaktion ist negativ, egal um welches Land es sich handelt, daß sich an dem amerikanischen Projekt beteiligt."

Die sowjetische Delegation wird von dem *stellvertretenden Ministerpräsidenten* Antonow geleitet. Zur *deutschen Vertretung gehören* namenhafte Repräsentanten der Wirtschaft, darunter der Vorsitzende des Ost-Ausschusses, Otto Wolf von Amerongen. Bangemann will im Anschluß an die Tagung nach Kiev reisen, um ein von Krupp errichtetes Stahlwerk zu besichtigen.

Die UdSSR bleibt trotz des 1985 um vier Prozent auf 24,2 Milliarden Mark geschrumpften Handelsvolu*mens größter Ost-Handelspartner in* der Bundesrepublik. Nach dem neuen Fünf-Jahres-Plan und den Zielrichtungen der sowjetischen Wirtschaft bis zum Jahr 2000 rechnen sich deutsche Firmen gute Chancen aus, an der Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft beteiligt zu werden.

Nicht ausgeschlossen wird, daß auf der Moskauer Tagung vier noch aus*stehende Großprojekte zur Sprache* kommen: Eine Polyesteranlage bei UFA über die die Hoechst-Tochter Fridrich Uhde verhandelt, eine Polyolefinanlage im Norden des Landes, an der die Linde-Lurgi-Gruppe interessiert ist, sowie der Bau eines Stahlwerks bei Tula, für das Krupp Offerten abgegeben hat, und eines Motorenwerks durch Volkswagen.

Das Werk in der Nähe von Moskau soll Mittelklassewagen für 12 000 Rubel herstellen. Als mögliche Partner von VW werden Salzgitter und Liebherr genannt.

Ölpreis-Sturz durchkreuzt Moskaus Wirtschaftspläne

Starke Verluste auf dem Weltmarkt / Druck auf Verbündete

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der rapide Verfall der Ölpreise hat die Sowjetunion als größten Erdölproduzenten der Welt besonders betroffen. Um so mehr dürfte sich das sowjetische Augenmerk jetzt auf die anderen Ostblockstaaten richten, die von sowjetischen Öllieferungen ab*hängig sind und diese zu Sonderkon*ditionen beziehen.

Auf die Gestaltung der internationalen Erdölpreise hat Moskau wenig oder gar keinen Einfluß. Es muß zum jeweiligen Weltmarktpreis verkaufen. Durch den jüngsten Preisrutsch haben die sowjetischen Erdölexporte nach Westen einen Wertverlust von 30 bis 40 Prozent durchgemacht. Die UdSSR *müßte* bei *anhaltendem* Preisniveau also mindestens um ein Drittel mehr Erdöl nach Westen exportieren, um die erwarteten Einnahmen an „harter" Währung – bislang stammten 60 Prozent aus dem Ölgeschäft – zu erzielen.

Hier aber stellt sich bereits die Frage, ob Moskau überhaupt in der Lage ist, seine Rolle als „unbegrenzter" Exporteur von Energieträgern und Rohstoffen weiterzuspielen. Auf dem *jüngsten Parteikongreß* der KPdSU war immer wieder davon die Rede, man müsse von der extensiven zur intensiven Wirtschafts- und Produktionsform übergehen, zumal den sowjetischen Führern bewußt sein dürf*te, daß* auch die *sowjetischen* Ressourcen *nicht* unerschöpflich sind.

Förderung rückläufig

Zwar hat die Sowjetunion 1985 von den 11,8 Millionen Barrel Erdöl, die sie täglich produzierte, noch 1,4 bis 1,5 Millionen Barrel an westeuropäische Abnehmer geliefert. Der größte Teil ist aber für den Binnenmarkt und *die Partner Moskaus im Rat für* gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bestimmt. Seit 1983 jedoch ist die Förderung rückläufig: 1984 wurden 616 Millionen Tonnen, 1985 nur noch 595 Millionen Tonnen Erdöl gewonnen.

Verringerte Fördermengen, fallende Weltmarktpreise, gleichzeitig aber ein verstärkter Erdölhunger der osteuropäischen Staaten – das alles schafft für den neuen Parteichef Gorbatschow zusätzliche Schwierigkeiten. Die Frage ist, ob Moskau seine Deviseneinnahmen aufbessern kann, indem es statt Erdöl mehr Gold auf den Weltmarkt wirft. Oder ob Gorbatschow Importrestriktionen verfügt. Sie würden sich negativ auf den ohnedies nicht üppigen *Lebensstandard* der Bevölkerung auswirken und gleichzeitig die sowjetischen Investitionspläne und vor allem die Ausstattung mit dringend benötigter Hochtechnologie in Frage stellen.

Schon seit langem blicken die Sowjets mit mehr als gemischten Gefühlen auf einige RGW-Mitgliedsstaaten, die von Moskau bisher gegenüber dem Weltmarktpreis verbilligtes Erdöl bezogen haben, mit dessen *Hilfe* sie dann Waren erzeugten, die sie – wenn auch *nicht immer mit großem Erfolg* – *auf* westlichen Märkten gegen harte Valuta zu verkaufen trachteten.

Tauschhandel im RGW

Die UdSSR hat den osteuropäischen Staaten, die jährlich 85 Millionen Tonnen sowjetisches Erdöl erhalten, bisher nicht den Weltmarktpreis berechnet, sondern einen Preis, der jährlich aufgrund des Durchschnitts der Weltmarktpreise der vergangenen fünf Jahre berechnet wurde. Solange die Preistendenz auf dem Welterdölmarkt steigend war, profitierten die Osteuropäer, denn die Preise, die Moskau von ihnen verlangte, hinkten hinter den Weltmarktpreisen her. Allerdings bezahlen Moskaus Partner *das Erdöl nicht in Dollar, sondern mit* Verrechnungsrubeln – das heißt durch Export von Waren in die Sowjetunion.

Bei sinkenden Preisen auf dem *Welterdölmarkt* zahlen *die Osteuro*päer jedoch drauf. Die bereits laut gewordene Forderung, Moskau möge der neuen Situation Rechnung tragen, wird von den Sowjets mit der kühlen Bemerkung quittiert, die osteuropäischen Länder produzierten zu wenig Waren, die auf westlichen Märkten konkurrenzfähig sind. Nach sowjetischen Berechnungen müßten die RGW-Mitglieder, um mit ihrer Erdölversorgung teilweise auf westliche Märkte ausweichen zu können (und damit in den Genuß des verbilligten Erdöls zu kommen), ihre Exporte in die konvertiblen Währungsgebiete beinahe verdoppeln. Die Sowjets ihrerseits aber haben kein Interesse daran, die „Ausschußware" aus Osteuropa geliefert zu bekommen.

Chinas Armee entläßt Offiziere

rtr, Peking

Die chinesische Armee wird nach Anskunft des stellvertretenden Generalstabschefs das Ziel erreichen, ihren Personalbestand bis Ende 1986 um eine Million Soldaten zu vermin*dern. In einem Interview der eng*lischsprachigen Zeitung „China Daily" teilte Han Huaizhi mit, zahllose Offiziere seien schon entlassen worden, ohne daß dies zu dienstlichen Problemen in der Armee geführt habe. Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping hatte die Maßnahme im Mai 1985 angekündigt.

Der Darstellung des Generalstabschefs widerspricht eine Aussage des Vizevorsitzenden der Militärkommission, Yang Shangkun, der im Januar noch einige Jahre bis Abschluß des Personalabbaus veranschlagt hatte.

Australien vertagt SDI-Entscheidung

AFP, Canberra

Die australische Regierung hat ihre endgültige Entscheidung über eine Teilnahme an dem amerikanischen SDI-Programm verschoben. Das wurde gestern offiziell in Canberra bekanntgegeben. Australien sollte seine Antwort ursprünglich am 7. April, einen Tag vor Beginn eines dreitägigen Besuches des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger, in Australien fällen. Wie es jetzt hieß, soll die Entscheidung nach dem Weinberger-Besuch und nach der Reise des australischen Regierungschefs Bob Hawke Ende des Monats nach Washington getroffen werden. Die australische Regierung hatte bislang vor dem Parlament eine SDI-Teilnahme abgelehnt, doch nie eine offizielle Weigerung ausgesprochen.

Manila greift nach Marcos-Vermögen

rtr, Manila

Die philippinische Regierung hat ehemalige Minister und Mitarbeiter des gestürzten Staatschefs Ferdinand Marcos gestern beschuldigt, Vorauszahlungen in Höhe von 150 Millionen Dollar nicht abgerechnet zu haben. Außerdem wurden 34 Unternehmen, die engen Marcos-Freunden gehört hatten, unter treuhänderische Zwangsverwaltung gestellt. Zu diesen Firmen gehört auch die von Eduardo Cojuangco, einem Vetter der Präsidentin Aquino, der mit Marcos das Land verlassen hatte. Eine Regierungskommission zur Wiedererlangung der Marcos-Besitztümer erklärte unterdessen, sie sehe gute Chancen, wesentliche Teile des Marcos-Vermögens aus den USA und der Schweiz freizubekommen.

„Gastarbeiter" kämpfen am Golf

rtr/da, Kairo/Bagdad

Zum ersten Mal hat Kairo offiziell bestätigt, daß Ägypter auf irakischer Seite im Golfkrieg kämpfen. Präsident Mubarak sagte in einem Interview, diese Männer seien als Gastarbeiter im Irak gebeten worden, sich zur Verfügung zu stellen. Neutrale Beobachter in Bagdad gehen davon aus, daß etwa 15 000 Ägypter die irakische Armee unterstützen.

Vorgestern meldete Radio Teheran einen Luftangriff auf irakische Stellungen vor dem umkämpften Hafen Fao am Shatt el-Arab, den die Perser am 10. Feburar eroberten. Von irakischer Seite gibt es dafür keine Bestä*tigung. Die Iraker* versuchen, die Sümpfe dort mit Pumpen zu entwässern, um einen Panzer-Einsatz zu ermöglichen. Die Perser pumpen ihrerseits Wasser in diesen Frontabschnitt, berichten Diplomaten in Bagdad.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Von Schiwkow nur Kritik

Mängel in Wirtschaft und Wissenschaft / Parteitag eröffnet

dpa, Sofia

Scharfe Kritik an Wirtschaft, Wissenschaft und Partei hat den Auftakt des 13. Parteitages der bulgarischen Kommunistischen Partei gestern in Sofia bestimmt. „Nicht wenige Vorgesetzte, Angestellte und Verkäufer scheinen ruhig schlafen zu können, obwohl sie einfache Bürger betrogen (oder) sich an gesellschaftlichem Eigentum vergriffen haben", erläuterte Staats- und Parteichef Todor Schiwkow in seinem Einführungsreferat die Wirtschaftsprobleme. Nach Angaben der Behörden werden ein Drittel aller Diebstähle und die Hälfte aller finanziellen Betrügereien im *Handel und in der Lebensmittelver*sorgung aufgedeckt.

Schiwkow prangerte auch Verspätungen oder gänzliches Fehlen am Arbeitsplatz an, die „durchaus keine Einzelfälle" seien. Für die Betriebe kündigte Schiwkow ein Ende der durch staatliche Planungen verursachten „Treibhausbedingungen" zugunsten von mehr Konkurrenz untereinander an.

Besonders scharf griff Schiwkow die Wissenschaft an: Wenn es nicht zu einer intensiveren Nutzung der Forschung für die Produktion komme, „werden wir einen großen Reinfall erleben". Der Akademie der Wissenschaften warf er mangelnden Praxisbezug vor. Selbst die Partei verschonte der Parteichef nicht. Das „innerparteiliche Leben" sei oft starr und langweilig und von Passivität geprägt. Die im „*voraus arrangierten* Diskussionsbeiträge" hätten den Mitgliedern das Vertrauen genommen.

Schon in den Monaten vor dem Parteitag hatte Schiwkow immer wieder erklärt, Bulgarien müsse sich radikalen Reformen unterziehen, um zu einem Staat mit moderner Technik zu werden. An dem viertägigen Kongreß nehmen mehr als 2 600 Delegierte aus allen Teilen Bulgariens teil. Außer*dem sind etwa 130 Gastdelegationen* anwesend. Aus Moskau ist Ministerpräsident Nikolai Ryschkow angereist.

Schiwkow, der am längsten amtierende Parteichef eines Landes des Warschauer Paktes, wurde von Beobachtern ein enges Verhältnis zu Breschnew und Tschernenko nachgesagt. Als der sowjetische Parteichef Gorbatschow 1985 Bulgarien besuch*te*, sprach man von eher kühlen Beziehungen zwischen den beiden Politikern. Immer wieder waren auch Gerüchte von einer Ablösung Schiwkows aufgetaucht.

Taiwan wehrt sich gegen die Isolation

JOCHEN HEHN, Hongkong

Taiwan hat eine Offensive gestartet, um der drohenden Einkreisung und Isolation durch Peking entgegenzusteuern. Auf der dritten Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kuomintang, der die Inselrepublik beherrschenden *Regierungspartei des* Staatspräsidenten Chiang Chiangkuo, kündigte Außenminister Chu Fusung an, die taiwanesische Regierung werde künftig ihre Anstrengungen verstärken, die De-facto-Außenbeziehungen zu anderen Staaten zu intensivieren.

Taiwan unterhält derzeit nur noch zu 23 Staaten offizielle diplomatische Beziehungen, während die Volksrepublik China von immer mehr Staaten – *mittlerweile* von 123 – als der einzige Repräsentant Chinas anerkannt wird. Auch in internationalen Organisationen, deren Mitglieder auf Regierungsebene miteinander verkehren, befindet sich Taiwan auf dem Rückzug. Nur noch zehn führen die Inselrepublik als Mitglied.

Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist die Aufnahme der Volksrepublik China als 46. Mitglied der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB). Während Peking dort jetzt unter seiner offiziellen Staatsbezeichnung firmiert, soll Taiwan, das 1966 als „Republik Taiwan" sogar Gründungsmitglied der ADB war, nun seinen Namen ändern und als „Taipeh, China" quasi zu einer Provinzregierung Chinas degradiert werden.

Als Beispiel für das mögliche Ausmaß „nichtoffizieller" Beziehungen nannte Chu das Verhältnis zu den USA. Beide *Staaten* unterhielten vielfältige Kontakte auf kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Die enge Zusammenarbeit auf politischem und militärischem Gebiet, die Peking in regelmäßigen Abständen gegenüber der amerikanischen Regierung anmahnt, vergaß Außenminister Chu jedoch zu erwähnen.

Taiwans Anstrengungen, der Isolation zu entrinnen, richten sich jetzt vornehmlich auf die chinesische Bevölkerung in Hongkong und Macao, wo die kommunistische Regierung Pekings ihrerseits sehr darum bemüht ist, gerade die dort lebenden und arbeitenden taiwanesischen Landsleute für ihre Wiedervereinigungspolitik zu gewinnen.

In Hongkong und Macao, die beide 1997 der Volksrepublik eingegliedert werden, versucht Taiwan, das von der Regierung in Peking propagierte Konzept „ein Land, zwei Systeme", das nach Auffassung Pekings auch auf Taiwan angewendet werden soll, als falsche Versprechung zu demaskieren.

Ideale Zielgruppe für Taiwan sind vor allem jene Menschen, die schon einmal vor dem kommunistischen Regime geflüchtet sind und sich im wesentlichen eine antikommuni*stische* – was nicht heißen muß: *pro*taiwanesische – Haltung bewahrt haben. Sie versucht Taiwan davon zu überzeugen, daß sein Konzept einer Wiedervereinigung immer noch das attraktivere sei. Chiang Chingkuo beschwor denn auch in seiner Rede vor dem ZK seine Landsleute, auf die Wiedervereinigung hinzuarbeiten. Das kommunistische Regime sei – so Chiang – „die Wurzel aller Armut" auf *dem Festland*.

Auf die Modernisierungsbemühungen Pekings anspielend fügte er hinzu, daß man dort jetzt in eine Sackgasse geraten sei: Unterziehe sich die *kommunistische Regierung nicht* grundlegenden Reformen, so münde dies direkt ins Chaos. Entschließe sie sich aber dazu, dann führe dies automatisch zur Selbstzerstörung.

Der *Optimismus Chiangs, die* Volksrepublik könnte auf die eine oder andere Weise von Taiwan zurückgewonnen werden, entbehrt jedoch jeder Realität. Durch eine Politik der Nicht-Beziehungen zu Peking bleibt dieses erst recht unerreichbar.

Scholz: Berlin ist zufrieden mit dem Kulturabkommen

DIETHART GOOS, **Bonn**

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär *Hans-Otto Bräutigam*, und der stellvertretende „DDR"-Außenminister Kurt Nier werden Anfang Mai nach mehrjährigen Verhandlungen das deutsch-deutsche Kulturabkommen in Ost-Berlin unterzeichnen. In seiner nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch wird das Bundeskabinett den ausgehandelten Text letztmalig beraten und verabschieden. Das Kulturabkommen als Folgevereinbarung des Grundlagenvertrags vom 21. Dezember 1972 regelt den Austausch von künstlerischen und wissenschaftlichen Vorhaben beider Seiten. Die lange Verhandlungsdauer ergab sich aus Schwierigkeiten mit der Einbeziehung Berlins in den Vertrag.

Der Berliner Bundessenator Professor Rupert Scholz sagte gestern der WELT: „Wir sind zufrieden mit dem ausgehandelten Text." Mit gedämpftem Optimismus gehe man jetzt in die Praxis des Kulturabkommens. Man habe der anderen Seite unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ohne die praktische Einbeziehung West-Berlins in das Abkommen keine Zustimmung zu erhalten sei. „Das hat Ost-Berlin verstanden." In ersten abgestimmten Arbeitsplänen sind bereits jetzt 22 Vorhaben fest vereinbart, darunter Berlin mit drei Terminen.

Auch der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, bewertete gestern das Kulturabkommen positiv. Lintner sagte der WELT: „Es wurde erreicht, was erreicht werden konnte. Mehr war nicht möglich." Fortschritte sieht der Unionspolitiker besonders durch die Zusage Ost-Berlins, den bisherigen Boykott der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aufzugeben.

An den weltberühmten Kunstschätzen der *Stiftung in den* Westberliner Museen hat die „DDR" immer wieder Besitzrechte geltend gemacht. Im Abkommen heißt es dazu: „Die unterschiedlichen Auffassungen in der Frage kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter bleiben unberührt. Die Abkommenspartner erklären ihre Bereitschaft, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lösungen in den Bereichen kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter zu suchen."

Rabin wünscht engeren Kontakt mit Bundeswehr

Zurückhaltung in Bonn vor dem Besuch Wörners

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Zurückhaltend hat Bonn auf den Wunsch des israelischen Verteidigungsministers Rabin reagiert, der wenige Tage vor Beginn des Israelbesuchs seines deutschen Amtskollegen Wörner von einem besonderen Interesse Israels an einem Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland gesprochen hatte. Rabin hatte betont, Israel sei neben einer Vertiefung der Forschungs- und Entwicklungskooperation und einem verstärkten Austausch von militärischen Daten und Erkenntnissen auch am Export deutscher Waffen gelegen. In Bonn war man, wie zu erkennen war, über die in den öffentlichen Äußerungen des israelischen Ministers gesetzten Akzente nicht sonderlich erfreut. Die Bundesregierung strich heraus, der Wörner-Besuch diene der Bekräftigung der freundschaftlichen Beziehungen. Wenn die israelische Seite darüber hinaus danach verlange, auch die Möglichkeit der Rüstungskooperation anzusprechen, so werde die deutsche Delegation dem nicht ausweichen. Ihr vorrangiges Ziel sei dies aber nicht.

Neuer Akzent

Mit der am kommenden Sonntag beginnenden Reise von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner nach Israel werden die von beiden Ländern als freundschaftlich betrachteten Beziehungen mit einem neuartigen Akzent versehen. Wörner ist der erste Bonner Verteidigungsminister, der Israel offiziell besucht. Seine Reise findet auf Einladung von Rabin statt. Sie dient, wie vom Bundesverteidigungsministerium erklärt wurde, der Information für Wörner. Er will den sicherheitspolitischen Dialog ausdehnen und vertiefen, den er vor gut einem Jahr in der nahöstlichen Region mit seinem ersten Aufenthalt in Ägypten begann.

Der deutsche Verteidigungsminister wird mit führenden israelischen Politikern zusammentreffen. Vorgesehen sind *unter anderem* Gespräche mit Staatspräsident Herzog, Ministerpräsident Peres und Außenminister Schamir.

Bei seinem Besuch dürfte der deutsche Minister von Rabin auch auf die Bonner Absichten zu Rüstungslieferungen an arabische Länder, vor allem Saudi-Arabien, angesprochen werden. Bisher hat es nach israelischer Kenntnis noch keine größeren Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik an arabische Staaten gegeben. Mit dieser Politik sei Israel bisher zufrieden gewesen. In Bonn ist diese Bemerkung Rabins als indirekte Kritik an den deutschen Plänen nach Export einer Munitionsfabrik nach Saudi-Arabien verstanden worden. Bundeswirtschaftsminister Bangemann war über Ostern in Riad. Es ist allerdings bisher nicht bekannt geworden, ob zwischen ihm, dem für die Genehmigung von Rüstungsexporten zuständigen Ressortchef, und der saudischen Seite neue Absprachen zur Erweiterung möglicher deutscher Lieferungen getroffen worden sind.

U-Boot-Auftrag

In Israel konkretisieren sich unterdessen die Wünsche nach bestimmten deutschen Waffenexporten. Rabin sagte, sein Land werde voraussichtlich „beträchtliche Teile" von Kriegsschiffen in der Bundesrepublik bauen lassen. Das Projekt hat seinen Angaben zufolge einen Wert von 100 bis 150 Millionen Dollar und soll im Rahmen der von den USA gewährten Militärhilfe für Israel abgewickelt werden. In Bonn wurde lediglich bestätigt, Israel sei an der Lieferung von U-Boot-Rümpfen interessiert. Wie Rabin weiter erläuterte, be*fänden sich* israelische Experten seit längerem in der Bundesrepublik mit der Vorbereitung des Auftrages beschäftigt. Da aber die Genehmigung aus Washington noch ausstehe, sei *das Projekt noch nicht angelaufen*, sagte Rabin.

Minister Wörner wird in Israel unter anderem die Produktion des Panzers „Merkawa" *besichtigen und* Einrichtungen der Streitkräfte besuchen. Dazu gehört auch ein militärisches Ausbildungslager für Frauen und ein Hubschrauberflug zu für die Verteidigung des Landes strategisch wichtigen Punkten im Norden. Wörner verläßt Israel wieder am Donnerstag der nächsten Woche und wird auf dem Rückweg in Rom Station machen, wo er beim „NATO-Defense College" einen Vortrag halten will.

Argentinien will seine Offiziere nach Bundeswehr-Modell ausbilden

Neue Struktur der Streitkräfte / WELT-Gespräch mit dem Verteidigungminister aus Buenos Aires

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Offiziersausbildung der Bundeswehr soll bei der im demokratischen Argentinien beabsichtigten Neustrukturierung der Streitkräfte zum Vorbild werden. Der neue argentinische Verteidigungsminister German Osvaldo Lopez – seit Februar dieses Jahres im Amt – erklärte in einem Gespräch mit der WELT, Hauptzweck seines fünftägigen Besuches in der Bundesrepublik Deutschland sei ein Meinungsaustausch über die „Wiedereingliederung" der Armee in die demokratische Gesellschaft. Lopez hatte gestern eine Unterredung mit Verteidigungsminister Manfred Wörner, in der von deutscher Seite die Bereitschaft signalisiert wurde. die Ausbildungshilfe für argentinische Offiziere in Zukunft zu verstärken.

Keine Führungsrolle

Konkret soll über diese Zusammenarbeit beim Besuch von Verteidigungsminister Wörner in Argentinien Ende Mai in Buenos Aires gesprochen werden. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, wurde gestern zu Beginn eines dreitägigen Besuches in Buenos Aires von Präsident Alfonsin zu einem Meinungsaustausch empfangen.

Verteidigungsminister Lopez wird neben seinen Besuchen bei der Bundeswehr – unter anderem im Zentrum Innere Führung in Koblenz, der Führungsakademie in Hamburg, der Universität in München und der Panzerbrigade 24 – auch die Unternehmen Blohm + Voss und Dornier besichtigen. Allerdings bekräftigte der Minister gegenüber der WELT, daß an keinerlei Rüstungskäufe seines Landes zu denken sei. „Argentinien hatte wie viele andere lateinamerikanische Länder in vergangenen Jahren die Ausgaben für die Rüstung stark ausgeweitet." Dies sei unter der Militärregierung seit 1976 noch spürbar verstärkt worden und habe mit dem Malwinen-Krieg 1982 einen Höhepunkt erreicht. „Damals wurden 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke ausgegeben. Wir haben diese Ausgaben um mehr als die Hälfte gekürzt, auf etwa 2,2 Prozent heute."

Trotz seiner exponierten Lage im südatlantischen Raum strebe Argentinien militärisch und politisch keinerlei Führungsrolle an, sagte Verteidigungsminister Lopez, der vor seinem Amtsantritt im Februar Generalsekretär der Regierung von Präsident Raul Alfonsin war – eine Position vergleichbar der des Kanzleramtschefs in Bonn. „Argentinien sieht seine Rolle vor allem darin, den Frieden in unserer Region zu wahren. Seine friedliche Absicht hat es unter Beweis gestellt, als es den *Vertrag mit* Chile (zur Regelung des Konflikts im Beagle-Kanal) unterzeichnete, und auch, als es im Konflikt mit England über die Souveränitätsfragen im Südatlantik *ausschließlich auf* Verhandlungen gesetzt hat." Der Verteidigungsminister betonte, daß sein Land an keinen der großen Militärblöcke gebunden sei.

„Ein Land des Westens"

Lopez: „Argentinien ist von seiner Herkunft, seiner Kultur, seiner politi*schen Haltung und seiner Philoso*phie her ein Land des Westens."

Der Minister appellierte an die westlichen Länder und insbesondere an die Bundesregierung, bei dem drängenden Problem der lateinamerikanischen Auslandsverschuldung eine „politische Lösung" zu suchen. Die Sicherung des Friedens in Lateinamerika setze eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation voraus. „Wenn es keine Chancen für eine Entwicklung gibt, gibt es keine Chancen für den Frieden." Ein abschreckendes Beispiel sei Zentralamerika, wo sich zeige, daß eine sich selbst überlassene Region in wirtschaftlichen Nöten „anfällig für destabilisierende Tendenzen" sei.

USA warnen Ostblock-Staaten

rtr. **New York**

Die USA haben die Ostblockländer vor personeller Aufstockung ihrer UNO-Vertretungen gewarnt. Es geht um mögliche Versuche, durch mehr Vertretungen den von den USA verlangten Abbau des sowjetischen diplomatischen Corps wettmachen zu wollen. Unter der Vermutung der Spionagetätigkeit einiger Diplomaten hatten die USA im vergangenen Monat verlangt, daß das UNO-Personal der Vertretungen der UdSSR, der *Ukraine und Weißrußlands innerhalb* von zwei Jahren von derzeit 275 auf 170 abgebaut wird. Aus sowjetischer Sicht stellt die Forderung der USA einen Verstoß gegen ihre vertraglichen Pflichten als Gastgeber der Weltorganisation dar.

Bischof Kruse für Trauung in Uniform

mj. **Berlin/Hannover**

Die Entscheidung, ob ein Soldat der Bundeswehr in Uniform vor den Traualtar treten kann, soll nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Kruse, allein dem Brautpaar überlassen bleiben. „Das Pro und Kontra um den Wehrdienst im Zeitalter der atomaren Bedrohung" sei „nicht beim Kirchgang evangelischer Soldaten" auszutragen, schreibt Kruse im „Berliner Sonntagsblatt" *zu den jüngsten* Weigerungen evangelischer Pfarrer, Soldaten in Uniform zu trauen (WELT v. 7. 3.) Wenn dies „jemand unbedingt will", solle er die Möglichkeit haben. „Ohne Gereiztheit" sei zu erörtern, „ob das heute noch zeitgemäß ist".

Absage an eine „Weltrevolution"

AP, Berlin

Für eine Zusammenarbeit von Ost und West anstelle einer sozialistischen Weltrevolution hat sich der SED-Ideologe Otto *Reinhold* ausgesprochen. Der Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED schrieb jetzt in der Monatszeitung „Horizont": Das beiderseitige Ziel müsse sein, „eine solche gegenseitige Abhängigkeit zu schaffen, die es immer schwerer möglich macht, zu einer *Politik der Konfrontation* überzugehen." Unter der atomaren Bedrohung gelte es, die Kunst zu erlernen, „miteinander zu leben, miteinander auszukommen". Von westlichen Diplomaten wurde der Artikel als „aufsehenerregend" bezeichnet.

Peres nennt die Vorwürfe gegen Waldheim ernst

DW. Washington/New York

Als „sehr ernst" hat der israelische Premierminister Shimon Peres die neuen vom Jüdischen Weltkongreß (JWC) gegen den früheren UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim erhobenen Vorwürfe bezeichnet. Waldheim, der sich um das Amt des österreichischen Staatspräsidenten bewirbt, müsse nun auf die gestellten Fragen antworten, und dann werde sich zeigen, was an den Anschuldigungen dran sei, sagte Peres während seines Privatbesuches in Washington.

Der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wird die vom Jüdischen Weltkongreß erneut gegen Waldheim vorgebrachten Beschuldigungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen prüfen. Die Kanzlei Kirchschlägers bestätigte dies.

Der Jüdische Weltkongreß hatte Waldheim vorgeworfen, an Geheim*dienstoperationen der Wehrmacht* gegen den griechischen Widerstandskämpfer und späteren Ministerpräsidenten George Papandreou, den Vater des derzeitigen Regierungschefs *Andreas Papandreou*, beteiligt gewesen zu sein. Nach Ansicht des JWC bestätigen die vorgelegten Dokumente, daß der frühere UNO-Generalsekretär kein einfacher Dolmetscher gewesen sei, sondern ein Geheimdienstoffizier von so hohem Rang, „daß er persönlich dem zuständigen Generalstabschef morgens und abends Geheimberichte überbrachte".

Weiter teilte die Organisation mit, Waldheim sei als Mitglied des Operationsstabes der Kozara-Offensive, bei der im Juli 1942 von deutschen Einheiten in Bosnien 5000 Jugoslawen getötet worden waren, mit einem Orden ausgezeichnet worden. Ein Sprecher von Waldheims Wahlkampfbüro sagte gestern in Wien, die neuen Vorwürfe enthielten genauso wenig Wahrheit wie frühere.

Ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses, der Abgeordnete Ted Weiss, hat aufgrund dieser Anschuldigungen die Einbringung eines Initiativantrages angekündigt, wonach der US-Justizminister entscheiden soll, ob Waldheim künftig Besuche in den USA verwehrt werden. Falls sich die vom Jüdischen Weltkongreß beigebrachten Dokumente als echt erweisen sollten, „dann war Waldheim an Kriegsverbrechen der Nazis beteiligt, und man sollte ihm die Einreise verweigern", sagte Weiss.

Das aktuelle Fachbuch

Planspiel für den Ernstfall

Flucht- und Rettungspläne werden in vielen Unternehmen eher halbherzig erstellt; die Wahrscheinlichkeit eines Ernstfalles wird heruntergespielt. Aus ästhetischen Gründen werden die nötigen Hinweise lieber versteckt angebracht, als an zentralen Punkten zur Information der Beschäftigen und der Bewohner ausgehängt.

Auch die Gebäuderäumung zu Übungszwecken wird noch immer als Luxus, ja, oftmals als störend und völlig überflüssig empfunden. Doch allein aus Gründen rechtzeitiger und vernüftiger Vorsorge ist es geboten, geeignete *Maßnahmen zur Minderung* des Risikos im Katastrophenfall zu treffen.

Die Verfasser, zwei erfahrene Fachleute auf dem Gebiet des betrieblichen Katastrophenschutzes, bieten erstmals eine komplette Zusammenfassung der bisher bekannten Probleme bei einer Gebäuderäumung an. Unterteilt wird in Bürobauten, Hotels, Krankenhäuser, Schulen, Kaufhäuser und Super-Hochhäuser, die höher als 120 Meter sind.

Der Vorteil des Handbuchs: Für jeden Betriebs- oder Verwaltungsleiter finden sich leicht verwertbare Informationen. Denn neben Sicherheitseinrichtungen und baulichen Vorkehrungen sind insbesondere organisatorische Maßnahmen zu treffen. Panikreaktionen in Gefahrensituationen kann dadurch wirksam begegnet werden. Die Autoren gehen auch auf „Sonderfälle" ein, wie sie bei Räumungen aufgrund von Bombendrohungen auftreten.

Das mitgelieferte Muster eines Flucht- und Rettungsplanes kann den Verantwortlichen Anregungen zur Erstellung eines eigenen, gebäudespezifischen Planes geben. Aber auch bei Feuerwehr- und Polizei-Einsätzen können die Einsatzleiter, die bei ihren Aktionen Gebäudeevakuierungen anzuordnen, bzw. zu beaufsichtigen haben, von dem Ratgeber profitieren. D.T.

„Handbuch für die betriebliche Praxis – Gebäuderäumung in mehrgeschossigen Gebäuden und Hochhäusern – Flucht- und Rettungsplan" von Willy Haas und *Bernd Bull, Richard Boorberg* Verlag GmbH & Co, Stuttgart 1985, 137 S., 60 Mark.

Nur Experimente können Klarheit bringen

Interdisziplinäres Statuskolloquium korrigiert jetzt zahlreiche Arbeitshypothesen zur Erforschung der Waldschäden

Von D. GURATZSCH

Mit aufsehenerregenden Erkenntnissen über den Forschungsstand zum Waldsterben wartete jetzt das Kernforschungszentrum Karlsruhe auf. In einem Statuskolloquium wurden Zwischenergebnisse des Projektes „Europäisches Forschungszentrum für Maßnahmen zur Luftreinhaltung" (PEF) vorgestellt, das von der baden-württembergischen Regierung mit 50 Millionen Mark und von der EG mit *2,14 Millionen Mark ausgestattet* worden ist. Das vor drei Jahren gestartete Projekt läuft bis 1992 und umfaßt bisher 82 *Einzelprojekte*, die in internationaler, interdisziplinärer Zusammenarbeit angegangen werden.

Die auffälligsten Erkenntnisse wurden bei Begasungsexperimenten in sogenannten Open-Top-Chambers (OTC) gewonnen. In diesen Begasungskammern werden geklonte Bäume ausgewählten Umwelteinflüssen ausgesetzt. Ziel dabei ist es, die immer noch weitgehend unbekannten Ursachen der Waldschäden experimentell zu ermitteln. Erst wenn ein im Freiland beobachtetes Schadbild auch im Experiment hervorgerufen werden kann und wenn es umgekehrt bei Ausschaltung jener Einflüsse, die es hervorrufen, in der Gaskammer ausbleibt, ist für die Wissenschaftler die Ursachenerklärung abgeschlossen.

Versuchsreihen als Beweis umstrittener Vermutungen

Die ersten Begasungsexperimente im Rahmen des PEF belegen nun eindeutig, was bisher für viele Forscher lediglich eine Hypothese war: Luftschadstoffe aus den Abgasen von Verkehr und Industrie sind „vorrangig" an der Schädigung der Pflanzen beteiligt. Sie lösten in den Experimenten alle jene Symptome aus, die auch für das Waldsterben verantwortlich gemacht werden: vorzeitigen Nadel- und Blattfall, Vergilbung an *Blattorganen, Beschleunigung von* Alterungsprozessen, erhöhte Frostempfindlichkeit, erhöhte Anfälligkeit gegen Bakterien und Nadelpilze, verminderte Pollenkeimfähigkeit.

Alle diese Symptome stehen nach den Experimenten in engem Zusammenhang mit Veränderungen in den Lebensprozessen und in der Struktur der Pflanzen, die durch Immissionseinwirkungen hervorgerufen werden, wie: Absterben von Zellen und Geweben, Störungen des Schließmechanismus in den Spaltöffnungen der Blattorgane, Störungen im Wasser- und Nährstofftransport, Störungen im Assimilattransport, im Elektronen- und Ionentransport, Hemmung wichtiger Enzyme, Aktivierung von Streßhormonen, Abnahme des Chlorophyllgehaltes, verringerte Kohlendioxidaufnahme, verringerte Photosyntheseleistung.

Zum unterschiedlichen Anteil einzelner Luftschadstoffe an der Schädigung der Versuchspflanzen wurden auf dem Karlsruher Symposion zwar keine neuen Forschungsergebnisse vorgetragen, doch wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß auch im Experiment Schwefeldioxid und Ozon „synergistisch" auf die Pflanze einwirken. Das bedeutet: Zwischen den hauptsächlich aus Industrieabgasen gebildeten sauren Schadstoffen und dem Ozon kommt es offensichtlich zu einer Kombinationswirkung, die die Aggressivität dieser Pflanzengifte erheblich verstärkt.

Hinzu tritt eine neue Erkenntnis, durch die den Autoabgasen eine noch wichtigere Rolle bei der Entstehung von Waldschäden als bisher zugewiesen wird. So hatte man angenommen, daß sich Photooxidantien und ihre Leitsubstanz Ozon in bedeutenden Mengen nur bei hoher Sonneneinstrahlung bilden könnten. Nun aber ist mit pflanzlichen Bioindikatoren, vor allem Tabak, Buschbohne und Rotklee, nachgewiesen worden, daß *es auch in relativ sonnenarmen Jahren* wie 1984 oder 1985 „zu teilweise erheblicher Ozonbildung mit nachfolgenden Pflanzenschäden" kommt.

Dagegen wurde die Virenhypothese weiter entkräftet. Die in weiten Teilen der Bundesrepublik in Blattorganen, Böden und Gewässern nachgewiesenen Viren konnten im Leitgewebe von Bäumen bisher nicht gefunden werden.

Keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse

Ob sie überhaupt fähig sind, Baumkrankheiten hervorzurufen, ist nach Meinung der PEF-Forscher bis heute nicht bewiesen. Nadelpilze wurden in Karlsruhe als „primäre Schadfaktoren" ausgeschlossen.

Auch zu anderen Forschungshypothesen äußerten sich die Wissenschaftler des PEF eher skeptisch. Für Radioaktivität, kosmische Strahlung, Triethylblei oder Störungen der Magnetosphäre als hauptsächliche Ursachen der Waldschäden gebe es „keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse".

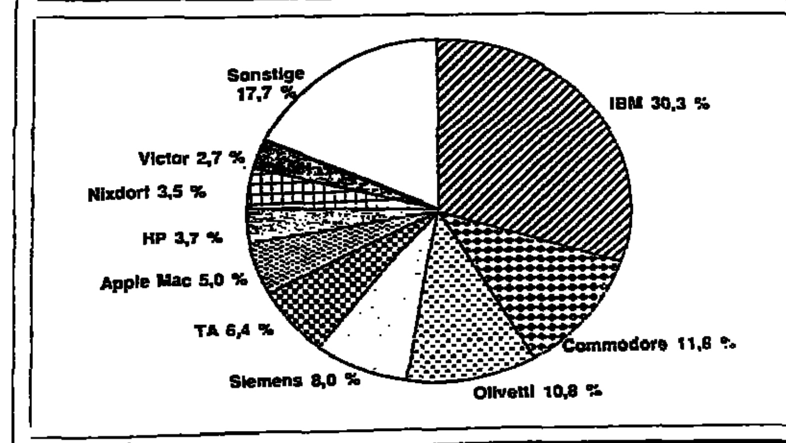
Wie sehr die konzentrierte interdisziplinäre Waldschadensforschung die botanische Wissenschaft fördert und fordert, das wurde in Karlsruhe deutlich, als die mehr als 500 versammelten Wissenschaftler aus dem In- und Ausland auf Forschungslücken verwiesen, die im Zeitalter von Raumfahrt, Elektronik und Biotechnologie anachronistisch und grotesk wirken. Selbst für gesunde Bäume fehlten Tages- und Jahresgänge von Stoffwechselabläufen sowie Nährstoffbilanzen.

Aber auch klimatische und waldbauliche Einflüsse auf den Zustand der Wälder sollten nach Meinung der PEF-Projektleitung noch genauer erforscht werden. So hätten bisher weder mittel- und langfristige Änderungen der Großwetterlage noch Ver*schiebungen im Baumartenspektrum* in der wissenschaftlichen Diskussion größere Beachtung gefunden.

Ein Fragezeichen hat das Karlsruher Symposion hinter Therapievorschläge gesetzt, wie sie besonders aus dem politischen Raum immer wieder an die Wissenschaftler herangetragen werden: Können die Waldschäden nicht durch gezielte Düngemaßnahmen bekämpft und sogar behoben werden? Tatsächlich – so wurde in Karlsruhe dokumentiert – haben südwestdeutsche Versuche gezeigt, daß wenigstens vorübergehend eine Revitalisierung der Bestände erreicht werden kann – aber nur unter erheblichen ökologischen Risiken.

Auch der Züchtung resistenter Be*stände stehen* die Forscher des PEF eher skeptisch gegenüber. „Sowohl Resistenzzüchtung als auch Erhaltung des Genpools aller Waldbaumarten sind nicht möglich", heißt es in einem Schlußresümee. An dieser Stelle tauchte in den Diskussionen des Symposions auch ein verfänglicher Begriff auf: der von „erhaltungswürdigen Pflanzenherkünften", die eine *besonders hohe Toleranz* gegenüber Immissionen zeigen und die deshalb in „Genbanken" aufgenommen werden sollten. Auf diese Weise solle versucht werden, „im Schwarzwald inzwischen schon seltener gewordene optimal standortangepaßte, naturverjüngte Herkünfte der Hauptbaumart Fichte auszuwählen und zu erhalten".

Was aber, wenn die Fichte für das Überleben in künftiger Zeit, unter heute noch gar nicht abzusehenden Umwelteinflüssen, gerade Eigenschaften braucht, die heute als nicht „erhaltungswürdig" erscheinen? Der Gedanke einer Arche Noah für den Wald, für die der Mensch den Zutritt regelt, hat etwas Erschreckendes.



Personal-Computer auf Erfolgskurs

Von IBM und dem Heer der Kompatiblen wurde 1985 eindeutig die Szene am Markt der Personal-Computer beherrscht. Mit einer Absatzzunahme *von über 26 Prozent auf etwa 185 000 Einheiten* wurde im Markt für professionelle PC's (Kaufpreis über 5000 Mark) ein Wachstum gegenüber 1984 erreicht, das deutlich über dem anderer Teilmärkte der Informationstechnik liegt. Für das laufende Jahr wird eine Absatzzunahme von mehr als 20 Prozent erwartet. Als „geradezu erfrischend" bezeichnen Marktforscher der Diebold GmbH den Mut, mit dem Apple, Atari und jetzt auch Commodore (Amiga) mit ihren 68 000-Systemen eigene Wege gehen. Auch wenn Apple mit dem MacIntosh und Atari mit seinem 520 bzw. 1040 ST mehr als ein Achtungserfolg gelungen ist, wird der Durchbruch dieser benutzerfreundlichen Systeme mehr als bisher von der Verfügbarkeit kommerzieller Softwarepakete abhängen. D.T.

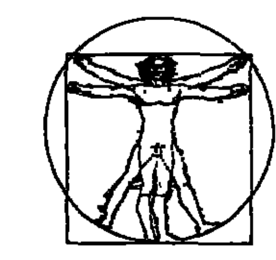
AUS LABORS UND INSTITUTEN

Sowjet-Shuttle?

New York (W. W.) – Ein Sowjet-Shuttle, einem amerikanischen Raumflugzeug des Typs „Columbia" sehr ähnlich, steht vor seinem ersten Probeflug. Der entsprechende Erst-Start wird *nach Ansicht* amerikanischer Geheimdienst-Kreise noch für dieses Jahr, spätestens aber Anfang 1987 erwartet, was bedeuten könnte, daß das sowjetische Raumflugzeug noch vor Wiederaufnahme der entsprechenden US-Flüge im Einsatz ist. Amerikanische Aufklärungssatelliten haben sowohl das sowjetische Raumflugzeug, das über kein eigenes Haupttriebwerk verfügt, als auch die Rakete des Typs SL-X-16 fotografiert, die bereits fluggetestet worden ist.

Strände verschmutzt

Vannes (AFP) – Ölteppiche haben auf der bretonischen Halbinsel Quiberon mehrere Strände ver-



schmutzt, wie gestern in der nordwestfranzösischen Stadt Vannes bekannt wurde. Die lokalen Behörden nehmen an, daß die Verschmutzung auf illegale Tankreinigungen von Schiffen in der Nähe der Küste zurückzuführen ist.

Auf großer Fahrt

Hamburg (dpa) – Das deutsche Fischereiforschungsschiff „Walther Herwig" läuft heute zu einer zweimonatigen Reise in die Gewässer westlich von Spanien und westlich von Madeira aus. Wie der wissenschaftliche Leiter der Forschungsreise, Prof. Werner Feldt von der Bundesforschungsanstalt für Fischerei, mitteilte, nimmt die „Walther Herwig" an einem internationalen *Forschungsprogramm teil*, in dem das Strahlenrisiko der Bevölkerung durch die in der Tiefsee versenkten radioaktiven Abfälle untersucht wird.

Raupenplage in Rio

Rio de Janeiro (AFP) – In der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro herrscht seit einer Woche eine wahre Raupenplage. Übersät von den grünen Kriechern sind vor allem die Bäume an den Straßenrändern, die langsam kahlgefressen werden. *Die Landwirte befürchten*, daß sich die Raupen bald auch über das Weideland und die Zuckerrohrfelder in den Vorstädten Rios hermachen werden. Alle Versuche, die Schädlinge zu vernichten, waren bisher erfolglos.

Schadstoff-Datenbank

Frankfurt (idr) – Der Umlandverband Frankfurt, zu dem neben den beiden Städten Frankfurt und Offenbach 41 weitere Städte und Ge*meinden zählen, kontrolliert* regelmäßig die Abwässer von 1600 Betrieben, die in die öffentliche Kanalisation einleiten. Mit den Analysen von zusätzlich 40 Kläranalagen ergibt *sich* eine jährliche Summe von über 100 000 Meßergebnissen. Zur Verwaltung hat der Verband die Computer-Datenbank „Schadstoffkataster" eingerichtet, die alle Ergebnisse aufnimmt und verarbeitet. Das Projekt ist so angelegt, daß eine hohe Flexibilität und damit eine Übertragbarkeit auf andere Regionen der Bundesrepublik gewährleistet ist.

Umwelt-Urteil

Straßburg (DW.) – Ein britisches Unt rnehmen wurde zur Zahlung von 1000 £ Geldstrafe und 300 £ *Unkosten verurteilt*, weil es den *Lebensraum* von Zauneidechsen (*Lacerta agilis*) *zerstört* hatte. Diese Art ist durch den „Wildlife and Countryside Act 1981" streng geschützt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Bei der Bekämpfung der Infektionskrankheit Onchozerkose, auch Flußblindheit genannt, zeigen sich erste Erfolge – Von Annette Tuffs.

*

Die Sintertechnologie erobert neue Anwendungsgebiete – Von Rudolf Weber.

*

„Klangechte Täuschungsmanöver" – Matthias Glaubrecht über den Imitationsgesang bei Singvögeln.

Das Unternehmen hatte den Standort zerstört, obwohl es über die Anwesenheit der Eidechsenart informiert war. Dieses – so das europäische Zentrum für die Erhaltung der Natur – ist die erste gerichtliche *Verfolgung der Lebensraumzerstörung* eines seltenen Reptils, die von Erfolg gekrönt war.

مكرر من الأصل

Donnerstag, 3. April 1986
Nr. 77

WELT DER WIRTSCHAFT

Block-bildung

nl. – Nach wie vor dunkelrot sind die Spuren, die sich durch die Bilanzen der Unterhaltungselektronik-Branche ziehen. Auf rund eine halbe Milliarde Mark summieren sich die von den europäischen Produzenten von Audio- und Videogeräten im vergangenen Jahr eingefahrenen Verluste.

Diese schwierige Konstellation hat inzwischen die Produzenten auf dem europäischen Kontinent zum Zusammenrücken veranlaßt. Zwei große Blöcke kristallisieren sich dabei heraus:

Auf der einen Seite steht ein über Kapitalverflechtung oder Kooperationsverträge miteinander verbundener Block Bosch/Siemens/Philips/Grundig. Der große Widerpart ist der französische Thomson-Konzern, der sich im Laufe der vergangenen Jahre so namhafte deutsche Firmen der Branche wie Dual, Nordmende, Saba und Telefunken einverleibt hat. Diese Gruppe macht jetzt dadurch von sich reden, daß sie in den deutschen Werken insgesamt über 1200 Arbeitsplätze einsparen will. Betroffen sind die beiden Montagewerke in Bremen und Hannover und das Chassiswerk in Villingen. Allerdings denken die Franzosen ganz offensichtlich nicht an Produktionseinschränkungen, denn den Ruf des Betriebskiller fürchten sie.

Die Personal-Maßnahme mag zwar zunächst eine kostenmäßige Entlastung bringen. Sie nährt aber *die Zweifel, daß eine Strategie der* propagierten weitgehenden operationellen Freiheit der einzelnen Firmen auf längere Sicht durchzuhalten ist.

Atlantisches Gewitter

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Schon wieder macht das Wort vom transatlantischen Handelskrieg die Runde, obwohl die Allianz gerade nach heftigen Auseinandersetzungen über Teigwaren, Zitronen, Walnüsse, Stahl und beiderseitige Exportsubventionen Frieden geschlossen hat. Diesmal landete US-Präsident Ronald Reagan von seiner kalifornischen Himmelsranch aus den vielleicht schlimmsten Schlag, weil er sich in der Essenz gegen die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal richtet. Aber daran hat im Weißen Haus wohl niemand gedacht.

Dafür spricht das stets wache Interesse der USA an einem größeren Westeuropa. Nicht verstanden wird jedoch, daß zum funktionierenden Zusammenschluß auch die Übernah*me der Brüsseler Prinzipien gehört.* Vielmehr sieht Washington in den Madrider Getreidezöllen und den Lissaboner Sojaquoten, wie Larry Speakes sagte, „eine Gelegenheit der EG, neue Handelsschranken zu errichten". Es dürften aber nicht die Amerikaner sein, die für die Veränderungen bezahlten.

Am Potomac nicht gesehen werden die politischen Vorteile der Erweiterung wie auch die für die amerikanische Industrie positiveren Terms of Trade, da Spaniens und Portugals Zölle auf weiterverarbeitete Importwaren zurückgenommen werden. Was allein zu zählen scheint, ist die Fortsetzung der vor sechs Monaten begonnenen Kampagne gegen unfaire ausländische Verkaufspraktiken. Anders ausgedrückt: Reagan will die Protektionisten im Kongreß zum Schweigen bringen und im desolaten Farmgürtel Stimmen für die Zwischenwahlen im November sammeln.

Es ist also ein mehr mechanisches Vorgehen, nachdem sich die Fairneß-Strategie bereits als ein nützliches Werkzeug erwiesen hat. Dabei wirkt auch mit, daß die US-Agrarausfuhren im vergangenen Jahr um 9,1 auf 29,2 Milliarden Dollar gesunken sind. Es war das niedrigste Niveau seit 1977. Was ebenfalls schmerzt, ist das auf 6,2 Milliarden Dollar gestiegene amerikanische Defizit im Gesamthandel mit Westeuropa.

Hier taucht jedoch die Frage auf, ob die Amerikaner fair spielen. Denn der Rückgang ihrer Agrarexporte war 1985 hauptsächlich auf die um 40 Prozent geschrumpften Weizenlieferungen zurückzuführen, wobei vor allem die Sowjets nach höheren Ernten die Bezüge kürzten. Außerdem veränderte sich weltweit die Angebotsstruktur. So beliefern heute Indien und China, die gestern noch in großem Umfang Getreide importierten, ehemalige US-Kunden. Außerdem ist die EG für Washingtons verfehlte Wechselkurspolitik *gewiß nicht* verantwortlich zu machen. Hinzu kommt, daß die USA im reinen Agrarhandel gegenüber der EG immer noch einen Überschuß von fast zwei Milliarden Dollar erwirtschaften.

Im Streit um möglichst hohe Marktanteile wird in den USA die Gemeinschaft gern zum Buhmann gemacht. Das rauhere Verhandlungsklima kündigte sich schon im *Juli an, als der Ernährungsausschuß* des Bundestages mit der Administration Gespräche führte. Zu Tage traten damals aber auch die enormen Vergünstigungen, die Brüssel den US-Farmern gewährt, während es den Europäern in Amerika sehr schwergemacht wird, ihre Produkte abzusetzen.

Auflisten lassen sich viele Details, so zum Beispiel, daß die US-Lieferungen in die Gemeinschaft kaum Grenzabgaben unterliegen. Überdies konkurriert die EG direkt nur mit einem Viertel des globalen amerikanischen Angebots. Während sich der US-Anteil an der Weizenausfuhr von 49 auf 38 Prozent verringerte, erhöhte sich der Westeuropäische nur von 14 auf 15 Prozent. Mit Hilfe hoher Subventionen gelang es den USA ferner, ihren Anteil für Molkereierzeugnisse am Weltmarkt von 15 auf mehr als 25 Prozent anzuheben.

Andererseits sind die Amerikaner bei Fleisch, zuckerhaltigen Waren und Molkereiprodukten die größten Protektionisten. Verarbeitete Agrargüter, wie sie von der Bundesrepublik geliefert werden, stoßen auf schärfere veterinärpolizeiliche Vorschriften, Quoten und andere Hemmnisse als Rohware. Mit Recht klagt niemand so laut wie die Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) über diese Praktiken. Aber wie es aussieht, gelten die Regeln des „Give and Take" nicht mehr. Eines ist jedoch sicher: *Die USA drohen zwar,* aber eine Neuauflage des Hähnchen- oder Käsekrieges wollen sie auch nicht.

FRANKREICH / Privatisierungspläne legt die neue Regierung vermutlich im Mai vor

Chiracs Wirtschaftsminister Balladur will die Wahlversprechen einhalten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die neuen französischen Regierungsparteien wollen sich an ihre Wahlversprechen halten. Doch den ursprünlichen Zeitplan werden sie in einigen Bereichen nicht einhalten. Dies ging aus der ersten Pressekonferenz des Staatsministers der Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung, Eduard Balladur, hervor. Einzelheiten nannte der Minister nicht.

Allgemein wird jedoch erwartet, daß beispielsweise weder die Preise noch der Devisenverkehr sofort freigegeben werden. Bei den Sozialversprechen hat die Regierung schon zurückgesteckt. Für die Aufhebung des *behördlichen Genehmigungszwangs* für Entlassungen, die unmittelbar nach dem Wahlsieg erfolgen sollte, ist jetzt ein „progressives" Verfahren vorgesehen, nachdem sich Staatspräsident Mitterrand einer schnellen Regelung durch Verordnungen widersetzt hatte.

Das schließt allerdings nicht aus, daß die bestehenden Gesetze über den Entlassungsschutz sowie über die Preis- und Devisenkontrolle durch einfache Regierungsverordnungen (ohne Zustimmung des Parlaments) weiter gelockert werden. So hatte auch die letzte Regierung liberalisiert. Ein überstürztes Vorgehen könnte mehr Schaden (soziale Unruhen, Inflation, Kapitalflucht) als Nutzen (Vertrauen in die Regierung) bringen, heißt es in der Umgebung Balladurs.

Sein Schweigen begründete Balladur selbst damit, daß er Premierminister Chirac nicht vorgreifen wolle, der am nächsten Mittwoch vor der Nationalversammlung nähere Einzelheiten über die neue französische Wirtschaftspolitik bekanntgeben würde. Außerdem wolle er den Bericht des von ihm mit der Untersuchung des Zustands der französischen Staatsfinanzen beauftragten früheren Noten*bankgouverneurs Renauld de La Genière* abwarten. Auf der Grundlage dieses Berichts soll der Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt für 1986 erstellt werden.

Fest steht, daß die wichtigsten von der Regierung versprochenen Steuerreformen erst im Haushaltsgesetz für 1987 verwirklicht werden sollen. Dazu gehört die Beseitigung der von den Sozialisten eingeführten Vermögensteuer, die Verminderung der Einkommensteuer-Höchstgrenze von 65 auf 60 Prozent sowie verschiedene Steuererleichterungen für die Unternehmen. Vorgezogen werden könnte dagegen die steuerliche Entlastung der Aktionäre.

Finanziert werden sollen diese Erleichterungen aus dem Ertrag der Denationalisierungsaktion. Nachdem Premierminister Chirac zunächst von der Privatisierung aller staatlichen Unternehmen, die im Wettbewerb mit privaten stehen, gesprochen hatte, ist jetzt nur noch von „bestimmten" Unternehmen die Rede. Näheres dazu wird man wohl erst im Mai bei der Regierungsvorlage zu einem entsprechenden Ermächtigungsgesetz wissen. Als sicher gilt, daß die vor 1981 verstaatlichten französischen Großbanken (BNP, Societe Generale und Credit Lyonnais) nicht privatisiert werden. Die Präsidenten der neuverstaatlichten Banken und der beiden Finanzinstitute Paribas und Suez warnte Balladur schon kurz vor Ostern davor, auf eigene Faust die Denationalisierung zu betreiben.

Auf eiserne Disziplin besteht Balladur gegenüber den ihm direkt zugeordneten Ministern Alain Juppé (Budget), Michel Noir (Außenhandel), Camille Cabana (Privatisierung) und Georges Chavannes (Handel und Handwerk), die er auf seiner Pressekonferenz vorstellte, aber nicht zu Wort kommen ließ. „Sie arbeiten unter meiner Autorität; ihre Kabinette stehen mir zur Disposition." Vor fünf Jahren hatten die neuen sozialistischen Minister die Öffentlichkeit mit oft widersprüchlichen Erklärungen überschüttet.

Sich selbst und seine Aktion bezeichnete Balladur als „gemäßigt und vernünftig, aber entschlossen". Er widersetzte sich damit der schon hier und da geäußerten Auffassung, daß die neue französische Wirtschaftspolitik zu lange auf sich warten lasse. Allerdings hatte Balladur das Wahlprogramm der Regierung in ihren ultraliberalen Punkten wesentlich abgeschwächt.

BAUMASCHINEN-INDUSTRIE

Wegen guter Konjunktur mit Optimismus zur Bauma 86

DANKWARD SEITZ, München

Angesichts der allgemein positiven *Konjunkturentwicklung in diesem* Jahr und erster Anzeichen dafür, daß auch über 1986 hinaus gute Chancen für ein Anhalten der verstärkten Investitionstätigkeit bestehen, beurteilt die deutsche Baumaschinen-Industrie ihre Aussichten recht zuversichtlich. Sicherlich werden davon vor allem wegen der Krise im Wohnungsbau nicht alle Sparten der Branche in gleichem Maße profitieren können. Aber dennoch sieht der Vorsitzende der Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im VDMA, Peter Jungen, insgesamt durchaus gute Möglichkeiten einer kontinuierlichen Erholung. Entsprechend optimistisch sieht denn auch die Branche der bevorstehenden 21. Internationalen Fachmesse für Bau- und Baustoffmaschinen in München (7.–13. 4.) entgegen.

„Bei aller gebotenen Vorsicht" kann nach Ansicht von Jungen die Baumaschinen-Industrie für 1986 mit einem nochmaligen Produktionswachstum von real bis zu fünf Prozent rechnen. Gesichert erscheint dabei allerdings nur ein „mögliches" Plus von etwa zehn Prozent im Inlandsgeschäft. Ob dagegen im Export das erwartete Wachstum in den Industrieländern ausreichen werde, die Rückschläge in den Opec-Staaten und anderen Ländern aufgrund der Öl- und Rohstoff-Preisentwicklung auszugleichen, lasse sich noch nicht übersehen. Die ersten beiden Monate 1986 hätten jedenfalls ein Auftragsplus aus dem Inland von real etwa 22 Prozent gebracht, während die Auslandsbestellungen um sieben Prozent zurückgingen.

Mit dem Jahr 1985 kann die deutsche Bau- und Baustoffmaschinen-Industrie recht zufrieden sein. Erstmals seit 1980 gelang es ihr, wieder ein reales Produktionswachstum von zehn Prozent auf fast sieben Mrd. DM zu erzielen. Der Umsatz erhöhte sich gar um 11,9 Prozent auf über 8,7 Mrd. DM, wovon auf das Inland fast 3,1 Mrd. DM (plus 6,8 Prozent) entfielen. Bei einer Kapazitätsauslastung von 83 (73) Prozent hat sich, so Jungen, im Durchschnitt die Ertragslage der Firmen teilweise erheblich verbessert. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, daß der jahrelange Personalabbau zum Stillstand gekommen ist. Per Ende Oktober 1985 beschäftigte die Branche 46 886 Mitarbeiter – 0,15 Prozent weniger als Ende 1984.

Bemerkenswert ist, daß die Baumaschinen-Industrie 1985 trotz einschneidender Veränderungen der Exportströme ihr Auslandsgeschäft um 14,8 Prozent auf über 5,6 Mrd. DM ausweiten konnte und die Exportquote mit 81 (77) Prozent einen neuen Rekordstand erreichte. Flossen 1982 noch 35 Prozent der Exporte in die Opec-Länder, so waren es 1985 nur noch knapp 13 Prozent. Einen Ausgleich fand man in den USA, die mit einem Volumen von über 600 Mill. DM (plus 36 Prozent) erneut größter Absatzmarkt für die Branche waren.

AUF EIN WORT

» Die deutschen Börsen müssen sich nach außen als leistungsfähige Einheit darstellen. Auch daran wird die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen um die Stärkung des Finanzplatzes Bundesrepublik gemessen. «

Dr. Wolfgang Röller, Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Frankfurt. FOTO: DPA

PRODUKTION

Weiter aufwärts gerichtet

Mk. Bonn

Der Produktions-Trend bleibt leicht aufwärts gerichtet. Zwar nahm die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes im Februar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um ein Prozent ab. Aber nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums sind die Produktionszahlen des Februar durch die ungewöhnlich strenge Frostperiode überzeichnet. Immerhin sank die Bautätigkeit um 18,5 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe meldete nach einer Ausweitung der Produktion um 3,5 Prozent im Januar für den Februar einen leichten Rückgang um 0,5 Prozent.

Der Zwei-Monats-Vergleich Januar/Februar gegenüber November/Dezember weist für das Produzierende Gewerbe ein Plus von 0,5 Prozent aus. Eine Rate, die auch vom Verarbeitenden Gewerbe erreicht wurde. Während dabei das Produktionsniveau bei den Herstellern von Investitionsgütern unverändert blieb, konnten der Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit zwei, das Verbrauchsgütergewerbe mit 2,5 und auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe plus ein Prozent ihre Ausbringung steigern. Den entsprechenden Vorjahresstand übertraf die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes im Januar/Februar insgesamt um vier Prozent. Auch das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete ein Plus von vier Prozent. Dabei lagen die Hersteller von Investitionsgütern mit plus sechs Prozent an der Spitze.

HWWA

Belebung im gewerblichen Bau

dpa/VWD, Hamburg

Eine verstärkte Investitionsneigung und eine Zunahme der Binnennachfrage werden in diesem Jahr zu einer deutlichen Belebung auch in Wirtschaftssektoren führen, die bisher hinter der Konjunkturentwicklung herhinkten. Selbst im gewerblichen und öffentlichen Bau ist nach Angaben des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg wieder eine Zunahme der Produktion zu erwarten. Eine kräftige Erholung stehe jedoch nicht in Aussicht.

Im gesamten Baubereich sei 1986 nur mit einer Zunahme der Investitionen um ein bis zwei Prozent zu rechnen, nach einem Rückgang 1985 um sechs Prozent. Dabei sei die Investitionsbelebung im gewerblichen Bau um etwa fünf Prozent bereits berücksichtigt. Als Gründe nennt das HWWA in einer Konjunkturanalyse die ungünstigen Strukturbedingungen. Dazu gehöre der relativ hohe Sättigungsgrad im Wohnungsbau bei leicht schrumpfender Bevölkerung.

In den anderen Branchen hat sich der Analyse zufolge die Investitionsneigung seit einiger Zeit kräftig verstärkt. Die Ausrüstungsinvestitionen seien zum stärksten Konjunkturmotor in der Bundesrepublik geworden. Wichtige Branchen, die lange hinter der allgemeinen Konjunkturentwicklung zurückgeblieben sind, wie etwa der Handel und die Konsumgüterproduzenten, würden aufgrund der zunehmenden inländischen Nachfrage wieder Anschluß gewinnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG bereitet nun Gegenmaßnahmen vor

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat gestern mit der Vorbereitung von Gegenmaßnahmen für den Fall begonnen, daß die USA wie angedroht ihre Agrareinfuhren aus der EG begrenzen. Unter dem Vorsitz von Kommissionspräsident Jacques Delors beauftragte das Exekutivorgan der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel Experten mit der Ausarbeitung von Listen mit US-Produkten, deren Einfuhr als Vergeltungsmaßnahme eingeschränkt werden könnte. Nach Angaben aus Kommissionskreisen sollen die Listen bis Ende der Woche vorliegen.

Notprogramm gefordert

Borken (dpa/vwd) – Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr von Heereman, hat ein nationales Notprogramm für die deutschen Bauern für den Fall gefordert, daß die Brüsseler Agrarpreisverhandlungen keine befriedigenden Ergebnisse bringen. Er sagte, der gefährlichen Einkommensentwicklung in den bäuerlichen Betrieben müsse ein Ende gemacht werden, sonst seien Resignation und Verbitterung die Folge.

Dollar und Pfund steigen

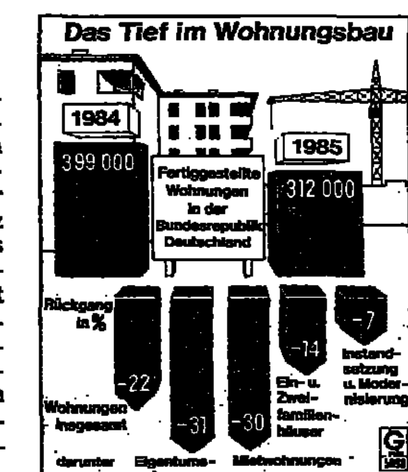
Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar hat gestern an den europäischen Devisenmärkten erneut Boden gutgemacht. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs bei 2,3678 DM festgestellt und lag damit um gut drei Pfennig über dem Vortagsfixing von 2,3363 DM. Kräftig zugelegt hat auch das Pfund Sterling. Die britische Währung wurde um über fünf Pfennig fester mit 3,477 (3,420) DM bewertet. Grund dafür seien Hoffnungen auf eine leichte Erholung der Ölpreise, sagten Devisenhändler.

Verfahren eingestellt

Gießen (rtr) – Die Staatsanwaltschaft Gießen hat nach einjährigen Ermittlungen das Verfahren gegen *die Büdinger Akkumulatorenfabrik* Sonnenschein wegen des Verdachts der Luftverunreinigung und des Betriebs ungenehmigter Anlagen eingestellt. Oberstaatsanwalt Joachim Müller teilte gestern mit, die umfangreichen Ermittlungen hätten keinen Hinweis auf strafbare Handlungen ergeben. Ausgelöst worden war das Verfahren durch eine Anzeige der hessischen Grünen gegen das Unternehmen, das sich im Besitz der Familie von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling befindet.

Mikroelektronik fördern

Bonn (A.G.) – Technische Neuerungen verbessern die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Diese Überzeugung hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veranlaßt, einen Ratgeber „Mikroelektronik und Arbeit – Chance und Herausforderung" herauszugeben, der den Unternehmen Anregungen für eine wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung technischer Innovationsprozesse geben soll.



Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland ist auf den tiefsten Stand seit 1949 zurückgefallen. Nur noch rund 312 000 Wohnungen wurden 1985 fertiggestellt; das entspricht einem Minus von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Noch schlechter war mit einem Rückgang von 31 Prozent das Ergebnis bei den Eigentumswohnungen; offenbar deshalb, weil die steuersparenden Bauherren-Modelle stark an Attraktivität eingebüßt haben. QUELLE: GLOBUS

Texaco und BP ziehen nach

Hamburg (rtr) – Die Deutsche Texaco AG und die Deutsche BP AG wollen ihre Preise für Normal- und Superbenzin ebenfalls regional um bis zu vier Pfennig anheben. Die beiden Mineralölunternehmen teilten am Mittwoch mit, sie folgten damit dem Schritt der Aral AG, der sich am Dienstag bereits die Esso AG und die Deutsche Shell AG angeschlossen hatten.

Kernenergieanteil steigt

Bonn (A.G.) – Der Anteil der Kernenergie an der öffentlichen Stromerzeugung hat sich seit 1975 mehr als verdreifacht. Waren es in jenem Jahr erst rund neun Prozent, so wurden zehn Jahre später 36 Prozent des Stroms aus Uran erzeugt. Wie der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) mitteilte, gab es Ende vergangenen Jahres 13 Kernkraftwerke mit einer Bruttoleistung von zusammen knapp 17 000 Megawatt. Außerdem lieferten zwei Versuchsanlagen und der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop Strom.

WELLPAPPE

Verknappung des Rohstoffes führt zu Preiserhöhungen

Wb. Frankfurt

Die deutschen Wellpappenhersteller sind dabei, ihre über lange Jahre *hinweg* sehr dürftige Ertragslage wieder aufzubessern. 1985 gelang es immerhin schon, im Branchendurchschnitt wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Robert Sieger, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Wellpappenindustrie, schätzt die Umsatzrendite vor Steuern auf etwa ein Prozent.

Bislang hat sich 1986 für die 38 Verbandsunternehmen (mit 85 Werken) *gut* angelassen. Die ersten beiden Monate brachten eine Produktionssteigerung um vier Prozent, fürs Gesamtjahr stehen etwa drei Prozent auf dem Plan.

Im vergangenen Jahr hat die Branche ihren Umsatz um gut neun Prozent auf 3,9 (3,5) Milliarden Mark ausgeweitet. Die Steigerung stammte zum größten Teil aus Preiserhöhungen – die produzierte Menge nahm nur um gut zwei Prozent auf 2,3 Millionen Tonnen zu. Weitere Preiserhöhungen um insgesamt etwa fünf Prozent sind für 1986 geplant. Hauptgrund wird die Wiederbelebung des US-Markts sein, die für eine Verknappung und damit auch Verteuerung des Wellpappenvorprodukts Kraftliner sorgen wird.

Vom Rückgang der Rohstoffkosten, in erster Linie eine Folge des schwächeren Dollars, konnte die 13500-Mitarbeiter-Branche im vergangenen Jahr erst mit zeitlicher Verzögerung profitieren, nicht zuletzt wegen der hohen eigenen Bestände an teurer eingekauften Rohpapieren. 70 Prozent oder 1,8 Millionen Tonnen dieser Papiere werden auf der Basis von Altpapier hergestellt.

SCHALLPLATTEN / Industrie hat wieder zum Optimismus zurückgefunden

Compact Disc brachte Wachstum

J. BRECH, Hamburg

Nach drei Jahren sinkender Absatz- und Umsatzzahlen hat die deutsche Schallplatten-Industrie für 1985 wieder Grund, ein Stimmungslied aufzulegen. Wie der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft in seinem Jahresbericht schreibt, habe sich die angespannte wirtschaftliche Lage am Tonträgermarkt verbessert. Zwar sei das Umsatzniveau der guten Jahre 1980/81 noch nicht wieder erreicht, doch in Verbindung mit erheblichen Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen habe das 1985 erzielte Wachstum wieder vorsichtigen Optimismus ausgelöst.

Der Umsatz der Industrie mit Schallplatten, Musicassetten und Compact Discs erhöhte sich im Berichtsjahr um 10,2 Prozent auf 2,2 Mrd. DM. Dies entspricht etwa 90 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche. Weitere 275 Mill. DM werden mit Direktimporten des Handels und mit illegal hergestellten Tonträgern umgesetzt. Der Verband schätzt, daß auf Fälschungen 60 bis 70 Mill. DM entfallen.

Getragen wurde das Wachstum 1985 von den Compact Discs, die sich inzwischen zur dritten Stütze des Marktes entwickelt haben. Von ihnen wurden 6,7 Mill. Stück abgesetzt; das entspricht einem Zuwachs von 131 Prozent. Am Umsatz der Branche haben CDs einen Anteil von zehn Prozent erreicht. Der Vormarsch der CDs ist für die Branche insofern von besonderer Bedeutung, als deren Reichweite bei älteren Käuferschichten weiter steigt. Gerade diese Musikliebhaber, die in den vergangenen Jahren durch Repertoire-Politik und Darbietungsformen aus dem Fachhandel vertrieben worden sind, muß die Branche aufgrund der demoskopischen Veränderungen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Die CDs helfen dabei, indem sie ein neues Qualitätsbewußtsein für Tonträger schaffen, heißt es in dem Bericht.

Ein Absatzplus von 3,3 Prozent auf knapp 66 Mill. Stück brachten zum erstenmal seit mehreren Jahren auch wieder Langspielplatten. Dabei dominierten die LPs im Niedrigpreisbereich. Dies gilt entsprechend für die Musicassetten, deren Verkauf um 15,3 Prozent auf 45 Mill. Stück zunahm. Die MCs im Niedrigpreisbereich erreichten einen Zuwachs von 25 Prozent, die in der Normpreislage dagegen ein Minus von rund fünf Prozent. Das in diesem Preisbereich angebotene Repertoire ist durch Mitschnitte nicht so sehr gefährdet wie das aktuelle Hit-Programm, das aus Kosten- und Lizenzgründen fast ausschließlich in der Normalpreislage angeboten wird. Ein unverändertes Absatzergebnis von knapp 50 Mill. Stück erreichte die Branche mit Singles.

IM BLICKPUNKT / Cornelius Herkströter, Deutsche Shell, glaubt nicht an Prognosen

„Der Markt muß das Öl-Problem lösen"

Keiner weiß, wohin die Reise geht", sicher sei lediglich, daß auch in den kommenden Monaten am Markt für Mineralöl große Unsicherheit herrschen wird. „Die Lage ist komplizierter, als wir glaubten", gesteht Cornelius A. J. Herkströter, seit Juli vorigen Jahres Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Shell AG, Hamburg. Schon für August/September 1985 hatte er den Preisverfall bei Rohöl erwartet, doch dann kam der erst im Dezember.

Und was sagt der Shell-Mann, der seit 1980 für sein Muschelhaus kreuz und quer durch Europa zieht (was eine Parallele in seiner privaten Ambition des Joggens zu haben scheint), *zur Zukunft des Marktes*? „Ich bin pessimistisch." Nachdem die Organisation der erdölexportierenden Länder (Opec) ihre Politik der freiwilligen Selbstbeschränkung bei der Ölförderung aufgegeben hat und den Weltmarkt überschwemmt, sieht er nun eine Möglichkeit, Dämme zu bauen: „Der Markt muß das Problem lösen." Dabei schließt er nicht aus, daß es politische Beruhigungsphasen geben kann, die er aber nicht schätzt, da eben politischer Einfluß, von welcher Seite und mit welchen Mitteln auch immer, „die Unsicherheit nur noch vergrößern wird".

Großes Überangebot

Ist es denn nicht denkbar, daß die Ölförderländer, die nicht der Opec angehören (Mexiko, Nordsee-Länder, Ägypten zum Beispiel), ihre Förderung drosseln, um den Druck vom Markt auf die Preise zu nehmen und die Opec zur Rückkehr zu ihrem Quotensystem zu verleiten? „Da herrscht freier Markt", lautet die Antwort des im August 49jährigen Holländers, der in Venlo geboren wurde, und der dann zurückfragt: „Wie sollen die kürzen?" Und da es auch für die Opec schwer sein dürfte, zum Quotensystem zurückzukehren, eben weil es in der Vergangenheit versagte, wird die *Ölflut wahrscheinlich anhalten*.

Auch hier hat Herkströter gleich Zahlen bei der Hand. Er rechnet mit einem Überangebot über das ganze Jahr 1986 hinweg von rund 2 Mill. Faß (159 Liter) pro Tag, was einer Jahresmenge von rund 100 Mill. Tonnen Rohöl (ohne Ostblock) entspricht. Im ersten Quartal wird das Überangebot 1,3 Mill. Faß pro Tag betragen, im zweiten wird es auf 3 Mill. Faß springen, was den Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Said Oteiba, veranlaßt, selbst Rohölpreise von 5 Dollar je Faß nicht auszuschließen, obwohl sie heute noch zwischen 12 und 16 Dollar schwanken. Im dritten Quartal 1986 wird dann eine Beruhigung auf 2,5 Mill. Faß Überangebot eintreten, das sich dann im letzten Quartal schlagartig auf 0,4 Mill. Faß ermäßigt. Insgesamt errechnet sich aus den einzelnen Quartalen ein Überangebot für 1986 von 1,8 Mill. Faß pro Tag bei einem Gesamtangebot (ohne Ostblock) von 44,5 Faß pro Tag (= 2,225 Mrd. Tonnen im ganzen *Jahr), wovon 17,5 Mill. Faß pro Tag* auf die Länder entfallen, die Öl fördern, aber der Opec nicht angehören.



ZEICHNUNG: BÖHLE

Und für wie realistisch hält Cornelius Herkströter, der seinen Urgroßvater bei der Stammbaumforschung in Halle in Westfalen fand, dieses Rechenwerk? „Das sind alles Schätzungen. *Und deswegen sind sie falsch*", kommt es beinahe unberührt zurück. Und da es keine gesicherten Daten gibt, an denen man seine Unternehmensstrategie im Ölmarkt ausrichten könnte, will Herkströter nach dem Motto arbeiten: „Aufpassen und am Markt reagieren". Dabei wird es für sein Haus keine „großen Reduzierungen" geben. Schließlich weiß er für 1986: „Wer sein Geschäft versteht, der kann auch unsichere Lagen nutzen."

Und da das Geschäftsjahr 1985 „ein sehr gutes Jahr für die Deutsche Shell war", was die Gesamtgeschäfte angeht, die Ölsparte aber „nicht unbedingt *gut*", kann man den weiteren Weg bei weiterer Rationalisierung zur Erhöhung der Flexibilität im Markt unverdrossen gehen. „Wir haben die feste Absicht, im deutschen Markt tätig zu bleiben. Er ist schließlich der größte Europas", sagt Herkströter. Dabei werde man wohl etwas mehr in der Chemie tun, „weil wir hier verhältnismäßig bescheiden dastehen." Aber man werde auch „in Beteiligungen am Markt" investieren.

Wanderung durch Europa

Heißt das nicht auch, daß keine großen Mittel mehr in die Exploration fließen? Das ist für Herkströter sicher, nachdem die Exxon ihre Explorations-Investitionen drosselt. „Andere werden folgen", da ist Herkströter sicher, und zwar nicht nur in der Mineralölwirtschaft, sondern ebenso in allen anderen Sparten der Energiewirtschaft.

Da hat er sie also, die ständig neuen *Aufgaben, die ihm die Arbeit* so reizvoll machen, die ihn auf Manager-Wanderschaft durch Europa gehen ließen. 1962 machte er Examen als Volkswirt und Buchprüfer, kam dann zum Metallkonzern Billiton International B. V., der später von Shell übernommen wurde, womit Herkströter dort landete, von wo aus er bald seine Shell-Karriere starten sollte, in der Schweiz mit Sitz in Luzern, in London, wo er als Regionalkoordinator für Südostasien tätig war, in Paris schließlich, wo er Vorstand für Finanzen und Verwaltung bei der Shell Française war, und seit Juli letzten Jahres schließlich in Hamburg, wo er gern länger bleiben möchte, obwohl er weiß, daß „die Arbeit als Vorstandsvorsitzender ungeheuer wichtig" ist. „Aber man sollte nie denken, ohne mich geht es nicht."

HANS BAUMANN

Stork: Die magere Rendite bessert sich

J. G. Düsseldorf

Seine nach einem Hunger-Jahrzehnt für 1984 wieder aufgenommene Dividendenzahlung will Hollands führender Maschinbaukonzern Verenigde Maschinefabrieken Stork N. V. (VMF), Amsterdam, für 1985 auf 8 (6) Gulden je 100-hfl-Aktien aufstocken. An diesem weiteren Erfolg der Genesungskur partizipieren deutsche Aktionäre mit einem Zehntel des auf 140,5 (120,5) Mill. hfl erhöhten Aktienkapitals.

Gegenläufig zum auf 2 (2,24) Mrd. hfl (knapp 1,8 Mrd. DM) gesunkenen Umsatz, der offenbar immer noch Straffungen der Produktlinien spiegelt, hat der Konzern seinen Auftragseingang *1985 um weitere 5,2 (9,5)* Prozent auf 2,13 Mrd. hfl mit 70 (71) Prozent Auslandsanteil verbessert. Eine Fortsetzung dieser Aufstiegslinie erwartet der Vorstand für 1986 auch beim Ertrag. Das ist auch nötig. Denn mit 54,6 (48,2) Mill. hfl Betriebsergebnis und 39,2 (30,8) Mill. hfl Nettogewinn blieb die Rendite im Vergleich zum Geschäftsvolumen noch recht mager. Erklärt wird das hauptsächlich mit dem Saldo aus sonstigen Aufwendungen und Erträgen, der diesmal vor allem durch Wechselkursdifferenzen 7,3 Mill. hfl Verlust (nach 17,4 Mill. Überschuß) brachte.

Unter den drei Hauptsparten des Konzerns arbeiteten Beschichtungs/Druckmaschinenbau und industrielle Dienstleistungen mit Gewinn, der Anlagenbau für Nahrungsmittelverarbeitung und Verpackung trotz „guter Erträge im Geflügelsektor" mit Verlust. Die Belegschaft wurde auf 12 067 (11 986) Leute aufgestockt.

SCHWAN-STABILO / Kapazität wird erweitert

Markenpiraten sind eine Plage

JOACHIM WEBER, Nürnberg

„Das muß eine Marke aushalten", kommentiert Günter Schwanhäußer, geschäftsführender Gesellschafter der *Schwan-Stabilo Schwanhäußer* GmbH & Co., Nürnberg, die vielfältigen Bemühungen der internationalen Konkurrenz, die Produkte seines Hauses zu kopieren. Vornehmlich aus Fernost stammen die Markenpiraten, die sich der erfolgreichen Schreibgeräte so liebevoll annehmen. So wurde der 15jährige Dauer-Renner der Nürnberger, der Markierstift „Boss", in Indonesien mitsamt der Verpakkung präzise abgekupfert.

Selbst ein vergleichsweise einfaches Produkt wie der Bleistift, die historische Basis des 1855 gegründeten Unternehmens, blieb nicht verschont: Einem pakistanischen Wettbewerber gelang die täuschend ähnliche Kopie eines besonders erfolgreichen Stifts. Doch nicht nur aus Schwellenländern kommen die kleinen Übergriffe auf Markenrechte – die jüngste Boss-Kopie stammt aus Japan.

Ob rechtliche Maßnahmen nötig sind oder die friedliche Einigung gelingt: „So etwas stellt zusätzliche Anforderungen an die Unternehmensorganisation", stellt Schwanhäußer bedauernd fest. Freilich ist man an derlei Kummer gewöhnt. In den Firmenarchiven finden sich noch Unterlagen über Schutzrechts-Prozesse aus den dreißiger Jahren. Nur aus dem Kosmetik-Bereich, einem jüngeren, doch wachstumsstarken Produktionszweig („Wir fertigen für fast alle großen Marken") ist noch nichts dergleichen zu berichten.

Der Expansionskraft des Unternehmens haben solche Zusatz-Lasten offenbar keinen Abbruch getan. Nach einem Wachstum der weltweiten Gruppenumsätze um acht Prozent auf 205 (190) Mill. DM im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) stehen in diesem Jahr wieder „mindestens" zehn Prozent Zuwachs auf dem Plan, die in den ersten acht Monaten auch erreicht wurden. Eine derartige Ausweitung erfordert entsprechende Investitionen: Den weltweit 12 Mill. DM von 1984/85 soll in diesem Jahr ein ähnliches Volumen folgen.

Fast zwei Drittel davon fließen allein in Werksneubauten zur Erweiterung der Markierstift-Kapazitäten am bayerischen Standort Weißenburg. Aber auch in den USA (*Umsatzvolumen*: rund 10 Mill. DM) wird ein neues Vertriebszentrum in der Nähe von Atlanta, Georgia, aufgebaut. Und schon im vergangenen Jahr wurde die Produktions- und Verwaltungsfläche bei der malaysischen Tochtergesellschaft für 3 Mill. DM rundweg verdreifacht.

Eine weitere Auslandsproduktion (für den Kosmetik-Bereich) befindet sich in Mexiko, und eine Lizenzfertigung in der Türkei wurde im vergangenen Jahr aufgenommen. Insgesamt macht das Auslandsgeschäft mehr als 80 Prozent der Schwan-Gruppenumsätze aus – 75 Prozent entfallen aber nach wie vor auf Exporte aus dem Stammhaus. Von den insgesamt 1650 Beschäftigten arbeiten 500 im Ausland.

HONIG / Importe gleichen die schlechte Ernte der deutschen Imker aus

Exotische Spezialitäten sind begehrt

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Von einer Überproduktion, ansonsten in der EG-Landwirtschaft eher die Regel als die Ausnahme, kann bei der deutschen Imkerei nicht die Rede sein. Ernteergebnisse, die in Spitzen*jahren bei 18 000 bis 20 000 Tonnen* lagen, wurden in jüngster Vergangenheit nicht mehr erreicht. Schon die 12 000-Tonnen-Ernte von 1984 mußte als mager bezeichnet werden, der verregnete Sommer 1985 zeigte dann das ausgesprochen katastrophale Ergebnis von nur noch 5000 Tonnen. Da jedoch der weitaus größte Teil der *heimischen Imker diese Tätigkeit nur* als Hobby oder als Nebenbeschäftigung betreiben, bedrohte die Mißernte kaum wirtschaftliche Existenzen.

Der deutsche Honigmarkt hatte im vergangenen Jahr auf der Basis der Endverbraucherpreise ein Volumen von 500 Mill. DM. Pro Kopf essen die Deutschen nach Angaben des Honig-Verbandes der Bundesrepublik Deutschland in Bremen 1,3 Kilogramm Honig. Der Gesamtverbrauch an Honig in der Bundesrepublik, der 1985 bei rund 80 000 Tonnen lag, von denen 32 000 Tonnen über den Lebensmittelhandel abgesetzt wurden, konnte durch Importe abgedeckt werden.

Die 50 Mitgliedsfirmen des Honig-Verbandes importierten 1985 knapp *79 000 Tonnen, 500 Tonnen mehr* als im Vorjahr. Größte Lieferanten waren Mexiko, die Sowjetunion, Argentinien und die Volksrepublik China, die vor allem den sogenannten Mischhonig lieferten, mit dem etwa zwei Drittel des deutschen Bedarfs abgedeckt wird. Dabei sind regional durchaus unterschiedliche Ansprü*che zu erkennen. In Norddeutschland* wird Honig in kristalliner Form bevorzugt, im Süden, vor allem in Bayern, dagegen mehr die zähflüssige Art.

Steigende Nachfrage verzeichnet der sogenannte Trachtenhonig, der überwiegend nur aus den Blüten einer bestimmten Pflanze zusammengetragen wurde. Die deutsche Honigverordnung verlangt, daß diese Sortenreinheit zumindest zu 50 Prozent sichergestellt sein muß, einzelne An*bieter garantieren bis zu 70 Prozent*, was als absolute Obergrenze gilt. Bienen naschen nun einmal an den Blüten am Wegesrand, auch wenn sie von ihrem Imker auf die großflächigen Rapsfelder der Ostseeinsel Fehmarn angesetzt sind. Auch der Kleehonig aus Kanada und sonstige Spitzensorten, die aus Mexiko oder aus Südamerika importiert wurden, sind absolut nicht „reinrassig".

Wie stark die Nachfrage nach solchen Exoten ist, demonstriert derzeit Honig Langnese, Bargteheide, mit Abstand Marktführer unter den Honiganbietern. Das zur Oetker-Gruppe gehörende Unternehmen offeriert jetzt Honigspezialitäten seltener Provenienzen, eine Palette, die vom argentinischen Sonnenblumen-Honig *über solchen aus mexikanischen Mi*mosen bis zu dem aus australischen Eukalyptus-Blüten reicht. Auch griechischer Wald-Honig, von fleißigen Bienen in Pinien- und Kastanienhainen zusammengetragen, fehlt nicht im Sortiment. Er dürfte besondere Chancen haben, denn Trachenthonig aus heimischen Wäldern ist gegenwärtig ausgesprochene Mangelware.

BAYERISCHE HANDELSBANK / Zinsüberschuß steigt

Besserer Immobilienmarkt

sz. München

Zuversichtlich beurteilt die Bayerische Handelsbank AG, München, das Geschäftsjahr 1986. Grundlage dafür ist neben der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung die sich abzeichnende weitere Besserung an den Immobilienmärkten in den Ballungsgebieten und das niedrige Zinsniveau.

So konnten in den ersten beiden Monaten 1986 bereits Hypotheken über fast 93 Mill. DM und 227 Mill. DM Kommunaldarlehen zugesagt werden. Und da seit längerer Zeit erstmals wieder ein Provisionsüberschuß erzielt worden sei und auch der Zinsüberschuß über der Vergleichszeit des Vorjahres liege, rechne man mit einer Fortsetzung der insgesamt positiven Ertragsentwicklung.

Bereits im vergangenen Geschäftsjahr ist es der Bank gelungen, ihre Ertragslage noch einmal deutlich zu verbessern. Das Betriebsergebnis konnte nach Angaben von Vorstandssprecher Konrad Rüchardt um 15,9 Prozent auf 70,5 Mill. DM gesteigert werden. *Eine Volumensausweitung* und die leichte Verbesserung der Zinsspanne (0,65 nach 0,62 Prozent) führten zu einem Zinsüberschuß von 112,5 Mill. DM (plus 13,4 Prozent). Gleichzeitig verbesserte sich der noch immer negative Provisionsüberschuß auf 9,8 (10,4) Mill. DM. Nach notwendigen Vorsorgemaßnahmen verbleibt ein Jahresüberschuß von 26,1 Mill. DM (plus 3,8 Prozent), aus dem unverändert 22 Prozent Dividende ausgeschüttet werden soll.

Zugesagt wurden von der Bayerischen Handelsbank 1985 Darlehen über rund 3,02 Mill. DM (minus 21,2 Prozent). Nach Rüchardt ein „erwarteter" Rückgang, denn zum einen wurde bei den Hypothekenanträgen (791 nach 876 Mill. DM) „stärker ausgesiebt" und zum anderen im Vorjahr ein Großdarlehen gewährt. Bewußt zurückgehalten habe man sich auch im Kommunalgeschäft (2,2 nach fast 3,0 Mrd. DM). Ausgezahlt wurden 846 (826) Mill. DM an Hypotheken und 2,1 (2,44) Mrd. DM Kommunalkredite.

BASF / Alle Arbeitsgebiete brachten Umsatzzuwachs – Kapazitäten voll ausgelastet

Der Ertrag ist kräftig gestiegen

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

Der BASF AG, Ludwigshafen, sind 1985 weitere, kräftige Ertragssprünge gelungen. Bei einer Steigerung des weltweiten Gruppenumsatzes um knapp zehn Prozent auf 44,4 (40,4) Mrd. DM erwirtschaftete der Chemiekonzern mit 3,04 (2,52) Mrd. DM ein Ergebnis vor Steuern, das um fast 21 Prozent über dem Vorjahresniveau lag. Der Ertragszuwachs wäre sogar noch steiler ausgefallen, hätten nicht Wertberichtigungen auf Rohstoff-Bestände und Sonderabschreibungen das Ergebnis des vierten Quartals zusätzlich belastet.

Ohnedies war das Geschäft der letzten drei Monate 1985 schon durch den Rückgang des Dollar-Kurses beeinträchtigt. Nicht zuletzt auf seine Auswirkungen ging es zurück, daß Umsätze und Erträge in der Petrochemie, im Düngemittelgeschäft (Kali + Salz) und beim Pflanzenschutz abnahmen. Ohne die Beiträge der Akquisitionen Inmont (Farben und Lacke), American Enka (Faseraktivitäten) und der als BASF Structural Materials zusammengefaßten Verbundwerkstoff-Töchter, allesamt in den USA und erstmals im vierten Quartal anteilig konsolidiert, wäre der weltweite Umsatzzuwachs im letzten Jahresviertel mager ausgefallen.

Übers Gesamtjahr brachten indessen alle Arbeitsgebiete „erfreuliche" Umsatzsteigerungen, die zudem überwiegend mengenbedingt, also auslastungswirksam waren. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Bereiche Verbundwerkstoffe, Faser-Vorprodukte und Informationssysteme (Computer, Speichergeräte, Speichermedien).

Daß die BASF auch die fernere Zukunft ihrer Branche(n) günstig einschätzt, demonstriert sie mit einer Ausweitung der Sachinvestitionen um 36 Prozent auf 2,79 (2,05) Mrd. DM, wenn auch ein Teil davon im Zusammenhang mit den Akquisitionen steht. Auch die Erhöhung der weltweiten Belegschaft um knapp ein Achtel auf 130 170 (115 820) Mitarbeiter dürfte darauf zurückzuführen sein. Darauf deutet auch der eher moderate Personalaufbau bei der Muttergesellschaft um zwei Prozent auf 53 460 (52 280) Mitarbeiter hin.

Unter Ertragsgesichtspunkten steht die Ludwigshafener AG aber noch glänzender da als die Weltgruppe. Ihr Gewinn vor Steuern stieg noch einmal um 45 (1984: 47) Prozent auf 1,9 (1,3) Mrd. DM. Dieser Sprung ist um so beachtlicher, als er sich nur auf eine Umsatzerhöhung um gut drei Prozent auf 20,5 (19,8) Mrd. DM stützt. Freilich: Im AG-Gewinn des vergangenen Jahres schlagen sich auch die Ausschüttungen der Tochtergesell*schaften für 1984 nieder.*

Wie in der Gruppe war auch in der AG der Umsatzanstieg überwiegend mengenbedingt. Die durch die Dollar-Abschwächung verursachten Einbußen im letzten Jahresviertel wurden durch das Inlandsgeschäft nahezu ausgeglichen. Insgesamt hielt sich die Kapazitätsauslastung auf dem hohen Vorjahresniveau.

BINDING / Durst auf alkoholfreies Bier wächst ständig

„Clausthaler" gut im Rennen

adh. Frankfurt

Zufrieden mit der Absatzentwicklung von alkoholfreiem Bier (Marke: „Clausthaler") ist die Binding Brauerei, Frankfurt. Seit der Einführung im Jahr 1979 (Absatz 13 000 Hektoliter) habe es eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung gegeben, betont Binding-Absatzvorstand Gerhard Lange.

Im vergangenen Jahr seien bereits 250 000 Hektoliter „Clausthaler" verkauft worden. Damit erreicht Binding in der Bundesrepublik Deutschland einen Marktanteil von 55 Prozent bei den alkoholfreien Bieren. Der Gesamtmarkt erreichte nach *Schätzung von Lange im vergangenen* Jahr einen Wert von rund 64 Mill. DM.

In diesem Jahr rechnet die Brauerei mit einer weiteren deutlichen Aufwärtsentwicklung. Bis zum Jahresende sollen 300 000 Hektoliter alkoholfreies Bier verkauft sein. Das wären etwa 15 Prozent des gesamten Binding-Absatzes.

Erfolgversprechend entwickelt sich nach Angaben von Lange auch der Export. Besonders in Großbritannien liege das alkoholfreie Bier derzeit gut im Rennen; es folgen Österreich, die Beneluxländer, Schweiz und Italien.

Sehr gut angelassen hat sich das Geschäft in den USA, wo sich Binding mit einem freien US-Importeur zusammengetan hat. Von dem Prädikat „offizieller Lieferant der Olympia-Mannschaften der Bundesrepublik 1988" (Olympiade in Seoul und Calgary) verspricht sich Binding neue Absatzimpulse nicht nur im Export.

Insgesamt steigerte Binding im vergangenen Jahr seinen Bierabsatz um 2,2 Prozent. Damit liege man besser als der Branchen-Durchschnitt. Dabei sei mit Spezialitäten und Spezialbieren (zu denen „Clausthaler" gehört) ein Zuwachs von über 20 Prozent erzielt worden; der „Clausthaler"-Absatz allein expandierte gegenüber 1984 um 44 Prozent.

WÜRTH / Großsortimenter in der Montagetechnik

Neuer Umsatz-Milliardär

nl. Stuttgart

Wenn auch der Bedarf an Produkten der Befestigungstechnik künftig tendenziell zurückgehen wird, so sieht man doch bei der Würth-Firmengruppe, Künzelsau, dem renommierten Großsortimenter im Bereich der Montagetechnik, keinen Grund in Pessimismus zu machen. Reinhold Würth, geschäftsführender Gesellschafter, setzt vielmehr aufgrund der hohen Innovationskraft des Unternehmens, der breiten Kundenstreuung und der internationalen Ausrichtung voll auf Expansion. Er rechnet damit, daß die Firmengruppe 1992 die Umsatzmarke von 2 Milliarden DM erreicht haben wird.

Im vergangenen Jahr hatte die Firmengruppe ihren Umsatz um 10,9 Prozent auf 1,03 Mrd. DM ausgeweitet. Für das laufende Geschäftsjahr 1986 erwartet er eine Steigerung des Gruppenumsatzes um 12 bis 16 Prozent auf 1,15 bis 1,19 Mrd. DM. Das verfügbare Sortiment umfaßt bei Würth rund 22 000 Positionen, nämlich Verbindungsteile, Befestigungs- und Montagesysteme, Werkzeuge, chemisch-technische Produkte und Lagersysteme für Handwerks- und Industriebetriebe sowie Betriebswerkstätten der unterschiedlichsten Branchen. Lediglich fünf Prozent des Umsatzes stammt aus Eigenfertigung.

Würth wird von rund 2000 Lieferanten bedient und führt selbst über eine halbe Million Kunden in seiner Kartei. Die ausländischen Vertriebsgesellschaften steigerten ihren Umsatz um 17,8 Prozent auf 534 Mill. DM. Das Stammhaus, die Adolf Würth KG, setzte 350 Mill. DM um (plus 11,4 Prozent), wogegen die Restgruppe Inland einen Umsatzrückgang um 9,8 Prozent auf 144 Mill. DM verbuchte. Ausschlaggebend dafür war der Rückzug der Würth-Bau GmbH & Co. KG aus dem Baumarkt. Für ihre Auflösung seien „einige Millionen zu verkraften gewesen".

Das Betriebsergebnis der Gruppe gibt Würth mit „um die drei Prozent" an. Investiert werden im laufenden Jahr 56 (1985: 41) Mill. DM, wovon 30 (10) Mill. DM auf Leasing entfallen. Die Eigenkapitalquote der Gruppe, die über 4700 Mitarbeiter zählt, liegt über 20 Prozent.

III-FONDS

Auf Suche nach Renditeobjekten

sz. München

Nicht gerade günstig waren 1985 die Rahmenbedingungen für die deutschen offenen Immobilienfonds. Insbesondere die anhaltend schwierige Marktsituation bei Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen dürften so manchen potentiellen Anleger von einem Engagement in Immobilien allgemein abgehalten haben. Kein Wunder, daß die Münchner Internationale Immobilien-Institut AG (iii) mit dem Geschäftsjahr 1985 zufrieden ist, das ihren beiden Fonds noch ein Mittelaufkommen von 42,5 (56,1) Mill. DM brachte.

Insgesamt erreichte das Fondsvermögen fast 1,12 Mrd. DM (plus 5,3 Prozent). Auf den iii-Fonds Nr. 1 entfielen davon 735 Mill. DM (plus 6,1 Prozent) und auf den Fonds Nr. 2 rund 380 Mill. DM (plus 3,8 Prozent). Das jeweilige Immobilienvermögen wird mit 460 (445) Mill. DM und 248 (243) Mill. DM angegeben. Insgesamt werden *173 (176)* Objekte mit einer Nutzfläche von über 293 000 qm verwaltet, die zu 97 bis 98 Prozent vermietet sind.

Vor allem der 1959 gegründete Fonds Nr. 1 trägt dabei nach Meinung von Vorstandsmitglied J. Paul Wonhas „immer noch an der Last der sich niedrig rentierenden Wohnobjekte" (Anteil: 21 Prozent). Beim Fonds Nr. 2 ist diese Quote bereits auf sechs Prozent zurückgeführt worden. Ausgeschüttet werden können denn an die Anteilseigner für 1985 unverändert 4,50 DM sowie 3 DM. Im Anlageergebnis (Wertzuwachs plus Ausschüttung) allerdings schnitten die Fonds *mit jeweils 5,4 (7 bzw. 7,1) Prozent* unter den acht deutschen Immobilienfonds im vergangenen Jahr am schlechtesten ab.

Für die Bemühungen, durch Geschäftshäuser die Rendite zu steigern, sieht Wonhas inzwischen eine „Traumkonstellation" am Immobilienmarkt. Bei zunehmender Verkaufsneigung von Objekten und nicht mehr nachgebenden Preisen sowie niedrigen Zinsen sei die Situation für Anleger sehr gut. Unter diesen Umständen will man eine „ganze Reihe" *von Büro- und Geschäftshäusern* an zukunftsorientierten Standorten erwerben. So wurde in jüngster Zeit schon in Düsseldorf ein Gebäude für rund 20 Mill. DM gekauft, in dem Mitsubishi der Hauptmieter ist.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Broadway 1 Jeans & Sportswear Textilhandelsges. mbH; Hans Kalker, Stolberg; Nachl. d. Andreas Anton Schwartz, Stolberg; **Berlin Charlottenburg:** KG i. Harry Stammann; **Bielefeld:** Klaus-Polstermöbel Rudolf Klaus KG; Klaus-Verwaltungs-Ges. mbH; Harsewinkeler Polstermöbel GmbH; **Bochum:** H. u. S. Heizung, Bedachung und Sanitär GmbH; Müller Bauträger GmbH; **Dortmund:** Natex Nahrungsmittel- u. Textil Handel GmbH; Nachl. d. Alfons Richard Schulz; **Duisburg:** Hans-Jürgen Kürten, Malermeister, Oberhausen 1; **Gelsenkirchen:** Eldur Heißwassergeräte Kundendienst u. Vertriebsges. mbH; **Hamm:** Nachl. d. Michael Topf; **Idstein:** Karin Weiß, Hünstetten 4; **Karlsruhe:** WBG Ges. f. Baubetreuung u. Gesamtplanung mbH, Waldbronn; **Kleve:** Nachl. d. Christof Ringlstetter, Goch 2 – Pfalzdorf; Möbel Pannen GmbH, Emmerich; **Köln:** Lommerts GmbH; **Ludwigshafen:** twenty plus Schaper GmbH, Mode und Freizeit; **Lüneburg:** Frank Lannte, Flug- u. Putzarbeiten, Bardowick; **Mayen:** Willy Ahnert GmbH Lederwarenfabrik; Willy Ahnert GmbH Lederwarenfabrik Import-Export; **Neustadt:** Heilpraktikerschule des VDH GmbH & Co. KG, Wunstorf 1; **Norden:** Peter Fischer OHG; **Nürnberg:** Zippel-Büro- u. Lagertechnik GmbH, Altdorf; **Osnabrück:** Idingshof-Gaststätten-Betriebsges. mbH; **Rinteln:** Annemarie Krüger; **Seligenstadt:** KS-Video-Handels GmbH, Rodgau 3; **Stuttgart:** Nachl. d. Daniela Eva Margarete Paula Maria Reiber; **Tübingen:** Hugo Lohmüller, Kaufmann; **Uelzen:** Dieter Glüer, Altenmedingen; **Weiden:** Karola Sporer, Kauffrau, Neusorg; **Weißenburg:** Hellmut König, Ellingen; **Westerstede:** B. A. M. Hotel- u. Freizeitanlagen, Betriebs-GmbH, Bad Zwischenahn.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Aachen: B. W. L. Baubetreuungs GmbH.

Vergleich beantragt: Dortmund: *Dortmunder Zentralheizungsbau* Heinrich Bücker.

BENTELER / Umwelt-Investitionen lohnen nicht mehr

Stahlwerk wird stillgelegt

hdt. Paderborn

Die Benteler-Gruppe, Paderborn, mit einem Gesamtumsatz von rund 1,5 Mrd. DM einer der größten Röhrenhersteller der Bundesrepublik, plant die Stillegung ihres Stahlwerkes in Paderborn-Schloß Neuhaus, dessen Produktionskapazität derzeit bei rund 250 000 t jährlich liegt. Anlaß für diese Stillegung, die schrittweise in einem Zeitraum von zwei Jahren erfolgen soll, sind die gestiegenen Umweltauflagen wie die geforderte Entstaubung der gesamten Fertigungshalle mit vier Öfen. Laut Vorstandsvorsitzenden Peter Adams würden sich die Kosten allein für den Immissionsschutz auf rund 13 Mill. DM belaufen, zu denen weitere 10 Mill. DM Baukosten kämen. Dieser Aufwand lohne sich bei der „betagten" Anlage nicht mehr.

Benteler sieht als Alternative entweder den Fremdbezug von Stahl oder den Ausbau seines zweiten, moderneren Stahlwerkes in Lingen/Ems, dessen derzeitige Kapazität bei rund 450 000 t liegt. Hier würde ein entsprechender Ausbau zwar etwa 48 Mill. DM kosten, was jedoch als vertretbar angesehen wird. Lingen könnte gegebenenfalls auch rund 100 der in Schloß Neuhaus freiwerdenden 400 Mitarbeiter aufnehmen, während die anderen unter Ausnutzung der Fluktuation in anderen Bereichen der Gruppe unterzubringen sind.

BERLINER SPARKASSE / Kreditgeschäft hat sich belebt

Zinsspanne leicht ermäßigt

tb. Berlin

Eine deutliche Belebung des Kreditgeschäfts hat die Sparkasse der Stadt Berlin West im Geschäftsjahr 1985 gespürt. Wie Vorstandsvorsitzender Hubertus Moser erklärte, lagen nicht nur die Firmenkredite im Aufwind, auch die Verschuldungsbereitschaft der Privatkunden hat wieder zugenomen. Ein Rekordjahr war 1985 im Bereich der Baufinanzierungen und Immobilienkredite, die nach dem allerdings schlechten Vorjahr um 91 Prozent auf 501 Mill. DM gestiegen sind. Dieses Ergebnis wurde nach Mosers Angaben in erster Linie durch Eigenheimfinanzierungen erzielt. Insgesamt nahmen die Forderungen an Kunden um 7,2 Prozent auf 9,1 Mrd. DM zu. Das gesamte Kreditvolumen, also einschließlich der Wechselkredite und Avale, stieg auf mehr als 10 Mrd. DM.

Bei den Spareinlagen gab es erstmals seit 1982 wieder einen Einzahlungsüberschuß. Der Bestand erhöhte sich (einschließlich der Zinsgutschriften) um 198 Mill. auf 6,4 Mrd. DM. Moser führt dieses Ergebnis vor allem auf die Sondersparformen des Instituts zurück. Die Kunden seien renditebewußter geworden. Die ge*samten Kundeneinlagen* (einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen) nahmen um 6,3 Prozent auf 11,8 Mrd. DM zu.

Die Bilanzsumme der Sparkasse, die für Berlin zugleich Girozentrale ist, erhöhte sich um 8,3 Prozent auf 16,4 Mrd. DM. Zufrieden äußerte sich Moser über das Ergebnis. Bei einer leicht auf 3,2 (3,39) Prozent ermäßigten Zinsspanne konnte das Betriebsergebnis von 1984 allerdings nicht ganz gehalten werden. Es wird ein Jahresüberschuß von wieder 55 Mill. DM ausgewiesen. *Daraus erhält das* Land Berlin 7 Mill. DM nach 9 Mill. DM im Vorjahr.

Für das laufende Jahr ist das Institut zuversichtlich. Man erwartet wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis.

SINGAPORE AIRLINES / Luftflotte wird weiter modernisiert – Hohe Produktivität

„Die Chancen liegen in Fernost"

ERWIN SCHNEIDER, Singapur

Der Senkrechtstarter der internationalen Fluggesellschaften – die erst 1972 durch die Trennung von der malayischen Fluggesellschaft selbständig gewordene Singapore Airlines (SIA) – begründet den Optimismus für eine stetige weitere Aufwärtsentwicklung mit dem Zitat eines Wettbewerbers. „Der Ferne Osten bietet für die Luftfahrt die besten Wachstumschancen", diese These vertritt Heinz Ruhnau, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Lufthansa AG, Köln, schon seit seinem Amtsantritt vor vier Jahren.

1984 lag der Anteil des asiatisch-pazifischen Raumes am Weltluftverkehr erst bei gut 26 Prozent. Der weitere Aufschwung wird allerdings, da SIA inzwischen zu den größten Linien der Welt – bei der Fracht an achter und bei der Passagierbeförderung an 14. Position – zählt, nicht mehr ganz so steil wie in den stürmischen Anfangsjahren ausfallen.

Wachstum von 3,5 Prozent

Für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) rechnet SIA-Managing-Director Cheong Choong Kong mit einem Wachstum von rund 3,5 Prozent. Bei der Passagierbeförderung soll dabei die Grenze von 5 (4,9) Mill. und beim Ertrag, der in den letzten Jahren vom starken Kurs des Singapur-Dollars und durch den harten Wettbewerb auf dem Markt beeinträchtigt und 1983 und 1984 um 14,4 Prozent gefallen war, sollen 3 (2,9) Mrd. Singapore Dollar (rund 3,7 Mrd. DM) überschritten werden. Bei der Börseneinführung Anfang Dezember wurde erklärt, daß der Gewinn nach Steuern bei rund 350 Mill. Dollar liegen soll.

Seit 1976 hat SIA regelmäßig 15 Prozent Dividende auf 500 Mill. Dollar Grundkapital ausgeschüttet. Hauptaktionäre waren der Staat und 10 500 Mitarbeiter, die knapp 24 Prozent des Aktienkapitals halten. 50 Mill. Aktien werden im Zuge der Privatisierung seit dem 5. Dezember gehandelt.

Die asiatische Gesellschaft fliegt eine der modernsten Flotte aller Wettbewerber – 20 Boeing 747, sechs Airbus A 310 und vier Boeing 757. Sie hat ein Durchschnittsalter, das unter 30 Monaten liegt. Es wird demnächst noch weiter sinken, denn in diesen Tagen wurden bei *einem Auftragswert* von 3,3 Mrd. Singapore-Dollar 14 B 747-400s fest bestellt und sechs Optionen genommen. Dies ist der größte Einzelauftrag für einen einzigen Flugzeugtyp in der Geschichte der zivilen Luftfahrt, betont man bei SIA.

Auch bei der Produktivität steht SIA mit knapp 300 000 Tonnenkilometern pro Kopf der über 13 000 Beschäftigten in der Spitzengruppe. Die Kapazitätsauslastung liegt bei knapp 72 Prozent. Eine weitere SIA-Philosophie umreißt der Managing-Director so: „Im zivilen Luftverkehr ist den internationalen Interessen mit freiem Wettbewerb am besten gedient." Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß SIA praktisch keinen Heimatmarkt bedienen kann.

Vom Start an war darüber hinaus der Wettbewerb groß, denn damals flogen schon einige internationale Fluggesellschaften Singapur an.

Noch nicht IATA-Mitglied

Mit dieser Maxime – die Preise dem jeweiligen Markt anzupassen, also zu nehmen, was nach oben erreichbar ist oder unter strengen Kostengesichtspunkten noch gerade möglich ist – ist SIA besonders in Europa mehrfach angeeckt. 1981 drohte die Bundesregierung sogar, die Landerechte zu entziehen. Der Streit wurde erst dadurch beendet, daß SIA zusagte, sich an die international vereinbarten Tarife zu halten.

Die Asiaten sind außerdem, wie andere Luftfahrtgesellschaften dieser Region auch, noch nicht Mitglieder der IATA. Doch hat SIA mittlerweile selbst auch Grund zur Klage gegenüber protektionistischen Maßnahmen, nicht nur in den USA. So moniert *Peter Menkel, Verkaufsmanager* in der Bundesrepublik, daß die Tarifsituation für den Flugverkehr in den südostasiatischen Raum völlig außer Takt und unübersichtlich geraten sei, so daß die Kunden schon verunsichert würden.

ITALIEN

Privatisierungen gehen weiter

ds. **Mailand**

Die Staatsholding IRI wird Erklärungen ihres Präsidenten Romano Prodi zufolge die Teilprivatisierungen von Konzernunternehmen weiter fortsetzen. Dazu sollen die Beteiligungen an den sogenannten strategischen Tochtergesellschaften stufenweise auf höchstens 51 Prozent vermindert und die an den nichtstrategischen nach Möglichkeit abgestoßen werden. Zum Verkauf steht in diesem letzten Fall derzeit bereits das Zementunternehmen Cementir.

Die vorläufig letzte unter den sogenannten strategischen Töchtern, die in letzter Zeit teilprivatisiert wurden, ist das Flugzeugbauunternehmen Aeritalia. Rund 16 Prozent des Kapitals wurden in diesen Tagen im Wege eines Publikumsangebots von 50 000 Kleinsparern gezeichnet. Eine Verdoppelung dieses Anteils im Rahmen der Börseneinführung ist vorgesehen. An der Mailänder Börse werden gegenwärtig insgesamt zwölf Konzerngesellschaften der Staatsholding IRI gehandelt.

Der Verkauf nichtstrategischer Beteiligungen brachte 1985 in die Kassen der Staatsholding 341 Mrd. Lire, die Teilprivatisierung weitere 2200 Mrd. Lire. Dazu gehörte auch die Erweitung des Publikumsanteils der Luftfahrtgesellschaft Alitalia.

Die IRI hat 1985 den konsolidierten Konzernverlust gegenüber dem Vorjahr von 2280 auf 1100 Mrd. Lire halbiert. Für diese Verbesserung war in erster Linie verantwortlich, daß im Industriebereich der Verlust auf 1537 (2724) Mrd. Lire sank und durch Schuldenkonsolidierungen die Zinskosten vermindert werden konnten. Der Umsatz stieg 1985 um 9,7 Prozent auf 45 21 Mrd. Lire.

NEUSEELAND / Energiepolitisches Neuland betreten – Von der Mobil Oil entwickelter Katalysator eingesetzt

Benzin aus Erdgas eine Alternative zum Öl?

JAN BRECH, **Auckland**

Neuseeland betritt energiepolitisches Neuland: Die erste kommerzielle „Gas to Gasoline"-Anlage ist seit kurzem in Betrieb. Als historischer Augenblick wurde der Start beschrieben. Das „technische Wunder", von dem in so hohen Tönen geredet wird, ist ein Industriekomplex, der für etwa 1,2 Mrd. Dollar von dem Generalunternehmer Bechtel erstellt worden ist und Erdgas erst in Methanol und dann in Benzin umwandelt. Seit gut sechs Monaten werden täglich etwa 4 Mill. cbm Erdgas in 4400 Tonnen Methanol umgewandelt und daraus 1,654 Tonnen Benzin produziert. Im Jahr summiert sich der Ausstoß auf 570 000 Tonnen unverbleites, 92 oktanhaltiges Benzin.

Euphorisch stimmt die Betreiber der Anlage einmal, daß die geplanten Baukosten, zu 20 Prozent aus Eigenmitteln und zu 80 Prozent über den Kapitalmarkt finanziert, um gut 250 Mill. Dollar unterschritten worden sind. Zum anderen arbeitet die Anlage mit hoher technischer Effizienz.

Hohe Ölpreise beeinflußten die Entscheidung

Die technologische Neuheit bei dem an sich nicht neuen Verfahren ist der Einsatz eines von der Mobil Oil entwickelten Katalysators, der die Methanol-Moleküle zu Benzin umformt. Die Entwicklung des „Zeolite Socony Mobil 5" (ZSM-5) hat den Mobil-Forschern Charles J. Plank und Edward J. Rosinski die Aufnahme in die Halle der US-Erfinder beschert.

Die Entscheidung, diese Anlage zu bauen, fiel 1980, wobei die Vorgeschichte bis zum Ende der sechziger Jahre reicht. 1969 hatte Neuseeland in einem Konsortium mit Shell, BP und Todd vor der Westküste der Nordinsel ein riesiges Erdgasfeld entdeckt, dessen Reserven auf 180 Mrd. cbm Erdgas und rund 23 Mrd. t Kondensat geschätzt werden. Die neuseeländische Regierung beschloß 1973 in einem über 30 Jahre laufenden Vertrag mit den Konsortialpartnern, jährlich rund 8 Mrd. cbm Erdgas aus dem Feld Maui abzunehmen.

Die Ölkrise von 1973/74 und von 1978/79, die Neuseeland Versorgungsunsicherheit und enorme finanzielle Belastungen bescherte, führte zu neuen Überlegungen. 1980 schloß man mit Mobil den Vertrag über die Errichtung der „Gas to Gasoline"-Anlage. Er reicht bis zum Jahr 2003 und kann bis zum Jahr 2008 verlängert werden. In der Anlage sollen rund 20 Prozent der Neuseeland zustehenden Menge aus dem Maui-Feld in Benzin umgewandelt werden.

Die „Gas to Gasoline"-Anlage gehört zu den letzen „think big"-Projekten der damaligen konservativen Regierung. An der eigens gegründeten Gesellschaft New Zealand Synthetic Fuels Corp. (Synfuel) beteiligte sie sich mit 75 Prozent und räumte dem Know-how-Geber Mobil einen Anteil von 25 Prozent ein. Synfuel, der die Anlage gehört, wandelt das Gas im Lohnauftrag für die Regierung in Benzin um. Die Gebühr, die sie dafür erhält, deckt die Produktionskosten, Tilgung der Fremdmittel, Zinsen, Steuern und Dividenden. Sowohl das Erdgas als auch die aus der Umwandlung entstehenden Produkte bleiben Eigentum des Staates.

Ob sich Neuseeland und auch Mobil heute noch einmal für den Bau einer Synfuel-Anlage zu den gleichen Bedingungen wie 1980 bereit erklären würden, ist fraglich. Nicht nur hat eine Labour-Regierung das Ruder in Neuseeland übernommen, die erstaunlicherweise gegen staatliches Engagement in der Wirtschaft ist; auch haben sich die Bedingungen an den internationalen Ölmärkten verändert. Bei der Entscheidung vor sechs Jahren war man von stetig steigenden Ölpreisen ausgegangen. Deren Verfall führt dazu, daß die Anlage für den Staat ein erhebliches Zusatzgeschäft ist. Schätzungen gehen davon aus, daß der Barrelpreis wieder über 25 Dollar steigen müßte, um die Anlage rentabel zu machen.

Rentabilität ist nicht entscheidend

Die Rentabilität spielt bei der Beurteilung des Projekts jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Auch die neue Regierung sieht in Synfuel ein langfristiges Projekt, das zwei Ziele erreichen soll. Einmal wird durch die Benzinproduktion aus Methanol die Selbstversorgung Neuseelands mit Treibstoff auf gut 56 Prozent gebracht. Die steigende Selbstversorgung hilft zum anderen, die stark defizitäre Handelsbilanz zu entlasten. Solange der Preis pro Barrel im Durchschnitt der Jahre bis 2003 nicht unter 11 Dollar sinkt, spart Neuseeland durch Synfuel Devisen ein.

Das Projekt Synfuel paßt noch aus einem anderen Grund in die energiepolitische Landschaft Neuseelands. Der Mineralölmarkt des Inselreichs ist staatlich streng reguliert, die Preise für alle Mineralölprodukte von der Regierung festgelegt. So zahlt der Neuseeländer zur Zeit an jeder Tankstelle des Landes 90 Cent je Liter Benzin. Auch das Synfuel-Benzin wird zu einem festgesetzten Preis an die Mineralölindustrie des Landes abgegeben, deren Repräsentanten wie überall in der westlichen Welt in erster Linie die internationalen Multis sind. Der Preis für Synfuel-Benzin richtet sich nach den Kosten, die bei der Verarbeitung von Rohöl zu Mineralölprodukten in der größten Raffinerie des Landes entstehen.

Die Rentabilität der Synfuel-Anlage ist somit nicht nur von den Weltmarktbedingungen abhängig, sondern letztlich von den Preisen, zu denen die Regierung das Benzin an die Gesellschaften verkauft. Für Mobil Oil als finanzieller Partner der Synfuel spielt das gleichwohl keine Rolle. Der Konzern ist lediglich ein technologisches Risiko eingegangen. Unter der Voraussetzung, daß ihr Katalysator reibungslos arbeitet, die Kosten und die Mengen eingehalten werden, erhält sie eine Garantie-Dividende von 16 Prozent auf das von ihr eingesetzte Eigenkapital.

Für den Mobil-Konzern, der zehn Jahre intensiv an dem von der Konkurrenz zunächst nicht sonderlich ernst genommenen Verfahren gearbeitet hat, ist die Neuseeland-Anlage gleichsam die Meisterprüfung. Die Vorteile des Verfahrens, das keine Rückstände hinterläßt und nach Meinung von Mobil umweltfreundlich ist (was neuseeländische Umweltschützer bestreiten), sollen das Interesse anderer Staaten wecken. Potentielle Kunden für Mobil sind im Prinzip alle Länder, die Erdgas im Überfluß haben. Dem Vernehmen nach haben Südafrika, Argentinien, Brasilien und auch Australien Auskünfte angefordert. Vorerst begnügt sich Mobil damit, Lizenzen zu vergeben. So arbeitet in der Bundesrepublik UK Wesseling an der Verfeinerung des Verfahrens.

GROSSBRITANNIEN / Geplantes Gesetz belebt Finanzwelt

Bausparkassen im Umbruch

WILHELM FURLER, **London**

Das britische Bausparkassenwesen bekommt einen neuen Anstrich. Die Building Societies sind entschlossen, sich ein neues Image zu geben, das Tradition und Zukunft einbezieht. Um dies zu erreichen, sind tiefgreifende Reformen des Bausparkassengesetzes erforderlich; die Regierung Thatcher legt nach der ersten Lesung im Unterhaus gerade letzte Hand an. Noch vor den Sommerferien soll der Gesetzentwurf die letzten parlamentarischen Hürden genommen haben, damit das Reformgesetz wie geplant zum Beginn nächsten Jahres in Kraft treten kann.

Den Building Societies kann es damit gar nicht schnell genug gehen. Denn mit dem unaufhaltsamen Vordringen der Bankenwelt in ihre beiden Domänen – Angebot verschiedener Sparformen und Vergabe von Hypothekendarlehen – hat sich die Lage für die Bausparkassen verschärft. Denn ihre Tätigkeit ist im Gegensatz zu den Banken im wesentlichen auf diese beiden Bereiche beschränkt. Für die stark wachsende Nachfrage nach Hypothekendarlehen in Großbritannien sind die Refinanzierungsmöglichkeiten der Building Societies (zum Beispiel Aufnahme von Mitteln an den internationalen Geldmärkten zu günstigeren Konditionen) zu stark eingeschränkt. Darüber hinaus müssen sie auch andere Dienstleistungen anbieten können, um gegenüber den Banken zu bestehen.

Nicht von ungefähr hat im britischen Bausparwesen in letzter Zeit ein Konzentrationsprozeß eingesetzt, um auf dem Wege größerer Bilanzsummen, günstigerer Kostenentwicklungen und ausgedehnterer Zweigstellennetze über die urspüngliche Region hinaus zu überleben. Gab es um 1900 noch gut 2300 Building Societies, schrumpfte die Zahl bis 1982 auf 400. Heute gibt es nur noch 145 Building Societies, von denen einige wie die Halifax oder die Abbey National in ihren Ausmaßen Großbanken kaum nachstehen.

Mit der Gesetzesreform wird den Bausparkassen künftig gestattet, sich am Geldtransfersystem (Giro) zu beteiligen, den Devisenhandel als Dienstleistung anzubieten, Scheckkarten auszustellen, als Immobilienmakler und Versicherungsagenten aufzutreten und über allerdings limitierte Beteiligungen an Notarfirmen notarielle Immobilienübertragungen für ihre Mitglieder auszuführen.

Doch die wichtigste Neuerung betrifft die Möglichkeit, sich an den Geldmärkten Mittel zu beschaffen: sei es durch die Ausgabe von Eurobonds, was seit Oktober 1985 schon gestattet ist, und wovon die größeren unter ihnen großen Gebrauch machen, sei es über herkömmliche Geldmarkt-Mittelaufnahmen.

Doch den Building Societies wird nur genehmigt, bis zu 20 Prozent ihrer Passiva auf diesem Weg aufzunehmen. Diese Beschränkung könnte sich in Einzelfällen als unfaire Wettbewerbsbeschränkung entpuppen; zumal anzunehmen ist, daß auch ohne dieses Limit das traditionelle Einlagengeschäft im allgemeinen die wichtigste Finanzierungsquelle bliebe.

So muß den britischen Bausparkassen zum Trost gereichen, künftig auch nachrangige Hypotheken beleihen, im EG-Ausland tätig werden und ungesicherte Kredite bis zu einem Höchstbetrag von 5000 Pfund vergeben zu dürfen; oder die Rechtsform einer Aktiengesellschaft anzunehmen. Über alledem wird die Building Societies Commission wachen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

800 neue Arbeitsplätze

Köln (dpa/VWD) – Die Kaufhof AG, Köln, will 1986 für Umstrukturierungsmaßnahmen und den Ausbau der Tochtergesellschaften etwa 200 Mill. DM in Sachanlagen investieren, fast doppelt soviel wie in den Vorjahren. Durch Filialerweiterungen sollen 700 bis 800 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Interesse an Hom

Marseille/München (dpa/DW.) – Der führende deutsche Mieder- und Wäschehersteller, die Münchner Triumph International AG, hat die Aktienmehrheit an dem französischen Herrenunterwäsche-Unternehmen Hom-Ipem, Marseille, übernommen. Dies gab gestern der Chef und Hom-Gründer Charles Bepaume bekannt. Dagegen bestätigte die Geschäftsführung von Triumph International gestern in München lediglich ihr Interesse an dem französischen Unternehmen, doch die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Hom hatte 1985 bei einem Umsatz von 200 Mill. F einen Verlust von 25 Mill. F erlitten. Wegen eines drohenden Konkurses war die Notierung der Hom-Aktie an der Börse von Marseille vor kurzem ausgesetzt worden.

Werften-Kooperation

Rendsburg/Büdelsdorf (VWD) – Die Ahlmann GmbH und Co KG, Büdelsdorf, und die Werft Nobiskrug, Rendsburg, kooperieren. Wie die Unternehmen mitteilten, sei das Ziel der Zusammenarbeit, Schiffbauüberkapazitäten besser zu nutzen und Arbeitsplätze zu sichern. Die Nobiskrug-Werft beschäftigt 1230 Mitarbeiter, während bei Ahlmann 750 Personen tätig sind.

„Ballantines" übernommen

London (dpa/VWD) – Der vorwiegend im Brauerei- und Spirituosengeschäft aktive britische Mischkonzern Allied-Lyons will für 1,25 Mrd. Pfund (4,3 Mrd. DM) den Getränkebereich der kanadischen Firma Hiram Walker übernehmen. Wie in London bekannt wurde, sind die Verhandlungen in Toronto erfolgreich abgeschlossen worden. Hiram Walker vertreibt unter anderem die Marken „Ballantines" und „Courvoisier". Mit der Übernahme wäre Allied-Lyons nach Seagram der zweitgrößte Wein- und Spirituosenkonzern der Welt mit einem Gesamtumsatz von über vier Mrd. Pfund (13,7 Mrd. DM).

Kaufhaus wiedereröffnet

Oldenburg (dpa/VWD) – Die Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt/Berlin, hat in den alten Räumen ihres geschlossenen Kaufhauses in Oldenburg ihr erstes Selbstbedienungs-Warenhaus eröffnet. Das „Preisland City SB" hat 160 Mitarbeiter. In dem alten Hertie-Kaufhaus waren zuletzt 371 Menschen beschäftigt gewesen.

Beteiligung an RTL

Paris (J. Sch.) – Die französische Moët-Hennessy-Gruppe will von dem Verlagshaus Hachette dessen 8,2prozentige Beteiligung an der Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) erwerben, in deren Besitz sich die Rundfunkanstalt RTL befindet. Als Kaufpreis werden 230 Mill. Franc genannt.

Ermittlungen gegen Bakola

Mannheim (dpa/VWD) – Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Mannheim ermittelt gegen die Badische Kommunale Landesbank (Bakola/Mannheim) wegen des Verdachts strafbarer Handlungen. Wie die Staatsanwaltschaft bestätigte, stehen die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Theuermeister Immobiliengruppe. Das Spitzeninstitut der badischen Sparkassen war Hausbank der im Juli 1985 in Konkurs gegangenen Firmengruppe und Treuhänder einer durch den Zusammenbruch geschädigten Bauherrengemeinschaft.

FRANKREICH / OECD-Studie zur Innovationspolitik

Hochtechnologie erfolgreich

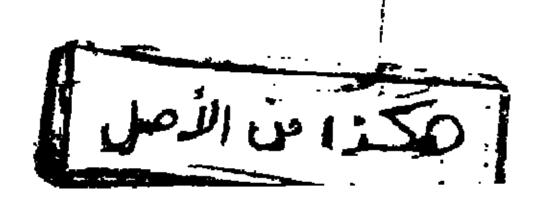
J. Sch. Paris

Zwischen 1963 und 1981 ist Frankreich im Technologiebereich vom dritten auf den fünften Platz der westlichen Industriestaaten abgestiegen. Seitdem aber wurden wesentliche Fortschritte erzielt, stellt die OECD in einer von der letzten (sozialistischen) Regierung in Auftrag gegebenen Untersuchung über die französische Innovationspolitik fest. Jedoch sei bei der Entwicklung neuer Technologien den internationalen und vor allem europäischen Marktgegebenheiten nicht genügend Rechnung getragen worden, heißt es in dem Bericht.

In der Hochtechnologie, insbesondere Kernkraft, Rüstung und Raumfahrt, bescheinigt die OECD Frankreich zum Teil überragende Erfolge. Dies sei auch dem Umstand zuzuschreiben, daß hier eine geringe Anzahl von Unternehmen einem sehr kleinen Kundenkreis gegenübersteht. Diese „brillante Fassade" dürfe aber nicht über das Zurückfallen anderer Technologien hinwegtäuschen, die einer breiten internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Hier sei das französische Angebot trotz seiner technischen Qualität oft außerstande, den Platz zu belegen, den es eigentlich verdienen würde.

Das gilt insbesondere für die Elektronik, wo sich das Fehlen einer umfassenden Marktpolitik sehr nachteilig bemerkbar macht. Die Strategie des „nationalen Herstellers" sei den Erfordernissen des sich in diesem Bereich besonders schnell wandelnden Weltmarktes immer weniger gerecht geworden. Gerade hier kommt es aber auf eine organisatorische und kaufmännische Infrastruktur an, die es erlaubt, das Ergebnis der Innovation auf den Weltmarkt zu bringen und dort zu verteidigen.

Allgemein stellt die OECD fest, daß die elitäre Förderung technologischer Spitzenindustrien, die weitgehend staatlich sind, in Frankreich zu einer „besorgniserregenden" Vernachlässigung traditioneller Industrien geführt hat. Auch werde die Forschung durch zahlreiche bürokratische, kooperatistische und ideologische Starrheiten gehemmt. Zum Teil liege das an dem großen staatlichen Einfluß, aber auch an der Spaltung des französischen Hochschulsystems in Eliteschulen und ordentliche Universitäten.



SIEMENS

In jedem Betrieb schlummern noch Reserven für den Wettbewerb. Mit CAI.

Alle reden vom Büro der Zukunft und von der Fabrik der Zukunft.
Das verwundert nicht, denn die Marktposition der meisten Industriebetriebe steht und fällt mit einer höheren Produktivität aller Bereiche.

In den Betrieben schlummern oft noch bemerkenswerte Produktivitätsreserven. Sie zu erschließen bedeutet:
Erstens, neue Produkte zügiger zu entwickeln und zu konstruieren.
Zweitens, kundenspezifische Aufträge flexibel und auch bei kleinen Losgrößen rentabel zu fertigen.
Das Konzept dafür heißt CAI (Computer Assistierte Industrie).

CAI bringt die Datenbank an die Drehbank
Unternehmen, die ein ganzheitliches DV-Konzept für ihren eigenen Betrieb erwarten, obwohl – oder gerade weil – sie die einzelnen Komponenten stufenweise einführen wollen, finden bei Siemens die umsichtigen Gesprächspartner. Dafür drei Gründe:

1. Siemens sammelt selbst Tag für Tag Erfahrungen vor Ort – in über 100 eigenen (darunter auch kleinen) Fabriken im In- und Ausland.
2. Siemens bietet für den Transfer der eigenen Erfahrungen die Beratung in Fachzentren für CAI.
3. Siemens hat für das CAI-Konzept sowohl die ausgereifte Software (von der Datenhaltung über die CADIS-Verfahrensketten bis zur Kapazitätskontrolle) als auch eine Spitzen-Hardware, wie den CAD-Arbeitsplatz für farbige 3D-Darstellungen.
4. Ein ganzheitliches Konzept darf schließlich das Büro der Zukunft nicht ausklammern. CAI überbrückt deshalb auch den Graben zwischen Büro und Fertigung.
5. Wer jetzt mit Siemens über CAI spricht, kann Produktivitätsreserven zügig erschließen.

Und seine Wettbewerbsfähigkeit steigern.
Mehr darüber von
Siemens AG,
Infoservice 133/Z 132
Postfach 156, 8510 Fürth.

CAI Computer Aided Industry, zu deutsch Computer Assistierte Industrie. Das Siemens-Konzept für den Informationsverbund im Unternehmen. Z. B. in Maschinenbau und Elektrotechnik, im Fahrzeugbau, in der Metallverarbeitung oder in der Herstellung von Möbeln. CAI umfaßt:

CIM Computer Integrated Manufacturing. Verbund aller rechnerunterstützten Teilsysteme: Vom Auftragseingang über die Produktionsplanung und -steuerung (PPS), die Konstruktion (CAD) bis zur Maschine (CAM), einschließlich Qualitätssicherung.

CAD Computer Aided Design, zu deutsch computergestützte Konstruktion und Entwicklung. Heißt bei Siemens beispielsweise CADIS und ist zwei- oder dreidimensional.

CAM Computer Aided Manufacturing = computerunterstützte Fertigung. Umfaßt Steuerung und Überwachung von Maschinen und Materialfluß.

PPS Produktionsplanung und -steuerung. Siemens-System, das von der Disposition über die Material- und Teilewirtschaft, die Termin- und Kapazitätsplanung bis zur Stammdatenverwaltung reicht.

CAO Computer Aided Office. Siemens Computer und Programme für das Planen, Verwalten und Überwachen im Büro.

A 19100-D-Z116

OSTASIENHANDEL

Japan baute seine Führungsrolle aus

dpa/VWD, Hamburg

Für den deutschen Ostasienhandel war 1985 alles in allem ein zufriedenstellendes Jahr. Es dürfte eine gute Basis für 1986 sein. Wie der Ostasiatische Verein (OAV), Hamburg, berichtet, erreichte der Ostasienhandel ein Volumen von 73,4 Mrd. DM gegenüber 65,6 Mrd. DM 1984. Die deutschen Bezüge stiegen um 5,7 Prozent auf 41,8 Mrd. DM und die deutschen Lieferungen um 21,2 Prozent auf 31,6 Mrd. DM. Dadurch ermäßigte sich das Defizit in der deutschen Außenhandelsbilänz mit der Ostasien-Region auf 10,2 (13,3) Mrd. DM.

Diese erfreulichen Ergebnisse sind nach Beobachtungen des OAV den hiesigen Unternehmen aber keineswegs in den Schoß gefallen. Sie hätten sich gegen starken Wettbewerbsdruck aus der Region, aber zum Beispiel auch aus den USA, durchsetzen müssen. So seien die Märkte schwer zu öffnen und zu halten. Nach dem Bericht des OAV setzt sich die Tendenz fort, Kompensationsgeschäfte bei Ausfuhren von Industriegütern in die Region zu fördern. Etwa fünf Prozent des Welthandels werden über diese Form des Warentauschs abgewickelt.

Japan, nach wie vor der dominierende Partner im gesamten Ostasienhandel, hat nach den Angaben mit 39,0 (1984: 38,5) Prozent seine führende Rolle weiter ausgebaut. Von dort wurde mit 20,7 Mrd. DM rund die Hälfte der Einfuhren aus Ostasien bezogen. China hat seinen Anteil auf 12,3 (8,2) Prozent gesteigert, während Hongkong – auf Platz drei – mit acht (8,7) Prozent leicht verloren hat.

Die Einfuhren aus Ostasien machten im vergangenen Jahr einen Anteil von neun Prozent an den gesamten deutschen Importen aus. Im Vorjahr lag der Prozentsatz noch leicht höher. Die Exporte hingegen verstärkten ihren Anteil von 5,4 (1984) auf 5,9 Prozent. Der Anteil des Ostasienhandels am gesamten deutschen Außenhandel stieg von 7,1 auf 7,3 Prozent.

Der überdurchschnittliche Exportzuwachs beruht vor allem auf dem Anstieg der Lieferungen nach China um mehr als das Doppelte auf 6,4 Mrd. DM aufgrund einiger größerer Lieferungen. Der führende Absatzmarkt Japan nahm mit 7,9 Mrd. DM (plus 14,1 Prozent) rund ein Viertel der deutschen Ausfuhren ab. Auf Platz drei lag Indien mit 3,4 Mrd. DM (plus 28,3 Prozent).

ITALIEN / Forschungsinstitut in Rom legt Studie vor – Fehl-Ausbildung sorgt für hohe Jugend-Erwerbslosigkeit

Es gibt ungefähr eine Million „echte" Arbeitslose

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Offiziell gibt es in Italien derzeit ungefähr 2,5 Millionen Arbeitslose, tatsächlich aber nur ungefähr eine Million. Diese Tatsache, die schon einem flüchtigen Betrachter ins Auge sticht, der in Stadt und Land vergebens nach Massen von Nichttätigen fahndet, ist jetzt von dem führenden Markt- und Sozialforschungsinstitut Italiens Censis in Rom mit Zahlen belegt worden.

Aufgrund von Repräsentativumfragen hat das Institut ermittelt, daß nur etwas mehr als eine Million Personen, hauptsächlich Mädchen, Frauen und junge Süditaliener mit geringem Ausbildungsgrad „echte" Arbeitslose sind. Die übrigen fast 1,5 Million in den Listen der Arbeitsämter geführten Erwerbslosen sind dagegen überwiegend Personen, die sich zwar offiziell auf Arbeitssuche befinden, die aber fast durchweg irgendeiner – nicht angemeldeten – Beschäftigung in Form einer Ganz- oder Teilzeitarbeit nachgehen.

Gleichzeitig ermittelte das Institut, daß es neben den beinahe 21 Million in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden Italienern gegenwärtig etwa zwei Millionen gibt, die eine Stellung zwischen „nichtarbeitslos und nichtbeschäftigt" einnehmen. Dazu gehören nicht nur die Hausfrauen, sondern auch die 600 000 ausländischen Gastarbeiter ohne Arbeitsbewilligung, die mehr als eine halbe Million starke Schar von Schulpflichtigen, die – vor allem in Süditalien – ihrer Schulpflicht nicht nachkommt, sowie die über eine Million Italiener, die eine befristete Arbeit angenommen haben. Von diesen als „prekär" eingestuften Gruppen, von denen ein großer Teil der seit Jahren florierenden Schattenwirtschaft zuzurechnen ist, sind rund 40 Prozent Jugendliche unter 29 Jahren und 27 Prozent Personen über 50.

Dem italienischen statistischen Zentralamt zufolge erhöhte sich 1985 die Zahl der Arbeitslosen um 3,3 Prozent oder 80 000 auf 2 471 000. Davon waren Ende 1985 51 Prozent Jugendliche unter 29 Jahren, 83 000 oder 7,1 Prozent mehr als zwölf Monate vorher. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresvergleich insgesamt von 10,4 auf 10,6 Prozent.

Neben der Nicht-Beschäftigung von Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren, die an der gesamten Arbeitslosigkeit gemessen weit höher ist, als in allen anderen Partnerländern der Gemeinschaft, nimmt auch die Frauenarbeitslosigkeit zu. Im vergangenen Jahr waren 1 418 000 Frauen und Mädchen arbeitslos. Das waren 57,4 Prozent der gesamten Arbeitslosen. Während bei den männlichen Erwerbstätigen nur 6,3 Prozent arbeitslos waren, betrug die Frauenarbeitslosenquote 17,3 Prozent.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Situation zwischen Nord- und Süditalien sehr verschieden ist. Während im Norden die Jugendarbeitslosigkeit nur um die 25 Prozent schwankt und damit ungefähr mit der Lage in den übrigen westeuropäischen Ländern zu vergleichen ist, liegt der Süden weit über dem Durchschnitt. Dasselbe betrifft die Frauenarbeitslosigkeit.

Der Grund für die hohe Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit liegt vor allem in der mangelhaften und in der am tatsächlichen Bedarf vorbeigehenden Ausbildung. Das bezieht sich sowohl auf die akademische Ausbildung, in der das Fehlen des Numerus Clausus inzwischen zu dramatischen Fehlentwicklungen geführt hat, als auch auf zahlreiche andere Berufe. Anders als beispielsweise in den deutschsprachigen Ländern gibt es in Italien keine Lehrlingsausbildung.

Was die Frauen anbelangt, die rund die Hälfte (51,3 Prozent) der Bevölkerung, aber nur etwa ein Drittel (32,6 Prozent) der Beschäftigten stellen, so hängt ihre geringere Beteiligung am Erwerbsleben nicht zuletzt mit ihrer Rolle aus Hausfrau und Mutter zusammen. Während bei den Männern bis ins Alter von 50 und darüber der Anteil der Beschäftigen durchweg über 90 Prozent beträgt, geht der Anteil des höchsten Beschäftigungsgrades bei den Frauen schon ab 30 rapide zurück.

Daß sich die Frauen viel früher als die Männer aus dem Arbeitsleben zurückziehen, hat freilich nicht nur mit Küche und Kindern zu tun. Ein wichtiger Grund ist auch die Tatsache, daß Frauen in Italien schon mit 55 in Pension gehen können, Männer erst ab 60.

OECD / US-Touristen waren 1985 zurückhaltender

Expansion im Reiseverkehr

J. Sch. Paris

Der Aufschwung des internationalen Tourismus, zu dem es 1984 erstmals seit Beginn dieses Jahrzehnts gekommen war, hat sich 1985 fortgesetzt. Nach Angaben der OECD stiegen die Fremdenverkehrseinnahmen der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) ohne Beförderungsleistungen um sieben Prozent auf den Rekordbetrag von 75,6 Mrd. Dollar. Inflationsbereinigt erreichte der Zuwachs 6,2 (7,1) Prozent. Während er bei den Einreisen auf 7,5 (4,8) Prozent stieg, ging er bei den Übernachtungen auf 2,9 (7,4) Prozent zurück.

Dieser Einbruch war vor allem den amerikanischen Touristen zuzuschreiben, die wegen der Dollarbaisse und aus Sicherheitsgründen (Schiffsentführung im Mittelmeer) bei ihren Europareisen größere Zurückhaltung übten, heißt es. Nachdem ihre Übernachtungen in allen anderen OECD-Ländern 1984 um zwölf Prozent gestiegen waren, erhöhten sie sich 1985 nur noch um vier Prozent.

Am stärksten expandierte 1985 der internationale Tourismus im pazifischen Raum, wo die Fremdenverkehrseinnahmen real um 15,9 (14,6) Prozent zugenommen hatten, gegenüber 6,4 (acht) Prozent in Westeuropa und 5,4 (minus 0,5) Prozent in Nordamerika. Nur in drei Ländern (Jugoslawien, Schweden und Finnland) gingen die Einnahmen zurück. Den größten Einnahmeanstieg verbuchten die Türkei, Japan, Großbritannien und Irland.

Die Bundesrepublik verbuchte einen Einnahmezuwachs von 10,5 (9,2) Prozent. Über die Ausgaben der deutschen Touristen liegen noch keine Angaben vor. Jedoch schätzt die OECD, daß ihr Zustrom (zahlenmäßig) nach Jugoslawien um 21, nach Griechenland um 22 und nach Portugal sowie in die Türkei um je 23 Prozent gestiegen war. Insgesamt hatte sich die touristische Nachfrage aus der Bundesrepublik um zwei Prozent (nach minus ein Prozent 1984) erhöht. Für dieses Jahr rechnet die OECD mit einer Wiederholung der vorjährigen Zuwachsraten.

NAMEN

Dr. **Peter Bruckmann**, Geschäftsführender Gesellschafter der Geiger Plastic GmbH in Garmisch-Partenkirchen, Vorsitzender des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV), Frankfurt, und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Köln, feiert heute den 60. Geburtstag.

Kurt Lüner, Geschäftsführender Gesellschafter der Zelte, Planen- und Markisenfabrik Franz Busch KG, Düsseldorf, wird am 4. April 60 Jahre.

Herbert Schaaff, bis 1978 Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln, wird am 4. April 70 Jahre.

Karlheinz Linnenkohl, Sprecher des Vorstandes der Progress-Werke Oberkirch AG, Oberkirch, vollendet am 5. April das 65. Lebensjahr.

Helmut Dausch, langjähriger Geschäftsführer der Bundesverbände des Großhandels für Schmuck, Optik und Feinmechanik sowie Syndikus der Treuhandstelle der Metalltuchindustrie, Stuttgart, wird am 5. April 60 Jahre.

Georg Plötz, Vorstandsmitglied der Linde AG, Wiesbaden, ist mit Wirkung vom 31. März aus Altersgründen aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine bisherigen Aufgaben, die Betreuung der Werksgruppe Technische Gase in Höllriegelskreuth, hat vom 1. April an Vorstandsvorsitzender Dr. **Hans Meinhardt** vorläufig in Personalunion übernommen.

Harald Bauer (42), Geschäftsführer von Duracell Österreich, wird Zone Manger Central Europe und Geschäftsführer der Daimon-Duracell GmbH, Köln, als Nachfolger von **René C. Jäggi** (37), der das Unternehmen verläßt.

Dr. **Manfred Schmidt**, Geschäftsführer der Philips GmbH Valvo Bauelemente, Hamburg, ist rückwirkend zum 1. Januar in den Aufsichtsrat der Elektro-Messehaus Hannover GmbH berufen worden. Für Dr. **Hans Wilde**, Mainz, rückte **Volker Zipfel**, (AEG) in den Aufsichtsrat nach.

Herbert Fenbert und Dr. **Wolfgang Ladwig**, bisher Generalbevollmächtigte der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, sind zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Bausparkasse bestellt worden.

BELGIEN / Prämien für rückkehrwillige Ausländer

Fremdenhaß existiert kaum

Von WILHELM HADLER

Belgien hat eine lange Tradition als Aufnahmeland für politische Flüchtlinge. Auch mit ausländischen Arbeitskräften gibt es erst Probleme, seit die Arbeitslosenquote zweistellige Zahlen erreicht hat. Die Gastarbeiter, die bis Anfang der siebziger Jahre ins Land kamen, haben sich durchweg leichter intergrieren lassen als in der Bundesrepublik. Das gilt (wegen der geringeren sprachlichen Schwierigkeiten) zumindest für Italiener, Spanier und Marokkaner.

Zu mehr als sporadischen Äußerungen von Fremdenfeindlichkeit ist es bisher nur in der Hauptstadt Brüssel und hier in einem besonders von Türken bevorzugten Stadtteil gekommen. Beunruhigt vom Wahlerfolg des Bürgermeisters dieser Gemeinde sah sich die Regierung Martens 1984 zur Vorlage eines neuen Ausländergesetzes veranlaßt. Es gibt den Kommunen mit besonders hohem Fremdenanteil neuerdings das Recht, den Zuzug von Ausländern (soweit sie nicht aus EG-Staaten kommen) für fünf Jahre zu beschränken.

Verläßliche Statistiken über die Zahl der Ausländer reichen nur bis ins Jahr 1981. Damals betrug der Anteil der Nichtbelgier an der Gesamtbevölkerung mit 889 000 etwa neun Prozent (wobei EG- und NATO-Beamte wegen ihres diplomatenähnlichen Status nicht mitgezählt werden). Für den Großraum Brüssel ergab sich immerhin ein Anteil von rund 24 Prozent.

Da der Zuzug von Gastarbeitern seit Mitte 1974 gesperrt ist, hat sich die Ausländerquote seither nur noch durch Familienzusammenführungen und Geburten erhöht. Einem negativen Wanderungssaldo seit 1982 stand vor allem bei den Nichteuropäern ein erheblicher Geburtenüberschuß gegenüber.

Hoher Italiener-Anteil

Von den registrierten Ausländern stammten 1981 rund 280 000 (31,8 Prozent) aus Italien, 105 000 (12 Prozent) aus Marokko, 64 000 (7,2 Prozent) aus der Türkei und 58 000 (6,6 Prozent) aus Spanien. Die Italiener sind stark im wallonischen Landesteil konzentriert, die Marokkaner wohnen vornehmlich in Brüssel, auch die Spanier und Türken haben sich zum großen Teil in der Hauptstadt angesiedelt. Viele Türken arbeiten allerdings auch in den flandrischen Kohlenminen.

Die Italiener sind schon vor dem Zweiten Weltkrieg stark in Belgien vertreten gewesen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Gastarbeiter ist jedoch seit 1961 rückläufig. Immerhin ist von den zwischen 1946 und 1954 zugewanderten 178 000 Italienern ein Drittel längst wieder in die Heimat zurückgekehrt.

Private Arbeitsvermittler

Auch die Immigration von Marokkanern reicht Jahrzehnte zurück. Im allgemeinen haben die Nordafrikaner die Italiener in den belgischen Bergwerken abgelöst. Viele Marokkaner kamen über Spanien nach Belgien, da ihr Paß automatisch auch für Spanien galt. Auch viele türkische Arbeiter gelangten nicht über ein bilaterales Regierungsabkommen nach Belgien, sondern als „Touristen". Ein großer Teil von ihnen erhielt durch private Arbeitsvermittler einen Job im Baugewerbe, in der Holzindustrie oder im Steinbruch.

Heute entspricht die Arbeitslosenquote der Ausländer im Durchschnitt ungefähr der der einheimischen Bevölkerung. Der Anteil der Türken steigt jedoch seit Jahren. Um mehr Arbeitsplätze für Belgier zu schaffen, hat die Regierung daher ein Prämiensystem für rückkehrwillige Ausländer geschaffen.

Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist und Anspruch auf Zahlung der Arbeitslosenversicherung hat, kann danach bei einem freiwilligen Verlassen Belgiens eine Abfindung in Höhe von 312 Tagessätzen der letzten Arbeitslosenunterstützung erhalten, zuzüglich von Aufschlägen für die in Belgien lebende Ehefrau und für Kinder. Auch hier sind EG-Bürger (einschließlich Spanier und Portugiesen) ausgenommen.

Nicht zuletzt dank dieser Regelungen haben bei den jüngsten Parlamentswahlen die fremdenfeindlichen politischen Gruppierungen keinen Erfolg gehabt. Grundsätzlich besteht jedoch ein mehrheitlicher Konsensus, den Anteil der nicht-europäischen Ausländer weiterhin zu begrenzen. Angehörige von Gastarbeitern aus Nicht-EG-Ländern dürfen zwar im Rahmen der Familienzusammenführung auch länger als drei Monate in Belgien bleiben. Die endgültige Aufenthaltsgenehmigung hängt jedoch von einem Entscheid des Justizministeriums ab, auf das bis zu zwei Jahre gewartet werden muß.

Wir trauern um Herrn

Rechtsanwalt

Ernst Schmid

der am 28. März 1986 im Alter von 77 Jahren verstorben ist.

Seit 1950 war Herr Ernst Schmid in verschiedenen Gemeinschaftsorganisationen des deutschen Steinkohlenbergbaus und von 1968 bis 1973 als Mitglied des Vorstandes unseres Unternehmens für den Verkauf zuständig.

Während dieser Zeit prägten Tatkraft, unternehmerischer Weitblick und konstruktive Phantasie sein erfolgreiches Wirken. An dem Aufbau der Ruhrkohle AG und an der Gestaltung und Entwicklung ihrer Vertriebsorganisation hatte er maßgeblichen Anteil.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand
Betriebsrat und Mitarbeiter
RUHRKOHLE AG

Wir trauern um

Diplom-Kaufmann

Wolfgang Avé-Lallemant

Direktor des Instituts für Packungsgestaltung

der am 26. März 1986 im Alter von 54 Jahren Opfer eines tragischen Verkehrsunfalls wurde.

Mit seiner starken Persönlichkeit, seiner menschlichen Wärme und seinem fundierten Wissen hat der Verstorbene die Entwicklung unseres Instituts für Packungsgestaltung entscheidend mitbestimmt.

Wolfgang Avé ist von uns gegangen. Mit der Trauer verbindet sich unser Dank. Wir werden ihn nicht vergessen.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Europa Carton Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

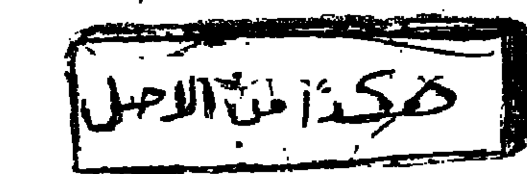
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Glattstellungen bei den Renten

Nach dem scharfen Kursanstieg bei den öffentlichen Anleihen während der vorangegangenen Tage kam es an der Mittwochbörse zu einem stärkeren Angebot. Es wurde von den kurspflegenden Stellen zu Kursen aufgenommen, die um 0,20 bis 0,30 Prozentpunkte unter den Vortagsnotierungen lagen. Das wird als eine natürliche Reaktion betrachtet, zumal auch der US-Bondsmarkt Zeichen gewisser Unsicherheiten hatte erkennen lassen. Mit Spannung wartet man jetzt auf die Konditionen der angekündigten Postanleihe. DM-Auslandsanleihen lagen im allgemeinen knapp behauptet.

Bundesanleihen

F	6½ dgl. 77	5/89	104,35	104,4
F	8 dgl. 79 I	7/89	108,5	108,7
F	6 dgl. 78 I	2/90	105	105,3
F	8 dgl. 80 II	7/90	109,4	109,5
F	9 dgl. 81	3/91	114,3	114,6
F	10½ dgl. 81	9/91	121,45bG	121,5
F	10¾ dgl. 81	11/1	120,9	121G
F	8 dgl. 88 I	2/92	111,2	111,2
F	10 dgl. 82	2/92	120,6	120,6
F	9¾ dgl. 82	7/92	119G	119
F	8 dgl. 82	11/92	111,9	112
F	7¾ dgl. 83	1/93	111	111
F	8¼ dgl. 83	10/93	114,45	114,7

Bundespost

F	6¾ dgl. 85/95	102,9G	102,9
F	6¾ dgl. 86/96	99G	99G
F	6 LowL.Rent.Bk.RS15	100,4	100,4G
F	6 dgl. RS 16	100,6G	100,6G
F	6¾ dgl. RS 60	101,7G	101,7G
F	7 dgl. 94	104G	104G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,95G	105,95G
F	7¾ dgl. 102	105,75	105,75
F	9¾ dgl. 126	105,4G	105,4G
D	6¾ LAG 75 77	102,35G	102,45G
D	5¾ LAG 78	101,25G	101,35
D	7 dgl. 79	102,2	102,25G

Optionsanleihen

F	5¾ Cap. Habk. 85 m. O.	125T	122,5G
F	5¾ dgl. 85 o. O.	95,8T	95,75
F	4½ DLBk.Lux 78 m.O. S	305G	305G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	97,6G	97,6
F	6¾ dgl. 83 m. O.	265G	265G
F	6¾ dgl. 83 o. O.	96G	96G
F	3¾ dgl. 83 m. O.	259	253G
F	3¾ dgl. 83 o. O.	94	94bG
F	6¼ dgl. 86 m. O.	145	143
F	6¼ dgl. 86 o. O.	101,7bG	101,4
F	3¾ Didier 85 m. O.	145T	146T
F	3¾ Didier 85 o. O.	81T	81,25G

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	2.4.	1.4.
7¾ Afr. Entwkbk. 79/86	100,25T	100,25G
8 dgl. 79/87	101,5G	101,5G
10 dgl. 82/89	111,25G	111,25G
8 dgl. 84/91	107,25G	107,25
9 Air Canada 82/92	113	113G
7¾ dgl. 83/93	107,5G	107,8
9¾ Alza 82/89	105,25G	105,25
7¾ Allied Chem. 84/94	108,25G	108,25
8¾ AMCA Ltd. 83/91	103,5G	103,5G
8¾ A.N.A.S. 83/88	104,5G	104,65G

F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	209	210G	
F	4 dgl. o. O	95	95,1bG	
F	8 dgl. 84 m. O	228G	228	
F	8 dgl. 84 o. O	109T	108,9	
F	3½ Fuji 84 m. O	140T	135G	
F	3½ dgl. 84 o. O.	93	92,75	
F	3¾ Hanwa 84 m. O	148	147G	
F	3½ dgl. 84 o. O	95,5	95	
F	7¼ Jap. Synth. 82 m.O.	210G	210G	
F	7¼ dgl. 82 o. O	102,5G	102,5G	
F	5¼ Jusco 83 m. O	300G	300	
F	5¾ dgl. 83 o. O	100G	100	
F	3¾ Kansai Paint84 m.O.	147G	147G	
F	3½ dgl. 84 o. O	94,25G	94,75bG	
F	3¼ Kaufhof 84 m. O	200T	195	
F	3¼ dgl. 84 o. O.	82	81,75T	
F	3½ dgl. 85 m. O	163	162	
F	3½ dgl. 85 o. O	81,75	81,5	
F	3½ Kobe S. 85 m. O.	134G	134G	
F	3½ dgl. 85 o. O	93,15	93	

8½ dgl 84/91	108,75G	108,75
5½ Am. Express 79/87	100 1	100,1G
8 Arab Banking 83/88	104,3	104
10¾ Ard.Sunnd. 81/89	ausg.	ausg.
6¼ Argentinien 78/88	99,2	98,85
7½ dgl. 79/89	99,87	101,5
6¾ Asfinag 85/95	105,25G	105,25
5½ Asiat.Entwbk. 78/88	100,3	100,45G
7¼ dgl. 79/89	102,65	102,5T
10 dgl. 80/90	106,95	106,5T
8¾ dgl. 80/90	105T	105T
10 dgl. 81/91	108,25	108,25G
10¾ dgl. 81/89	112,35G	112,35
9¼ dgl. 82/92	113,5	113,5G
9¼ dgl. 82/92 II	112,75G	112,75G
8¼ dgl. 82/92	110	110T
7¾ dgl. 83/91	107,9	107,8
8¼ dgl. 83/93	109,4	109,85bG
7¾ dgl. 84/94	108,4	108,55bG
8 dgl. 84/94	109,15G	108,7bG

8 dgl. 84/92	101,75	100,25
6½ dgl. 84/92	101,25	100,5
7¼ Easter 75/88	100,5	100,25
5¾ Eurofom 77/87	100,85	100,65G
7¾ dgl. 85/93	104,5G	104,7
6¾ Eurofima 72/87	100,5T	100,5T
6¾ dgl. 73/88	101,25G	101,25G
5½ dgl. 78/88	100,6T	100,5
6½ dgl. 79/89	105T	103,5
10¾ dgl. 81/91	113,5T	113G
9 dgl. 82/92	109T	109T
8¼ dgl. 83/90	112,25	111,75G
7½ dgl. 83/91	107	107
7¾ dgl. 83/90	106,25T	106G
7¾ dgl. 84/94	107	107,25
7¾ dgl. 84/92	106,25	106,5
8¾ dgl. 85/97	103	102,5
7 Europarat 75/88	100,5G	100,5G
6¼ dgl. 77/87	100,5G	100,5G
6¾ dgl. 78/88	100,55	100,85

8¼ dgl. 83/93	108,25G	108,25		
7 Bekrobras 77/87	101,75G	101,75T		
7 dgl. 79/87	100,3	100,3		
5¾ ELF Aquit. 78/88	100	100		
6¾ Enhart Corp. 85/95	101,5	101,4		
9¾ Enhart Overs. 82/89	102,5G	102,5G		
6¾ Ericsson LM 72/87	101,3G	101,3		
6¾ Escom 72/87	101T	100T		
7 dgl. 73/88	101,4	102T		
9¾ dgl. 80/87	102,5bB	103,25T		
9¾ dgl. 82/90	104,65	103,1T		
8½ dgl. 83/90	102	103,25		
5¾ Formoris 78/90	100G	100G		
9 Fuerzas El. 83/90	–	–		
9¾ G.D.F. 82/92	112G	112G		
6 G. Zbl. Wien 77/87	100T	100T		
8¾ GMAC Ov. 82/87	104	103,65G		
8¾ Gould Int. 82/89	102G	102		
7¾ dgl. 84/91	104,25	104,5G		
8¾ GKN Finance 82/89	103,1G	103,25G		
8 Heindl 84/91	105,5G	105,75		
7 dgl. 85/97	104,8T	104,75T		
6¾ Hamersley 72/87	ausg.	108,3G		
8¾ Helsinki 82/92	105G	105,25		

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Dienstag die Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während sich Gold fester präsentierte, lag Silber schwächer. Bei Kaffee gab es kräftige Abschläge, bei Kakao Gewinne.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	1.4.	31.3.
Mai	305,50	304,00
Juli	253,00	254,00
Sept.	254,00	253,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	279,55	279,55
Am. Durum	244,89	276,49

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai	100,90	102,50
Juli	104,40	105,90
Okt.	107,00	–

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai	92,50	92,70
Juli	89,80	89,50
Okt.	85,50	–

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	108,50	106,75
Juli	110,50	110,00
Sept.	111,50	111,50

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	237,00	232,00
Juli	232,00	227,75
Sept.	214,00	210,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai	101,90	102,20
Juli	101,90	102,10
Okt.	98,00	–

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	1.4.	31.3.
Mai	236,90	246,00
Juli	242,25	251,50
Sept.	249,45	255,25

KAKAO New York ($/t)

	1.4.	31.3.
Mai	1860	1860
Juli	1910	1910
Sept.	1955	1957
Umsatz	3895	2006

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Mai	8,92	9,16
Juli	8,96	9,20
Sept.	9,00	9,20
Okt.	8,98	9,20
Jan.	9,15	9,25
Umsatz	–	16733

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

8,98	8,41

KAFFEE London (£/t) Robusta

	1.4.	27.3.
Mai	2402-2420	2442
Juli	2456-2460	2503-2505
Sept.	2515-2520	–
Umsatz	2672	4114

KAKAO London (£/t)

Mai	1395-1395	1416
Juli	1426-1427	1451-1452
Sept.	1458-1458	–
Umsatz	2628	3223

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	1.4.	27.3.
Mai	220,00-220,40	213,60-215,00
Aug.	218,20-222,00	215,00-216,00
Okt.	219,00-221,00	216,00-217,80
Umsatz	527	388

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	2.4.	1.4.
schw.	805,00	805,00
Saraw.spez.	1285,00	1285,00
weiß.Saraw.	1300,00	1300,00
weiß.Munt.		

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	1.4.	31.3.
Mai	95,00	95,50
Juli	93,20	93,70
Sept.	91,80	92,00
Nov.	91,40	91,65
Jan.	91,75	90,75
Umsatz 500	600	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

1.4.	31.3.
23,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

18,75	18,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	19,09	19,22
Juli	19,39	19,55
Aug.	19,46	19,70
Sept.	19,45	19,65
Okt.	19,50	19,65
Dez.	19,85	19,98
Jan.	19,90	20,05

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	12,00	12,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,50	9,50

TALG New York (c/lb)

top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleichf.	11,00	11,00
yellow max. 10% fr.F	10,50	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

April	41,25	40,30
Juni	44,15	43,82
Juli	44,30	43,92

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Mai	56,05	55,87
Juli	57,35	57,02
Aug.	56,05	56,00

HÄUTE Chicago (c/lb)

	1.4.	31.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Mai	543,50	542,00
Juli	545,00	542,00
Aug.	543,50	540,50
Sept.	531,00	525,50
Nov.	527,50	522,00
Jan.	535,50	531,25
März	544,50	540,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Mai	154,40	153,60
Aug.	155,20	154,00
Sept.	155,00	153,80
Okt.	153,00	150,50
Dez.	149,50	147,50
Jan.	151,50	148,50
März	151,50	149,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	1.4.	31.3.
Mai	291,50	293,50
Juli	297,80	300,00
Okt.	301,20	–

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

1.4.	31.3.
13,50	13,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	2.4.	1.4.
jegl. Herk. cif	600,00	590,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	465,00	460,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	270,00	270,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)

roh Niederl. fob Werk	96,50	108,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	310,00	320,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	223,50	223,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	1.4.	31.3.
Mai	65,50	65,68
Juli	65,77	65,95
Okt.	40,00	39,80
Dez.	40,08	39,75
März	–	40,45
Mai	–	40,95

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

40,50	40,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	2.4.	1.4.
Mai	500-501	500-505
Aug.	516-518	520-524
Okt.	517-520	–
Umsatz	118	35

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	2.4.	1.4.
Mai	–	–
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
–	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	2.4.	1.4.
Mai	605,00-620,00	602,00-618,00
Juli	–	–
Okt.	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	2.4.	1.4.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	2.4.	1.4.
April	12449	12447
Mai	12381	12365

KAUTSCHUK London (p/kg)

	1.4.	27.3.
RSS 1 Mai	55,75-56,75	55,75-56,75
RSS 1 Juni	56,25-57,75	56,25-57,25
RSS 2 Mai	54,75-55,75	54,75-55,75
RSS 3 Mai	53,50-54,50	53,50-54,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	2.4.	1.4.
Mai	191,50-193,50	192,00-194,00
Juni	194,00-196,00	194,50-196,50
Nr. 2 Mai	192,00-193,00	192,50-193,50
Nr. 3 Mai	189,50-190,50	190,00-191,00
Nr. 4 Mai	184,50-185,50	185,00-186,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	2.4.	1.4.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	2.4.	1.4.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	271,74-271,90	277,24-277,59
dritt. M.	280,03-280,20	286,15-286,50
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	84,43-84,60	84,65-84,82
dritt. M.	87,31-87,48	87,39-87,56
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	918,76-922,14	928,72-930,43
dritt. M.	933,36-935,68	952,71-954,42
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	138,74-140,44	143,93-145,65
Prod.-Pr.	158,91	156,80
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

	2.4.	1.4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	unerh.	unerh.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	2.4.	1.4.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	346,31-348,75	343,73-346,13
BLEI in Kabeln	94,75-95,75	92,25-93,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	2.4.	1.4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	305-310	303-308
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	348-349	348
MS 63	327-331	326-329

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	2.4.	1.4.
Leg. 225	333-335	335-335
Leg. 226	335-337	337-342
Leg. 231	370-372	372-375
Leg. 233	380-382	382-385

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	2.4.	1.4
PLATIN (DM/g)	32,60	32,75
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25950	25610
Rückn.-Pr.	25200	24860
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26000	25630
Rückn.-Pr.	25320	24960
verarbeitet	27270	26890
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25475	25170
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	398,80	399,90
Rückn.-Pr.	386,80	387,80
verarbeitet	416,30	417,40

Internationale Edelmetalle

	2.4.	1.4.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	335,50	333,70
15.00	335,50	333,10
Zürich mit.	335,25-335,75	334,25-334,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78800	77800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	354,15	354,15
3 Mon.	364,05	364,05
6 Mon.	372,75	372,75
12 Mon.	389,75	389,75
PLATIN (£/Feinunze) London	1.4.	26.3.
fr. Markt	279,70	283,40
PALLADIUM (£/Feinunze) London	1.4.	26.3.
f. Handl.-Pr.	74,05	75,45

New Yorker Metallbörse

	1.4.	31.3.
GOLD H & H Ankauf	333,10	338,10
SILBER H & H Ankauf	512,00	533,00
PLATIN f.Handl.-Pr.	420,00-427,00	geschl.
Prod.-Pr	475,00	
PALLADIUM f. Händl.-Pr	108,00-109,00	geschl.
Prod.-Pr.	150,00	
SILBER (c/Feinunze)		
April	511,50	513,00
Mai	506,00	515,00
Juli	511,50	520,50
Sept.	517,50	530,00
Dez.	528,00	537,00
Jan.	–	542,90
März	–	549,40
Umsatz	–	30000

KUPFER (c/lb)

	1.4.	31.3.
April	64,35	65,85
Mai	64,50	66,05
Juli	65,05	66,60
Sept.	65,55	67,00
Dez.	66,15	67,60
Jan.	66,30	67,75
März	66,60	68,00
Umsatz	–	4000

Londoner Metallbörse

	2.4.	1.4.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	803,00-803,50	801,50-802,50
3 Mon.	827,50-828,00	826,00-827,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	249,50-250,00	250,00-251,00
3 Mon.	258,00-258,50	258,00-259,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt Kasse	975,50-976,00	974,00-975,00
3 Monate	ausg.	1007,00-1007,50
ab. Kasse	–	974,00-975,00
3 Monate	–	–
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	–
3 Monate	993,00-993,50	991,00-994,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	447,00-447,50	442,00-443,00
3 Monate	458,50-459,00	454,00-454,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	227-237
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	1.4.	31.3.
Mai	37,10-37,80	34,95-35,30
Juni	35,33	33,30-33,50
Juli	35,37	33,35-33,50
Aug.	35,80	–

GASÖL – London ($/t)

	1.4.	26.3.
April	128,00-128,25	147,25-148,00
Mai	110,50-110,75	132,25-133,00
Juni	107,00-107,50	–176,00
Juli	106,25	124,00-124,50
Aug.	107,25-109,00	126,00-126,50
Sept.	110,00-114,00	129,00-130,00
Okt.	110,00-118,50	131,00-133,50

BENZIN – New York (c/Gallone)

	1.4.	31.3.
Mai	38,60-38,80	36,50-36,55
Juni	37,80-37,90	35,90-36,15
Juli	37,20	35,55
Aug.	37,40	35,40-35,55
Sept	37,40	–

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	1.4.	31.3.
Mai	11,10-11,40	10,38-10,45
Juni	11,40-11,63	10,61-10,65
Juli	11,60-11,79	10,77-10,80
Aug	11,70	10,97
Sept.	11,80-12,10	11,15

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	1.4.	31.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	10,00	11,60
N. Sea Brent	9,70	11,60
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)

	1.4.	26.3.
April	104,40	102,80
Mai	124,70	119,00
Nov.	83,30	83,00
Febr.	91,50	91,00

New York (c/lb)

	1.4.	31.3.
April	1,80-1,85	
Mai	1,98-1,99	unerh
Nov	3,36-3,37	
März	3,58-3,65	

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	1.4.	27.3.
Mai	185,30-185,50	178,20
Juli	178,20-178,50	174,50
Sept	172,50-175,50	168,00
Nov	167,50-171,10	162,40

Devisenterminmarkt

Am Euromarkt kam es am 2. 4. zur Befestigung der FF-Zinssätze, die Abschläge gegen DM erweiterten sich deutlich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,59-0,49	1,70-1,60	3,20-3,00
Pfund/Dollar	0,57-0,55	1,48-1,45	2,34-2,29
Pfund/DM	2,80-1,40	6,60-5,20	10,6-9,20
FF/DM	47-31	83-67	122-106

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.4.: Tagesgeld 4,45–4,55 Prozent; Monatsgeld 4,50–4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50–4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.
Privatdiskontsätze am 2.4.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2.4.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2.4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¼-7½	4⅜-4⅝	4-4¼
3 Monate	7⅛-7⅜	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
6 Monate	7-7¼	4¼-4½	3⅞-4⅛
12 Monate	7⅛-7⅜	4⅜-4⅝	3¾-4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 2.4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00, Verkauf 20,00 DM West. Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2.4. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1030,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	730,00	888,10
5 US-Dollar (Liberty)	395,00	529,65
1 £ Sovereign alt	193,79	243,68
1 £ Sovereign Elizabeth II.	185,50	251,99
20 belgische Franken	151,25	200,93
10 Rubel Tscherwonez	191,75	245,96
2 südafrikanische Rand	175,50	221,73
Krüger Rand, neu	784,00	953,66
Maple Leaf	801,50	953,61
Platin Noble Man	978,00	1154,82
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	220,50	279,87
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,75	216,32
20 franz. Franken „Napoléon"	167,00	218,88
100 österr. Kronen (Neuprägung)	748,25	908,87
20 österr. Kronen (Neuprägung)	149,25	192,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	76,75	104,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	347,25	413,07
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	81,00	115,14

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Dollar-Anleihen

	1.4.	27.3.
9⅞ EEC 90	105,375	105,375
11⅛ dgl. 90	110,5	110,5
10⅝ EIB 93	109,875	109,875
11 dgl. 91	112,875	112,875
11½ dgl. 90	114	114
11¾ dgl. 93	119,5	119,5

6⅝ Sears 91	104,75	104,625
6⅝ Swed.Ex.91	102,375	102,375
7 TRW 94	102,125	102,125
6⅝ Un.Tech.92	102,75	102,5
6⅝ World Bk90	103,25	103,25
6⅝ dgl. 94	104,875	104,875
7 dgl. 94	107	106,375
7⅝ dgl. 95	109,625	109,5
8 dgl. 95	111,5	110,75

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Aktienmarkt verunsichert

Aber lebhafte Nachfrage nach VW, Veba und Deutsche Bank

DW. – Am Aktienmarkt kam der allgemeine Anstieg zum Stillstand. Verunsichert wurde das Geschäft durch die ungewöhnlichen Indexschwankungen an der Wall Street. Unter dem Eindruck der Zinssenkung bestand das Anlageinteresse für Bankaktien fort. Bevorzugt wurden die Papiere der Deutschen Bank. Der Rückgang bei den Aktien der Großchemie wird mit dem BASF-Bericht über das 4. Quartal 1985 begründet, der nach Meinung vieler Börsianer Zweifel daran aufkommen läßt, daß die BASF für 1985 mehr als 10 DM ausschütten wird.

Zu einer Sonderbewegung kam es in den VW-Aktien, die von mehreren Seiten zum Kauf empfohlen worden waren und zweitweise über 600 DM notiert wurden. Rückläufig waren dagegen BMW- und Daimler-Aktien. Bei der Veba sollen einige Kaufaufträge inländischer institutioneller Anleger vorgelegen haben, die für den weiteren Kursanstieg verantwortlich waren. Freundlich auch Lufthansa-Vorzüge, wo der Schock über Devisenfehldispositionen abgeklungen ist und der Kurs nunmehr positiv auf die günstige Beschäftigungssituation der Gesellschaft reagiert. In Ermangelung besserer Spekulationsobjekte wandte sich die Börsenkulisse diesmal verstärkt den IG Liquidationsscheinen zu, deren Wert sich gegenüber dem Vorjahr um rund 14 Prozent erhöht hat. Nixdorf-Vorzugsaktien fielen um rund 10 DM. Der jüngste kräftige Kursanstieg reizte jetzt offenbar zu Gewinnmitnahmen.

Frankfurt: Adler zogen um 20 DM und Hannover Papier um 14,90 DM an. Binding lagen um 14 DM und Heidelzement um 12 DM fester. DLW verminderten um 6 DM und Salamander büßten 5 DM ein.

Düsseldorf: AEG-Kabel und Balcke-Dürr ermäßigten je um 10 DM. Bilfinger verloren 3 DM und Gildemeister 2,80 DM. Hagen Batterie verminderten um 6,80 DM. Kabelmetal schlossen um 3 DM und Keramag um 6 DM höher.

Hamburg: Vereins- und Westbank gaben um 5 DM und Bremer Vulkan um 6 DM nach. Jeweils 1 DM höher gingen HEW und Reichelt aus dem Markt. Haller Meurer stockten um 4 DM auf und Beiersdorf lagen um 11 DM fester.

Berlin: Schering gaben um 5 DM nach. Deutsche Hypo Berlin wurden um 10 DM zurückgenommen. Herlitz St. zogen dagegen um 3 DM an, die Vorzüge wurden um 1 DM höher notiert.

München: Agrob Vz. gaben um 7 DM, Bay. Lloyd um 10 DM und Dywidag um 5 DM nach. Energie Ost und Flachglas stockten je um 5 DM auf. Hutschenreuther verloren 15 DM. Gebe AG und NAK Stoffe verbesserten sich um 2 DM.

Stuttgart: Gehe setzten ihre Aufwärtsbewegung um 7 DM und Fuchs um 9 DM fort. Zeag Zement verbuchten einen Gewinn von 6 DM. SEL machten 5 DM gut. Hohner zogen um 5 DM an. Kolb u. Schüle gaben um 10,50 DM nach. Salamander verloren 4 DM.

Nachbörse: etwas leichter

WELT-Aktienindex: 295,02 (294,91)
WELT-Umsatzindex: 4754 (5467)
Advance-decline-Zahl: 91 (125)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

	2.4.	1.4.
Bergen Bank	143	143
Borregaard	367,5	365
Den Norske Cred.	146	146
Elkem	108	108,5
Kreditkassen	151,5	152,5
Norsk Data	482,5	-
Norsk Hydro	132	129,5
Storebrand	236,5	236
OSE Ind. Index	355,08	355,07

Stockholm

Tokio

Toronto

Wien

Zürich

Schw. Kredit. A. Inh.	3800	3790
Schw. Rückv. Inh.	15350	14800
Schw. Volksb. Inh.	2470	2450
Sika -B-	3775	3700
Gebr. Sulzer Part.	480	480
Swissair	2040	2000
dgl. NA	1690	1660
Winterthur Inh.	6350	6250
Winterthur Part.	5500	5500
Zür. Vers. Inh.	6650	6550
Index: Schw. Kred.	521,40	-

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 2. 4. 1986

3322 Optionen = 178 250 (118 950) Aktien,

davon 256 Verkaufsoptionen = 15 400 Aktien.

Kaufoptionen: **AEG** 7-270/81; 280/74B, 300/55B, 320/40,5, 330/36,5, 340/28, 350/24, 360/18,9B, 380/10B, 10-330/50, 340/40, 360/32, 380/20G, 1-360/40B, 380/30G; **Agiv** 7-3640/80G, **BASF** 7-260/70B, 270/66B, 280/56B; 300/50, 310/45, 320/33B, 330/28G, 340/20B, 350/17B, 370/13B, 380/12, 400/10, 10-290/70G, 300/56B, 310/55G, 320/50, 330/40B; 340/33B, 350/31B, 370/24, 380/18, 400/14G, 410/11G, 1-340/40G, 360/26,5, 380/25G, **Bayer** 7-310/65, 320/44G, 330/37B, 340/35, 350/30B, 360/20,5, 370/20,2, 380/14, 400/11, 10-300/69G, 320/58, 330/47B, 340/40G, 350/39,9, 360/32,2, 370/32G, 390/21, 400/20,1, 410/20; 1-360/50, **BBC** 7-270/35B, 10-300/9,1, **BHF** 7-550/33G, 600/8G, 10-500/57G, **Bay. Hypo** 7-550/108, 650/40G, 660/75G, 10-700/45G, **Bokrela** 7-110/20, 120/15, 130/7G, 140/4G, 10-120/19, 130/11,6, 1-130/13,6, 140/8G, **BMW** 7-560/46G, 600/29,2, 650/75B, 700/10G, 10-65/30B, 530/75G, 560/50G, 600/45B, 700/20B, 1-600/70B, 700/25B, **Bay. Vereinsbk.** 7-550/40G, 600/27G; 10-650/15G, 700/10G, **Commerzbk.** 7-300/56, 310/50B, 320/45, 330/38B, 340/27, 349,9/25B, 350/23G, 360/18, 390/15, 400/10, 10-300/60, 320/50, 340/40, 349,9/36B, 360/32, 380/30, 400/24; 420/18, 1-300/80B, **Conti** 7-170/53, 180/55,1, 190/47,2G; 200/40B, 240/19, 260/15,1, 10-200/50,55G, 210/45B, 240/30G, 260/16,4, 1-260/24, **Daimler** 7-1200/225G, 1250/180, 1300/160, 1400/98B, 1500/56B; 1600/35B, 1700/30B; 1900/20, 2000/13, 10-1300/175G, 1400/108, 1500/88,25B, 1600/60, 1700/45G, 1800/55G, 2000/30, 2500/10G, 1-1600/70G, **Dt. Babcock St** 7-180/59,1, 200/47B; 220/26G, 240/15, **Dt. Babcock Vz** 7-220/14,8, 10-220/21G, **Deutsche Bk.** 7-800/96G, 850/78, 880/52B, 900/50, 950/38; 10-100/44, 850/90, 900/80G, 950/48, 1-1000/50G, **Degussa** 10-500/25G, 1-600/40B, **Dresdner Bk.** 7-358/120; 388/80, 400/75, 408/65B, 418/60B, 440/50B, 460/48, 480/34; 500/27, 550/17, 10-420/75B, 438/60, 488/46B, 500/40; **GHH St** 7-214,5/60B, 240/40G, 250/3, 280/10G, 300/8G, 10-300/15G, **GHH Vz.** 10-220/30G, **Harpener** 7-360/25G, **Hoechst** 7-280/49,2G, 290/45, 300/40B, 310/37G, 320/30B, 330/28, 350/25, 360/14, 370/11B, 10-340/30,8B, 350/27; 360/23, 370/19,9G, 400/15, 1-340/58B, **Hoesch** 7-160/36,1; 170/28, 180/20, 190/15, 200/12; 210/10,1B, 220/7, 10-180/29,2, 190/24,8, 200/20B, 220/14B, 230/7B, 1-200/24,9B, **Karstadt** 7-380/42G, 400/32, 420/16G, 10-400/32B, **Kaufhof** 7-420/54B, 10-500/35G, **KHD** 10-360/6,2G, **Klöckner** 7-90/17,9, 95/15; 100/8,9, 110/4,9, 120/3,2, 10-100/13, 110/9,9, **Lufthansa St** 7-250/30, 260/25G, 280/20G, 300/14; 310/11G, 10-280/30G; 300/28B, 310/18G, 320/15; 1-310/30G, 320/25G, **Lufthansa Vz.** 7-280/21,5, 300/10G, 10-260/42B, 280/30B, 290/25G, 300/19B, 1-320/12,8G; **Linde** 7-640/51,25B, **MAN** 7-220/30, 240/9,9G, **Mercedes** 7-1100/120G; 1300/35B, 1400/25G, 10-1400/50G, 1-1400/61G; **Metallges.** 7-400/21G, 420/18, 10-400/30G, 470/25G, **Mannesmann** 7-260/40B, 265/30B, 290/24,5; 295/16B, 300/15, 305/13B, 320/10, 10-260/32, 300/25, 320/24,5, 330/17B; **Nixdorf** 7-600/80, 630/40, 650/35; 10-650/70; 700/21G, **Porsche** 7-1400/5G; **Preussag** 7-260/15B, 280/8, 300/7,5B; 10-260/26, 280/17G; 300/12,5G; **RWE St** 7-187,2/60B; 227,2/24B, 240/20B; 247,2/16B, 260/11G; 10-240/29, 260/15,5, 1-260/21; **RWE Vz.** 7-240/15,6B; 260/8, 10-240/24B, 260/17G, **Schering** 1-600/85B; 6580/14G, **Kali & Salz** 10-350/15G, 360/8G; **Siemens** 7-700/71; 750/44; 800/35; 10-700/96; 750/64; 800/47, 1-750/80G, **Thyssen** 7-155/45B, 170/40, 175/30; 180/27; 185/20,5, 190/20; 200/16,9, 205/13,6B; 215/8; 220/8; 225/5,6B, 240/4,2, 10-155/57B; 165/50, 180/36,9, 185/34B; 195/28,9, 200/25, 205/24B; 215/18B; 220/16, 225/15B; 235/11, 240/9; 1-200/28, 220/23G; 240/15, **Varta** 10-400/15G, **Veba** 7-260/63, 270/55, 280/46; 290/37; 310/27; 320/25,5, 330/16,9B, 340/10G; 360/8,2, 10-300/50B, 320/30, 340/17, 360/12, **VEW** 7-150/58,25B, 160/10B, 190/20, 10-180/30,8B, 190/28, 220/14; 1-190/50B, **VW** 7-400/205; 420/185G, 450/162G; 460/150; 500/118,75; 520/110, 540/90B, 550/85, 560/75B, 570/73G, 590/65; 600/55G, 610/48, 620/46; 630/40, 640/38G; 650/35B; 680/21G; 700/15, 10-530/117B; 550/105, 560/90G, 580/86G, 600/83; 620/65G, 650/60, 700/40, 1-650/90B, 700/60G; **Alcan** 7-70/9,5B, 75/8B, 80/6,5, 10-75/10,9; 80/8; 85/6B, **Chrysler** 7-120/38,5, 130/28,5; 10-110/50; 130/30; **EH** 7-75/9, 6B, **General Motors** 7-180/30G, 190/26, 200/22; 10-200/26; 220/15, **IBM** 7-360/30G, 380/20G, 400/9,5, 10-370/42, 380/30, 400/26, 1-380/37G, **Norsk Hydro** 7-40/7, 45/4; 50/2,6B, 10-45/5,5; 50/4,5, 55/3, 1-45/9; 50/8B; **Philips** 7-50/9,6, 55/6, 60/4, 65/2,6B, 70/1,6; 10-50/14B, 55/9,5; 60/6,5; 65/4,5B; 70/3,4, 1-60/8,6, 65/5G, **Royal Dutch** 7-160/19B, 170/15,8B, 180/6G, 10-170/15B; 180/12,5, **Sony** 7-50/4B, 55/1,8G; 10-50/7,5B, 1-50/11B; **Sperry** 7-120/14,6; 10-130/13G, **Xerox** 7-170/11B, 10-160/15B, 170/12B

Verkaufsoptionen: **AEG** 7-300/3, 320/8G; 10-300/9,1G; 320/10G, 1-300/12G; **BASF** 7-300/3, 310/5G, 320/9B, 10-280/4, 310/8,5G; 320/14G, 1-270/2B, **Bayer** 7-320/3; 10-300/3, **BMW** 7-540/12,7G, 10-550/17,4G, **Commerzbk.** 7-300/6; 320/11G, 10-300/10, 320/14B, 1-320/20; **Conti** 10-200/3,4, **Daimler** 7-1150/12, 1200/15, 10-1300/25G, **Deutsche Bk.** 7-800/21, 10-800/22G, **Degussa** 1-600/45, 640/30G, 650/21, 660/5G, **Dresdner Bk.** 7-420/7, 10-400/10, **Hoechst** 7-300/2G, **Hoesch** 7-170/3,4; 180/6,4; 10-170/4,5, 180/9,8, **Karstadt** 10-360/11G, **Kaufhof** 7-420/6; 460/14,4G; 10-440/9,4G, 460/20G; 1-440/15G; **KHD** 10-300/9G, **Klöckner** 7-85/2,2G, 90/4G, 100/7; 110/14, 10-85/3B, 90/3,6G, 95/5; 100/8,5G, 110/15; 1-95/8, **Lufthansa St.** 7-250/2,8G; 260/5B; 270/7G, 10-260/10; **Lufthansa Vz.** 7-260/8G, **Linde** 10-600/10G, **Mercedes** 7-1100/16G, **Mannesmann** 7-255/5B, 10-260/6G, 270/9G; **Nixdorf** 7-550/5; **Porsche** 7-1200/10G, **Preussag** 7-240/10G, 10-240/13,5B, **RWE St.** 7-220/2B; **Siemens** 7-650/6, 700/8G, 730/36B, **Thyssen** 7-170/2; 180/4,1, 185/4,5G, 190/6,9; 10-170/3,8, 180/6, 190/10; **Veba** 7-300/3; 10-300/8, 1-300/10B, **VEW** 1-190/5,4G; **VW** 7-540/5G, 550/8B, 10-540/10G, 580/14,4G, 1-540/12G; 550/15G, **General Motors** 7-190/6; 10-180/5B, 190/10G; **IBM** 10-300/9,2B, **Norsk Hydro** 7-40/4, 45/4,3; 1-45/9,6B, **Philips** 10-55/2,4; **Royal Dutch** 7-160/11B, **Xerox** 1-150/15B.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte 185,25 (187,47), Elektrowerte 329,80 (330,11), Autowerte 775,78 (775,06), Maschinenbau 184,27 (185,68), Versorgungsaktien 180,45 (179,52); Banken 452,78 (426,52), Warenhäuser 158,84 (161,49), Bauwirtschaft 490,73 (491,69); Konsumgüterindustrie: 169,82 (170,13), Versicherung 1511,80 (1504,23), Stahlpapiere 186,07 (189,49)

Kursgewinner (Frankfurt):

Farb Liqu	11,00	+1,10	+11,1%
Eschweil Berg	98,00	+8,00	+8,8%
Schiess	170,50	+9,50	+8,5%
Mannesmann	296,50	+21,50	+7,8%
Adler	845,00	+20,00	+6,1%
Nordd Hypo	275,00	+14,00	+5,3%
Binding St	299,00	+14,00	+4,9%
Dm. Hansa	225,00	+10,00	+4,6%
Koepp	225,00	+10,00	+4,6%
Württ. Bad Vers	2680,00	+120,0	+4,6%

Kursverlierer (Frankfurt):

Br Vulkan	140,50	-11,50	-7,5%
Georg A.	140,00	-10,00	-6,6%
Schlenk	267,00	-14,00	-4,9%
Hagen Batt	188,00	-9,00	-4,5%
Parkbräu	315,00	-15,00	-4,5%
Bibl Institut	250,00	-20,00	-4,4%
Aach M Vers.	1430,00	-60,0	-4,0%
Reichelbräu	560,00	-21,00	-3,6%
Bankg v. 1899	650,00	-23,00	-3,4%
Deckel	256,00	-9,00	-3,3%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Katitzer 1850T, VAB 3000T **Düsseldorf:** BASF 311, Bayer 310,5, BHF 509G, Contigas 371, Dresdn Bk. 434,5, Linde 640, Nixdorf 598, Rütgers 410T, Salamander 305, Schering 582, VEW 173 **Frankfurt:** Adt 52, Allweiler St. 294, Allweiler Vz. 225, BASF 306, Bayer 329, BHF 520T, Commerzbk. 317, Contigummi 225T, Dresdner Bk. 435, Hoechst 305,5, IWK 308, KSB 198T, KSB Vz. 195T, Linde 646, Magdeburger Feuer NA 666B, Magdeburger Feuer 1300, Metallges. 355, Moto Meter 275, Nixdorf 600, Pfaff 230G, Rütgers 470, Salamander 320, Schering 590, VEW 172, Ymos Vz. 176,5 **Hamburg:** Doag 587, Schering 595 **München:** BASF 306bG, Bayer 328, Bay. Halbl. 458Grt, Br. Wolk. 262G, Contigas 375B, Dresdn. Bk. 433bG, IWK 310Grt, Linde 640, Nixdorf 595bG, Schering 585G, Stumpf 170bG, VAB 2900G, VEW 174G, Wanderer 400bG. Bezugsrechte: Frankfurt: Pittler Masch. 11T; Br Vulkan 19,5

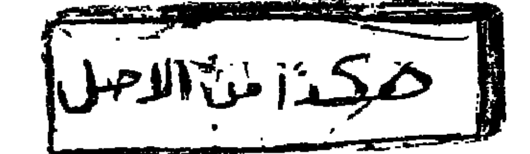
Devisenmärkte

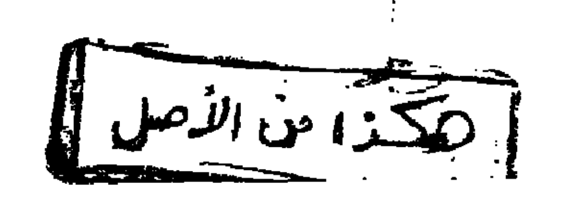
Der US-Dollar zog im Tagesverlauf des 2. April erneut an und wurde in der Spitze mit 2,3705 umgesetzt. Die letzten Tage brachten die Erfahrung, daß die Mehrzahl der Marktteilnehmer weiter auf Konsolidierung setzt, so daß im Augenblick nur geringes Interesse an Aktionen gegen die Leitwährung besteht. Für die D-Mark wirkte sich zusätzlich negativ der Rückgang der Industrieproduktion im Februar um 1,1 Prozent aus. Die amtliche Notiz wurde mit 2,3678 ohne Beteiligung der Bundesbank ermittelt. Kräftig gesteigert gegen D-Mark waren außerdem das Britische Pfund und der Kanadische Dollar, sowie die Norwegische Krone, um nur die Währungen zu erwähnen die mehr als ein Prozent gewonnen. Gegen den allgemeinen Trend schwächer notierten der Französische Franc und die Dänische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 2,6695, Brüssel 48,335, Paris 7,273, Mailand 1608,80, Wien 16,578, Zürich 1,9705, Ir. Pfund/DM 3,030; Pfund/Dollar 1,4685; Pfund/DM 3,477

Devisen und Sorten

2.4.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York¹	2,3658	2,3718	2,3437	2,30	2,40
London²	3,470	3,484	3,413	3,40	3,55
Dublin²	3,023	3,037	2,953	2,95	3,10
Montreal¹	1,6985	1,7065	1,6722	1,64	1,74
Amsterd.	88,65	88,87	88,505	87,75	89,50
Zürich	120,07	120,27	120,12	118,75	121,50
Brüssel	4,889	4,909	4,826	4,72	4,97
Paris	32,485	32,645	31,89	31,75	33,50
Kopenh	27,05	27,17	26,90	26,25	28,00
Oslo	32,43	32,55	31,40	31,25	32,00
Stockh **	31,94	32,10	31,40	31,00	32,75
Mailand³ **	1,466	1,476	1,45	1,41	1,51
Wien	14,256	14,276	14,222	14,15	14,37
Madrid **	1,591	1,601	1,56	1,53	1,68
Lissabon **	1,54	1,56	1,467	1,25	1,90
Tokio	1,3185	1,3215	-	1,29	1,35
Helsinki	44,90	45,10	44,32	43,75	45,75
Buen Air	-	-	-	-	3,50
Rio	-	-	-	0,05	0,18
Athen* **	1,585	1,639	-	1,20	1,90
Frankr.	-	-	-	1,71	1,80
Sydney*	1,692	1,711	-	1,61	1,76
Johannbg.*	1,089	1,125	-	0,77	1,02
Hongkong*	30,19	30,47	-	27,50	33,50

Alles in Hundert; ¹1 Dollar, ²1 Pfund, ³1000 Lire ⁴Kurse für Tratten von 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert ** Einfuhr begrenzt gestattet





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unterdrückte Ehrenrettung

Als der damalige Bundestagspräsident Dr. Rainer Barzel am 25. Oktober 1984 vor dem Deutschen Bundestag wegen der Vorwürfe im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre seinen Rücktritt erklärte und den Bundestag bat, einen anderen Bundestagspräsidenten zu wählen, fand dieses in der deutschen Presse und im Fernsehen die denkbar größte Resonanz. Tagelang wurde diese Meldung „warm gehalten". Dr. Rainer Barzel wurde regelrecht „demontiert".

Der Deutsche Bundestag hat in der Sitzung, in der die Ergebnisse des Flick-Untersuchungsausschusses beraten wurden (3. März-Woche), die volle Rehabilitation Dr. Rainer Barzels vernommen. Der amtierende Bundestagspräsident Dr. Jenninger hat in einer Ehrenerklärung Dr. Barzel nicht nur voll rehabilitiert, sondern auch dem Ansehen des Amtes des Bundestagspräsidenten wieder zu Glaubwürdigkeit verholfen.

Hochachtung für dieses klare und klärende Wort des Bundestagspräsidenten vor dem Deutschen Bundestag. Aber: Wo bleiben Presse, Rundfunk und vor allem das Fernsehen? Keinerlei Meldung, kein Kommentar – nichts! Solches Verhalten zwingt zum Nachdenken.

Oskar Lautwein, Niederkail/Eifel

Aus der Seele

„Erinnern bedeutet nicht dauernd mahnen und mäkeln"; WELT vom 25. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Worte des jüdischen Schriftstellers und Theologen Pinchas Lapide kommen zwar 40 Jahre zu spät, sind aber dennoch eine mutige und realistische Sprache zu der „deutsch-jüdischen Freundschaft" und dem Verhältnis zwischen Juden und Deutschen nach dem Krieg.

Dieser Mann hat mir aus der Seele gesprochen.

Mit freundlichen Grüßen
Max Rubin, Stocksee

Vorbilder

„Amputiert wird mit Dolch und Säge"; WELT vom 13. März

Unpathetisch-sachlich schildert Maria Müller ihren freiwilligen Einsatz im vom Holocaust heimgesuchten Afghanistan. Ein lebensrettender Einsatz unter unmenschlichen Bedingungen: Hunger, Verfolgung, Krankheiten, Seuchen, sowjetische Bomben. Unfaßbar das Ausmaß an Entbehrungen und Strapazen, aber ebenso unbegreiflich die Leidensbereitschaft, die Härte und Askese, der Todesmut der Waffenlosen zwischen den Fronten. Gäbe es einen Nobelpreis für praktizierende Nächstenliebe und Selbstaufopferung, diese deutsche Krankenschwester und ihre deutschen Arztkollegen hätten ihn verdient.

Pankraz hat am 10. März bewundernd festgestellt, keine deutsche Generation habe so viel durchmachen müssen, sei existentiell so ungeheuer gefordert worden, habe ihr Leben und ihren Tod so tapfer bestanden wie die des Krieges, der Flucht, der Bombennächte, der Gefangenschaft, des Wiederaufbaus. Heute, nach Maria Müller, wissen wir, daß dieses moralische Kapital an Opferwillen, Tapferkeit, Entsagungsbereitschaft in Jahren der materiellen Übersättigung, der nationalen Selbstverachtung und eines schrankenlosen Individualismus nicht gänzlich verschleudert worden ist. Dieses Erbe lebt zumindest noch in einer Krankenschwester und drei Ärzten, die nach Afghanistan gingen, ohne danach zu fragen, ob es für sie auch den Weg zurück geben würde.

Wolfgang Strauss, Furth i. Wald

Ein bewährtes System

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten finanziert sich aus einkommensgerechten Beiträgen, die zu gleichen Teilen von den Arbeitnehmern und -gebern getragen werden. Arbeitnehmereinkommen sind überprüfbar und der monatliche Beitragseinzug unterliegt dem Gesetz. Dieses System hat sich bewährt.

Selbständige und Freiberufler unterliegen diesem Zwang nicht. Das mit der Rentenreform 1973 diesem Personenkreis eingeräumte Recht auf freiwilliger Basis auf Antrag versicherungspflichtig in der Rentenversicherung zu werden, wird wenig genutzt und dürfte daher nicht ausreichend sein. Wenn man für diesen Personenkreis etwas tun will, dann sollte dieser nach dem Gleichheitsgrundsatz unseres Grundgesetzes entsprechend verpflichtet werden, nur dann noch eine freie Tätigkeit ausüben zu dürfen, wenn nachweislich jeden Monat – wie bei einem Arbeitnehmer – ein einkommensgerechter Betrag zum Satz der gesetzlichen Rentenversicherung für eine private oder gesetzliche Altersversorgung entrichtet wird. Dazu bedarf es keiner Rentenreform.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Loyal, Krefeld 1

Schwachsinnige Fragen

Sehr geehrte Damen und Herren,

„ich will die Erholungsfähigkeit der Schulkinder erhalten. Deshalb lehne ich die vom Kultusminister beschlossene Änderung der Ferienordnung ab." Wenn mit diesen Sätzen eine „Befragung" der davon betroffenen Eltern veranstaltet würde und darauf nur mit „Ja" oder „Nein" geantwortet werden dürfte, dann käme vermutlich alsbald auch der Letzte auf den Schwachsinn, der in einer solchen Fragestellung steckt. Was mit der Reisekasse der Eltern geschieht, bestimmt nicht der um einen geregelten Ferienbetrieb bemühte Kultusminister. Auch nicht auf dem Umweg über manipulierbare Antworten auf „Wahlzetteln".

Schaut man sich daraufhin die beiden Sätze und die Methode an, mit denen der DGB in diesen Tagen seine „Arbeitnehmerbefragung zum Streikparagraphen" betreibt, so springen Parallelen ins Auge. Die vorangestellte Streikfähigkeit der Gewerkschaften ist tabu. Jedermann ist dafür und keiner dagegen. Allein deshalb – so argumentiert der DGB mit seiner Fragestellung – ist die Änderung des Paragraphen 116 AVG abzulehnen, ganz gleich, daß es sich um eine parlamentarisch einwandfrei gefallene Entscheidung handelt und was der Gesetzgeber damit in Wirklichkeit erreichen wollte. Mit solcher primitiven Logik sollte bei uns allerdings eigentlich niemand mehr komplizierte Tatbestände und Meinungsverschiedenheiten in der Sozialordnung beurteilen dürfen.

Falsch gefragt und „richtig" (d. h. wie gewünscht) geantwortet – mit solchen Methoden sollte hierzulande kein Staat mehr zu machen sein. Vermutlich lassen sich die Gewerkschaftsbeiträge für andere Aktionen – man denke an die „Neue Heimat" und ihre Mieter – besser und vor allem überzeugender einsetzen.

Gerhard Rüsse, Lübeck

Wort des Tages

» Man lernt aus dem phantasievoll Erdachten, wie die Welt wirklich aussieht. «

Bernhard Malamud, amerikanischer Autor (1914–1986)

Mahnmal

Mein Vorschlag für ein Bonner Mahnmal der Toten: Ein zweiseitiges Mahnmal inmitten einer grünen Fläche mit zwei entgegengesetzten Zufahrtswegen. Auf der einen Seite des Gedenksteins stehen die Worte: „Den Opfern des Krieges (1939–1945)", auf der anderen: „Den Opfern der Diktatur (1933–1945)".

Frederic W. Nielsen, Freiburg

MOTORSPORT / Neuer Nürburgring bald ohne Formel 1 – und was dann?

„Wir kämpfen. Wir können uns nicht wie kleine Jungs rumschubsen lassen"

KLAUS BLUME, Bonn

Aus einem Leserbrief an eine Schweizer Motorzeitung: „Warum mich der Nürburgring nicht mehr sieht: 1. Er ist steril wie ein unbeschriebenes Blatt Papier. 2. Er ist saukalt wie eh und je. 3. Er behandelt seine Zuschauer schlecht. Fazit: Nürburgring, nein Danke!"

Eine von vielen verärgerten Zuschriften, wenn es um den neuen Nürburgring geht. Bleiben demnach künftig die Zuschauer weg? Wurden 82 Millionen Baukosten in den Eifel-Humus gesetzt?

Die Zahlen: Beim Formel-1-Rennen im August 1985 säumten 72 139 Zuschauer die Rennstrecke. Lediglich bei der Eröffnungsfeier am 12. Mai 1984 (120 000) und beim Pop-Konzert zu Pfingsten 1985 (80 000) kamen mehr Zuschauer. Beim Motorrad-Grand-Prix im Mai 1984 hatten hingegen nur 58 000 Fans den Weg in die Eifel gefunden. Zuschauerschnitt ansonsten: 10 000 bis 20 000. Rainer Mertel, der Hauptgeschäftsführer der Nürburgring GmbH, sagt deshalb: „Wenn ich von der Wertigkeit internationaler Sportveranstaltungen und vom kaufmännischen Gesichtspunkt ausgehe, steht der Grand Prix, also die Formel 1, an der Spitze."

Fragt sich nur, wie lange noch. Der internationale Motorsportverband FISA will nämlich von 1987 bis 1991 die Weltmeisterschaftsläufe der Formel 1 (Grand-Prix-Rennen) nicht mehr im jährlichen Wechsel sondern nur noch auf ein und derselben Rennstrecke eines Landes austragen. Von dieser Regelung sind drei Länder betroffen: Belgien (Spa oder Zolder), Großbritannien (Silverstone oder Brands Hatch) und Deutschland – wo es nun heißt: Hockenheim oder Nürburgring? Mertel: „Wir werden um dieses Rennen kämpfen und zwar auf dem Fundament der gebündelten Meinung, die man sich vor dem Bau des neuen Nürburgringes gebildet hatte."

Mertel zielt mit dieser Bemerkung vor allem auf den Engländer Bernie Ecclestone, den Chef der Konstrukteursvereinigung FOCA. Der hatte nämlich dieser Tage behauptet: „Ich habe den Bau einer neuen Strecke nicht gefordert. Man hat mich vorher nicht gefragt, also habe ich nichts damit zu tun." Ein aktueller Blackout, denn Ecclestone hatte vor Jahren sechs Stunden lang im Mainzer Verkehrs- und Wirtschaftsministerium über den Bau des neuen Nürburgringes konferiert. Darüber gibt es ein 20seitiges Wortprotokoll und eine gesalzene Dolmetscherrechnung.

Ecclestone mag den neuen Ring aber nicht, und weil er der Promoter des Formel-1-Rennens „Großer Preis von Deutschland" ist, wird er daraufhin arbeiten, in Hockenheim – wo er etwa drei Millionen Mark zusätzlich an den Werbeflächen verdienen kann – zu starten und nicht mehr in der Eifel. In der Fachzeitschrift „Rallye racing" sagte er über den neuen Nürburgring: „Es ist ein schrecklicher Platz für die Zuschauer. Die Strecke wurde von Planern entworfen, die überhaupt nicht ans Publikum dachten." In der „WELT am Sonntag" wurde Ecclestone noch deutlicher: „Diese Strecke ist für die Formel 1 keine gute Rennstrecke. Die Zuschauer stehen zu weit von der Piste entfernt, es herrscht keine Atmosphäre, keine Spannung. Die Anreisewege sind zu lang, die Hotels zu schlecht. Kurzum, ich will, daß die Formel 1 auf diesem Kurs keine Rennen mehr fährt."

Und wenn es nun wirklich dazu kommt? „Dann können wir uns nicht wie kleine Jungens in der Gegend herumschubsen lassen, dann müssen wir uns von einer Abhängigkeit lösen, damit wir nicht ständigen Irritationen ausgesetzt sind. Denn ein Stück Berechenbarkeit muß erhalten bleiben", sagt Mertel. Konkret: In diesem Jahr werden auf dem Nürburgring – ohne die turnusgemäß nach Hockenheim wechselnde Formel 1 – acht internationale Veranstaltungen stattfinden, darunter zwei Weltmeisterschafts-Wettkämpfe: Ende Mai der Motorrad-Grand-Prix und am 24. August der WM-Lauf der Sportwagen. Und schließlich noch der Grand Prix der Lastwagen-Fahrer. „Eine irre Veranstaltung", sagt Mertel.

Es geht mithin um neue Veranstaltungs-Formen, um auch ohne Formel 1 gewinnbringend über die Runden zu kommen. Deshalb hat man bei der weltweiten Agentur des amerikanischen Sportmanagers Mark McCormack („International Management Group") eine Studie in Auftrag gegeben. Jochen Neerpasch, früher BMW-Rennchef und nun McCormack-Mann in Sachen Motorsport, hat bereits fünf Punkte zur Nürburgring-Förderung vorgelegt: 1. Der Besucher muß näher ans Geschehen herangeführt werden, 2. die Prgramm-Gestaltung muß vielfältiger werden, 3. Die Koordination aller Veranstaltungen muß in einer Hand liegen, 4. der Vorverkauf soll zusammen mit Reiseangeboten in mehreren hundert Reisebüros durchgeführt werden, 5. das Unterhaltungsangebot muß ausgeweitet werden. Wenigstens ein Hotel der gehobenen Kategorie soll in der Nähe der Rennstrecke entstehen und in absehbarer Zeit die Autobahn in nur noch zehn Kilometer Entfernung vorbeigeführt werden.

Schließlich ließe man sich von Ecclestone nicht ins Bockshorn jagen, sagt Mertel. Denn sonst hätte man schon vor 31 Jahren aufhören können, als das erste Rennen nach dem Zweiten Weltkrieg stattfand – der Motorrad-Grand-Prix. Damals kamen sogar nur 35 000 Zuschauer in die Eifel.

STAND●PUNKT / *Held oder Hemmschuh?*

Um es gleich vorneweg zu sagen: Leistung fragt nicht nach dem Alter dessen, der sie vollbringt. Auch nicht im Sport, wo es Disziplinen gibt, in denen eine oder einer schon mit zwanzig in die Rumpelkammer verbannt zu werden droht. Aber Fritz Walter war 37 Jahre alt, als er sein letztes Fußball-Länderspiel bestritt, nur ein Jahr älter als Burgsmüller, der jetzt mithilft, Bremen zur deutschen Meisterschaft zu schießen.

Das Alter also darf keine Rolle spielen, wenn darüber diskutiert wird, ob Franz Beckenbauer, der Teamchef der deutschen Nationalmannschaft, von allen guten Geistern verlassen ist, seine oder die Hilflosigkeit des deutschen Fußballs demonstriert oder ob er eine blendende Idee hatte auf dem Weg zur Weltmeisterschaft in Mexiko. Beckenbauer hat Dieter Hoeneß, 33 Jahre alt, in die Mannschaft berufen, die am nächsten Mittwoch gegen die Schweiz spielt.

An Hoeneß, dem langen Blonden mit der hohen Stirn, schieden sich schon immer die Geister. Mal Held, mal Hemmschuh, aber niemals einer, der den Ball mit technischem Feingefühl umschmeicheln konnte. Doch das galt für Horst Hrubesch auch – und der schoß und köpfte die deutsche Mannschaft zur Europameisterschaft 1980.

Und wenn Profi-Lästermaul Max Merkel jetzt noch tausendmal von einem „Briefbeschwerer" spricht oder von einem „Mann mit Füßen wie Bügeleisen": Der Versuch mit Dieter Hoeneß muß gewagt werden. Weil er der aussterbenden Rasse jener Mittelstürmer angehört, die ohne Rücksicht auf sich selbst dort das Kampfgetümmel suchen, wo es verdammt weh tun kann. Daß er gerade in internationalen Spielen für den verblüfften Gegner unberechenbar ist, zeigen seine 24 Treffer, die er für Bayern München in Europapokalspielen erzielt hat.

Wer kann das Argument von Bremens Trainer Otto Rehhagel entkräften? „Wenn es 15 Minuten vor Schluß gegen Uruguay 0:1 steht, dann braucht man einen Mann wie Hoeneß", sagt der Trainer von Werder Bremen. Dann muß alles versucht werden. Eben.

que

FUSSBALL

Späte Chance für Hoeneß: „Das ist das Höchste . . ."

dpa/sid, München

Sein Trainer Udo Lattek hatte ihn schon am Dienstag vorgewarnt. Da glaubte Dieter Hoeneß noch an einen Aprilscherz. Doch als Franz Beckenbauer gestern dann die Überraschung bestätigte, reagierte er glücklich: „Das ist das Höchste, ich werde mich unheimlich reinhängen. Verrückt spiele ich aber nicht." Grund der Freude: Mit 33 Jahren kann sich Hoeneß am nächsten Mittwoch doch noch den Flugschein nach Mexiko erkämpfen. Beckenbauer berief den Mittelstürmer von Meister Bayern München für den WM-Test in der Schweiz, weil die Personallage der Nationalmannschaft so angespannt ist wie nie.

Wegen Verletzung oder Teilnahme an Bundesliga-Nachholspielen fehlt in Basel fast der halbe WM-Kader: Völler, Littbarski, Klaus Allofs, Schumacher, Mill, Frontzeck, Rahn, Waas und Herget. Auch Rummenigge ist nicht völlig gesund, und Heinz Gründel kommt nur dann in Frage, wenn er nach seiner Verletzung am Samstag wieder für den HSV spielt.

„Kandidaten aus der zweiten Reihe können jetzt zeigen, was sie drauf haben", sagt Franz Beckenbauer, der diesmal fast ohne Stürmer dasteht und seine Reserviertheit gegenüber einem Test mit Dieter Hoeneß, der unter anderem von Bremens Trainer Otto Rehhagel vorgeschlagen worden war, zwangsläufig aufgeben mußte. An guten Tagen gefeiert, an schlechten geschmäht: Zwischen diesen Extremen bewegt sich der 1,88 m große Torjäger der Bayern, der an der Seite seines ehemaligen Kollegen Rummenigge nach sieben Jahren ein Comeback in der Nationalmannschaft feiern soll.

Im Mai 1979, noch in Stuttgarter Diensten, erzielte Dieter Hoeneß in zwei Länderspielen in Irland und Island drei Tore. Danach wurde er von Jupp Derwall ausgemustert. Nun bietet sich ihm eine späte Chance. Beckenbauer: „Schlimmstenfalls ist der Dieter nur ein Notnagel für einen Tag, doch so sehe ich das nicht. Bisher gab es keine Veranlassung, ihn zu holen. Nun fehlen Stürmer, und wenn er überzeugt, hat er eine echte WM-Chance. Wer weiß, was mit Völler und Littbarski wird?"

Während Hoeneß also ein Mann für alle Fälle sein kann, müssen Wolfgang Funkel (Uerdingen) und Wilfried Hannes (Gladbach) ihre Hoffnungen auf eine WM-Teilnahme wohl endgültig aufgeben. Beckenbauer: „Auf ihren Posten haben wir keine Probleme." Der Teamchef erklärte, er werde die 22 WM-Teilnehmer nach dem Bundesliga-Finale am 26. April benennen. Mit diesem Kreis will er dann am 5. Mai in die zwei Vorbereitungswochen in den Sportschulen von Malente und Kaiserau gehen. Beckenbauer: „Einspielen können wir uns dann in den letzten Tests gegen Jugoslawien und die Niederlande, vor allem aber in den beiden anschließenden Wochen in Mexiko."

Im Vergleich zum 2:0-Sieg gegen Brasilien ändert sich die deutsche Elf für Basel wahrscheinlich auf mindestens vier Positionen: Statt Schumacher, Herget, Jakobs und Mill kommen voraussichtlich Stein, Augenthaler, Förster und Hoeneß ins Team. Zudem muß Brehme damit rechnen, dem Frankfurter Berthold Platz machen zu müssen. Daraus ergibt sich die mögliche Aufstellung: Stein – Augenthaler – Berthold (Brehme), Förster, Briegel – Matthäus, Rolff, Magath, Thon – Rummenigge, Hoeneß.

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Präsident der Internationalen Union zur Wahrung der Sozialethik (UIAMS), **Richard Gatzweiler**, feierte seinen 75. Geburtstag. Gatzweiler, der gleichzeitig Vorsitzender der in Hamm ansässigen deutschen Sektion von UIAMS ist, war Mitbegründer und langjähriger Präsident der Katholischen Elternschaft Deutschlands.

*

Der bayerische Landesvorsitzende des Hartmannbundes und Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern, **Hermann Braun**, feierte gestern seinen 70. Geburtstag. Als Vorstandsmitglied der bayerischen Landesärztekammer wurde der Medizinier bereits 1969 zum Vizepräsidenten des Bayerischen Ärztetages gewählt und erwarb sich besondere Verdienste um die Verständigung zwischen Ärzten und der unternehmerischen Wirtschaft.

AUSZEICHNUNG

Mit dem von der Hamburger Stiftung F. V. S. zur Verfügung gestellten van-Tienhoven-Preis sind in diesem Jahr **Dieter Burkhardt** aus Basel, **Hans Katschthaler** und **Eberhard Stüber** aus Salzburg und **Louis Oberwalden** aus Innsbruck ausgezeichnet worden. Jeder der Preisträger erhält 10 000 Mark. Mit diesem Preis werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich überragende Verdienste um die Verbreitung des Naturpark- oder Naturschutzparkgedankens und seine Verwirklichung erworben haben. Mit der Alexander-von-Humboldt-Medaille für die gleichen Verdienste wurden **Henry Makowski** aus Hamburg und **Anton Draxl** aus Matrei (Tirol) ausgezeichnet. Die Preise werden am 16. Mai in Bonn überreicht.

MEDIEN

Die Redaktion der Münchner „Abendzeitung" („AZ") wird seit Dienstag von einem neuen Chefredakteur geleitet. **Wolfhart Berg** (42) hat **Udo Flade** (58) abgelöst, der 25 Jahre an der Spitze der Redaktion der Boulevardzeitung stand und nun dem Blatt als Berater und für besondere Aufgaben zur Verfügung steht.

KIRCHE

Der mecklenburgische Landesbischof **Christoph Stier** aus Schwerin ist neuer leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen



FOTO: JÜRGENS

Kirche (VELK) in Mitteldeutschland. Bischof Stier tritt die Nachfolge des thüringischen Landesbischofs **Werner Leich** an, der als Vorsitzender des Mitteldeutschen Kirchenbundes von dieser Aufgabe zurückgetreten war. Der VELK in Mitteldeutschland gehören die drei lutherischen Landeskirchen Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens an. Mit den übrigen fünf evangelischen Landeskirchen, die in der Evangelischen Kirche der Union zusammengeschlossen sind, arbeiten sie im evangelischen Kirchenbund zusammen.

*

Das Katholische Büro Stuttgart, die gemeinsame Verbindungsstelle der Bischöfe von Freiburg und Rottenburg-Stuttgart zu Landtag und Regierung von Baden-Württemberg, wird personell völlig neu besetzt. Prälat **Martin Neckermann** (55), der das Kommissariat der Bischöfe und das Seelsorgeamt für die Abgeordneten seit Gründung vor zwölf Jahren leitet, übernimmt am 1. September das Amt des Superiors im Kloster der Franziskanerinnen von Reute, nachdem der 79jährige Prälat **Ludwig Jung** dort nach 28 Jahren in den Ruhestand tritt. Der juristische Mitarbeiter, **Bernd Haßdenteufel**, hat bereits eine Stelle im Kirchenreferat des Kultusministeriums angetreten. Der neue Leiter des Katholischen Büros wird nach Vereinbarung der beiden Kirchenleitungen ein Freiburger Diözesangeistlicher sein.

Adalbert Hudak, Vorstandsmitglied der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland und Schriftleiter ihrer Zeitschrift „Erneuerung und Abwehr", ist gestorben. Er wurde 1911 in der Slowakei geboren, studierte evangelische Theologie, legte theologische Examina und Prüfungen für das höhere Lehramt ab und wurde promoviert. Nach dem Krieg lehrte er in Erlangen am Institut für Lehrerbildung und später an der Pädagogischen Hochschule der Universität Erlangen-Nürnberg. 1964 wurde er zum Professor ernannt. 1956 war er der CSU beigetreten. Von 1965 bis 1969 war er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 228 (Erlangen) Mitglied des Deutschen Bundestages.

*

Der amerikanische Tenor **Donald Grobe** ist im Alter von 56 Jahren in Berlin gestorben. Der Sänger gehörte der Deutschen Oper in Berlin seit ihrer Eröffnung im Jahre 1961 an, war außerdem seit 1968 Mitglied der Metropolitan Opera in New York und wurde 1970 zum Berliner Kammersänger ernannt. Grobes ausdrucksvolle lyrische, bis zum Charaktertenor reichende Stimme, die musikalische und darstellerische Intelligenz und ein unverwüstliches Spieltalent machten den Künstler zu einem Spitzensänger im Berliner Ensemble und an den Opernhäusern von Köln, München und Hamburg, denen er durch Gastverträge verbunden war.

BORIS BECKER

Ion Tiriacs Verbeugung

sid/dpa, Atlanta

Ion Tiriac, der über seinem mächtigen Schnäuzer stets so finster dreinblickt, verlor für einen kurzen Moment seine Ruhe. Er schnalzte laut mit der Zunge. Verblüfft und erstaunt drehte sich Boris Becker zu ihm um – und sah wie sich sein Manager auf der Tribüne tief vor ihm verbeugte. Vorausgegangen war einer der vielen hervorragenden Bälle, die Becker beim Turnier von Atlanta im Doppel an der Seite des Australiers Pat Cash geschlagen hatte.

Becker sprühte nach seinem Sieg über Ivan Lendl in Chicago vor Spiellaune. In nur 72 Minuten besiegten er und sein Partner die Amerikaner Steve Meister und Eliot Teltscher mit 7:6, 6:4. In seinem ersten Einzel traf Becker in der Nacht zum Donnerstag auf Tim Wilkinson (USA). Trainer Günter Bosch: „Ich habe Boris gesagt, er muß den Erfolg von Chicago vergessen. Wilkinson ist ein wilder Fighter." Und so bereitete sich Bekker auch konzentriert vor. Er trainierte nach dem Doppel noch je eine Stunde mit dem Schweden Stefan Edberg und mit Steve Denton aus den USA.

Die erste Überraschung des Turniers in Atlanta war der 6:4, 7:6-Erfolg des Sowjetrussen Andrej Tschesnokow über Scott Davis (USA), der immerhin auf Platz 33 der Weltrangliste steht. Tschesnokow gehört zu einer Gruppe von vier Spielern aus der UdSSR, die auch mit Blick auf die Olympischen Spiele 1988 in Seoul bei internationalen Turnieren wieder Anschluß an die Weltspitze finden sollen.

Eric Jelen, der in der letzten Woche in Rotterdam Mats Wilander besiegt und das Halbfinale erreicht hatte, verlor beim Grand-Prix-Turnier von Köln bereits in der ersten Runde. Er unterlag dem Schweden Jonas Svensson 3:6, 2:6. Jelen sagte: „So schlecht habe ich schon lange nicht mehr gespielt." Auch Wolfgang Popp ist nach einer 2:6, 3:6-Niederlage gegen Gary Donelly (USA) bereits in der ersten Runde ausgeschieden.

SPORT-NACHRICHTEN

Rallye: Weber Vierter

Nairobi (sid) – Erwin Weber/Gunter Wagner (Deutschland) belegten bei der Safari-Rallye den vierten Platz hinter ihren Markenfährten Waldegaard/Gallagher und Thorp/Thorszelius (alle auf Toyota). Dritter wurde der Finne Markku Alen auf einem Lancia. Das italienische Werk behauptet damit die Führung in der Marken-Weltmeisterschaft. In der Fahrer-Wertung liegt weiterhin Juha Kankkunen (Finnland) in Front, der diesmal den fünften Rang belegte.

Rowdys festgenommen

Berlin (dpa) – Auch die „DDR" hat immer häufiger Schwierigkeiten mit Fußball-Rowdys. Aus Presseberichten geht hervor, daß die beiden 19 Jahre alten Ost-Berliner Volkmar H. und Thomas I. nach dem Oberligaspiel zwischen BFC Dynamo Berlin und Dynamo Dresden (5:2) festgenommen wurden. Sie hatten zwei Dresdener Zuschauer tätlich angegriffen.

Real: Neuer Trainer

Madrid (sid) – Leo Beenhakker (43) wird bei Real Madrid Nachfolger von Trainer Luis Molowny. Beenhakker hat seinen Vertrag als niederländischen Fußball-Nationaltrainer nicht verlängert. Molowny wird wahrscheinlich wieder Manager des Klubs.

Galopp: Hohe Strafe

Köln (sid) – Der Jockey Peter Düker (39) wurde in Köln vom Renngericht des Galopper-Dachverbandes zu einem Lizenzentzug von zehn Monaten verurteilt. Nach der Auffassung des Gerichts hatte Düker bei einem Rennen, das er als Dritter beendete, seine Chancen vorsätzlich nicht wahrgenommen. In erster Instanz war Düker zu sechs Monaten Lizenzentzug verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Jockey und das Direktorium Berufung eingelegt.

Gegen den Abstieg

Uppsala (sid) – Bei den Badminton-Europameisterschaften in Uppsala verlor die deutsche Mannschaft gegen den EM-Fünften UdSSR mit 1:4. Das deutsche Team spielt nun gegen den Abstieg.

Vertrag für Lippmann

Nürnberg (dpa) – Der frühere „DDR"-Fußballspieler Frank Lippmann (24) hat beim Bundesligaklub 1. FC Nürnberg einen Einjahresvertrag mit Option unterschrieben. Eingesetzt werden kann Lippmann erst nach Ablauf einer einjährigen Sperre. Verlängert wurden in Nürnberg die Verträge mit Trainer Höher (47) und Kapitän Güttler (24).

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Testspiel: Grasshoppers Zürich – Argentinien 0:1 (0:0). – Englische Meisterschaft, Nachholspiele: Luton – Bromwich 3:0, Southampton – Oxford 1:1, Watford – Arsenal 3:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 69 Punkte, 2. Liverpool 67, 3. Manchester United 64.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier der Herren in Atlanta, erste Runde: Tschesnokow (UdSSR) – Davis (USA) 6:4, 7:6, Mayotte (USA) – Cash (Australien) 6:4, 6:3, Curren (USA) – Krishnan (Indien) 6:4, 7:6, Gilbert (USA) – Acuna (Chile) 6:4, 6:3, Canter – Schultz (beide USA) 4:6, 7:5, 6:4, Gullikson – Anger (beide USA) 4:6, 7:6, 6:3. – Doppel, erste Runde: Becker/Cash (Deutschland/Australien) – Meister/Teltscher (USA) 7:6, 6:4. – **Internationales Hallen-Turnier** in Köln, erste Runde: Svensson (Schweden) – Jelen (Deutschland) 6:3, 6:2, Zivojunovic (Jugoslawien) – Muster (Österreich) 6:3, 6:2, Eriksson (Schweden) – Ostoja (Jugoslawien) 6:3, 6:4. – Doppel, erste Runde: Klickstein/Mansdorf (Israel) – Aerts/Werner (Brasilien/Schweiz) 5:7, 6:1, 6:2.

RAD

42. Profi-Straßenrennen Paris – Camemberg über 240 km: 1. Andersen (Dänemark) 6:57,00 Std., 2. Fignon gleiche Zeit, 3. Marie, 4. Lemarchand (alle Frankreich), 5. Morjean (Belgien), 6. Chappuis (Frankreich) alle 52 Sek. zur.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 601 028,80, 2: 94 763,90, 3: 7182,90, 4: 128,30, 5: 9,90. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 32 638,80, 2: 846,50, 3: 123,10. – 6 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 656 371,10, 2: 75 054,40, 3: 6234,30, 4: 101,10, 5: 8,10. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 28,60, 2: 6,40. – Rennen B: Klasse 1: 1322,30, 2: 309,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 14 545,80.

(Ohne Gewähr).

Bundesliga

DIE ERGEBNISSE

K'lautern – Mannheim	0:0	:
Stuttgart – Hamburg	1:0	(0:0)
Hannover – Schalke	1:2	(0:1)

DIE TABELLE

1.Bremen	29	19	7	3	76:37	45:13
2.München	29	18	5	6	68:31	41:17
3.M'gladbach	28	13	11	4	58:38	37:19
4.Stuttgart	29	14	6	9	58:39	34:24
5.Leverkusen	28	12	8	8	53:41	32:24
6.Uerdingen	26	13	5	8	44:52	31:21
7.Hamburg	28	13	5	10	43:29	31:25
8.Mannheim	28	10	9	9	37:34	29:27
9.Bochum	28	11	4	13	47:47	26:30
10.Schalke	28	10	6	12	44:45	26:30
11.Köln	26	8	9	11	40:49	25:31
12.Frankfurt	28	6	13	9	30:42	25:31
13.Nürnberg	29	10	5	14	42:44	25:33
14.Dortmund	28	8	7	13	42:54	23:33
15.K'lautern	29	7	9	13	37:45	23:35
16.Düsseldorf	29	8	6	15	43:69	22:36
17.Saarbrücken	28	5	8	15	34:56	18:38
18.Hannover	26	5	5	16	36:83	15:41

Die Torschützen: Hannover – Schalke: 0:1 Täuber (42.), 0:2 Täuber (71.), 1:2 Schaub (80.). – Kleppinger (Schalke) und Fleer (Hannover) wurden wegen groben Foulspiels des Feldes verwiesen (die Platzverweise 25 und 26 in dieser Saison). – Stuttgart – Hamburg: 1:0 Wolff (79.).

DIE VORSCHAU

Morgen, 20.00 Uhr

Bremen – Leverkusen	(2:2)

Samstag, 15.30 Uhr

Saarbrücken – Düsseldorf	(1:0)
Hamburg – Nürnberg	(1:0)
M'gladbach – Dortmund	(3:2)
München – K'lautern	(2:0)
Stuttgart – Frankfurt	(1:1)
Schalke – Bochum	(1:1)
Hannover – Mannheim	(1:5)
Köln – Uerdingen	(2:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

2. Liga: Freiburg – Wattenscheid 2:2, Duisburg – Blau Weiß Berlin 0:4.

Werner Steinbergs Roman „Die Mördergrube"

Eine Untertanenkarriere

Es ist nicht der Roman des Jahres. Es wird nur eine längst überfällige Problematik verhandelt. Aber so war es ja immer schon mit den auf Staatskosten alternden Autoren in der „DDR": Sie trauen sich an heikle Themen erst heran, wenn Freund Hein gesichtet wurde. Bei Werner Steinberg ist diese Verspätung schade. Erstens beweist er, daß er über diese Problematik, die er realistisch ausbreitet, seit langem Bescheid wußte; zweitens ahnt man, daß er den Fortsetzungsroman, die Jahre nach 1969 also, kaum noch wird schreiben wollen. Andere, jünger als er, haben es schon getan. Und die Brisanz ihrer Themen dürfte das übertreffen, was Steinberg, der Zuschauer, anzubieten hätte.

Karl-Heinz Trojandt (eine der beiden Roman-Hauptfiguren, die andere ist sein Sohn Ulrich) wächst in den 20er Jahren in dörflicher Umgebung



deutschnational auf. Schon früh gehört er zu denjenigen, deren Unterschrift man den Drang nicht ansieht, Überschrift werden zu wollen. Um das zu erreichen, muß man „auf das richtige Pferd setzen". Vorsichtig sympathisiert er nach außen hin mit den Nazis, ohne den Kontakt zu anderen politischen Richtungen aufzugeben. Es könnte ja einmal anders kommen. Vorläufig jedoch wünscht er dem Führer den Sieg. Wegen der verkrüppelten Hand ist kein Einberufungsbefehl zu erwarten. Je mehr Männer um ihn her verschwinden, desto wichtiger wird Trojandt. Das Sägewerk, in dem er arbeitet, ist „kriegswichtig". Sohn Ulrich wird zurechtgebogen, Frau Erika hat nichts zu sagen. Lediglich die Feindsender, heimlich gehört, machen Angst. Die ersten Bomben fallen in der Nähe. Ob Hitler etwa den Krieg verliert? Dann muß ein besserer Gaul her, denkt Trojandt, und beginnt aufgeregt zu suchen. Er findet ihn: die KPD.

Nach dem Krieg tritt er sofort der Partei bei, avanciert zum Leiter des Sägewerks. Ulrich beginnt zu schreiben, ist in der FDJ, wird ein – der Vater will es so – „DDR"-Musterschüler. Allmählich aber begehrt er auf, lernt Menschen kennen, vor allem Schriftsteller und Maler, die ihm ganz andere Erfahrungen vermitteln. Sein Schreiben, vom Vater beargwöhnt, wird zunehmend kritischer, stößt auf Ablehnung. Trotzdem arbeitet Ulrich weiter, wehrt sich. Seine Erzählungen werden nach dem elften Plenum der Partei endgültig abgelehnt, doch eine bekannte Lektorin bietet ihm an, eine Anthologie herauszugeben, die zum zwanzigsten Jahrestag der „DDR" erscheinen soll. Ulrich spürt, daß man ihm eine letzte Chance bietet. Den „Buchhandels-Dackel" hat er satt. Er nimmt an. Der ehemals Aufmüpfige hat sich gedreht und den Weg gefunden, den man gehen muß, will man Karriere machen. Freunde wenden sich ab von ihm. Dafür versöhnt er sich mit seinem Vater. Der verlorene Sohn ist wieder vollwertiges Mitglied der Familie. Man braucht sich seiner nicht mehr zu schämen. Während einer Schriftstellertagung wird Ulrich als „unser Kollege Trojandt aus Trostburg" bezeichnet. Gleichzeitig werden die „Ansichten der Bieler, Heym und Biermann" zurückgewiesen. „Gerichtstag", sagt einer.

Als er zu Hause von den Erfolgen berichtet, fallen die leeren Worthülsen sehr gekonnt aus seinem Mund. Die Anthologie ist durch die „Diskussion" gekommen. Der Verlag fragt an, ob er neue Manuskripte hätte. Eilig sucht Ulrich in seinen Schubladen und findet, wer hätte das gedacht, Skizzen eines kürzlich verstorbenen Autors, die er bedenkenlos und ohne Skrupel abschickt. Obendrein erhält er einen Vertrag über eine Reportage, wird zur Leipziger Buchmesse eingeladen und kommt mit einem Stipendium wieder zurück. Der Kulturminister lobt die Anthologie. Mit Uwe, dem folgsamen Sohn, feiert der jetzt unaufhaltsame Untertan in einer Konditorei den eigenen Aufstieg.

Diese Trojandts, Opportunisten reinsten Wassers, kommen überall zurecht, egal wo sie sich befinden: ob nun im Faschismus oder im real-existierenden Sozialismus. Es ist sicher nicht nur eine Krankheit in und aus deutschen Landen, aber literarisch ist sie bei uns recht früh aufgetaucht.

JÜRGEN K. HULTENREICH

Werner Steinberg: „Die Mördergrube", Roman, Hoffmann und Campe, 416 S., 38 Mark



Nur dem Präsidenten rechenschaftspflichtig: Der Superagent des Pentagon Remo Williams (Fred Ward, rechts) und sein asiatischer Kampfsportlehrer Chiun (Joel Grey) FOTO: DIE WELT

Kletterpartien auf Miß Liberty: Guy Hamiltons Agententhriller „Remo"

Amerikanischer Rivale für James Bond

Oft hat er in letzter Sekunde die Löcher des westlichen Sicherheitsnetzes geflickt. Doch inzwischen nähert sich der herzensbrechende Agent ihrer Majestät bedrohlich der Pensionsgrenze. Während James Bond internationalen Finsterlingen nur noch mit raketenwerfenden Kugelschreibern und ähnlichem technischen Schnickschnack Paroli bietet, kauert sein durchtrainierter Konkurrent schon in den Startlöchern. Allerdings weiß er noch nichts von seinem Glück. Gerade erholt sich der wackere Polizeibeamte Ed Makin von einer wüsten Prügelei in den Docks von New York, als ihn die eiserne Schaufel einer Planierraupe ins kalte Hafenwasser drückt. Und als Makin in einem Krankenzimmer wieder zu sich kommt, haben sich nicht nur sein Gesicht, sondern auch sein Name verändert.

Remo Williams heißt er fortan und ist dank dieser gewalttätigen Rekrutierung eines von drei Mitgliedern des Geheimdienstes „Cure". Nur dem Präsidenten schuldet diese wohltätige Organisation bei der Bekämpfung tückischer Staatsfeinde Rechenschaft. Bevor Remo freilich dem Pentagon unter Lebensgefahr Schimpf und Schande erspart, muß er durch die harte Schule des koreanischen Kampfsportgenies Chiun. Ein scheinbar zerbrechliches, vieldeutig lächelndes Männchen, das Kugeln mit lässiger Nonchalance ausweicht und im Notfall sogar übers Wasser läuft.

Diese Ausbildung ist das geschliffene Kernstück eines Films, den Spannungsspezialist Guy Hamilton („Goldfinger") geschickt vor den Platitüden gängiger Agententhriller rettet. Denn mit Remo und Chiun prallen amerikanische und asiatische Lebensart, Reis und Hamburger, Temperament und Besonnenheit komisch aufeinander. Daß der Meister dem Schüler dabei überlegen bleibt, liegt vor allem an Joel Grey, der einst die dekadenten Sensationen in „Cabaret" anpries.

Hier wird sein Gesicht zwar unter einer schlitzäugigen Maske versteckt, doch diesem Schauspieler gelingt dennoch mit ebenso sparsamer wie nuancenreicher Körpersprache das Portrait eines liebenswerten Sonderlings. Und wenn ausgerechnet der fernöstliche Asket um die Reißbretthelden einer amerikanischen Fernsehseifenoper bangt, zeigt er trotz seiner aristokratischen Bürde plötzlich ganz banale Schwächen.

Solche präzis ausgepinselten Charaktere sind freilich nur ein Trumpf des Films. Abgedroschene Action-Klischees überläßt Hamilton minderbegabten Kollegen. Er beschleunigt den Puls seines Publikums mit schwankenden Balanceakten auf der Freiheitsstatue oder Kletterpartien auf dem höchsten Riesenrad der Welt. Da auch die lakonischen Dialoge den snobistischen Humor von „007" weit hinter sich lassen, kann selbst die allzu pathetisch schmetternde Musik kaum verhindern, daß hier Nerven und Zwerchfell gleichermaßen gekonnt gekitzelt werden.

Außerdem dürfte Titeldarsteller Fred Ward, ein augenzwinkernder Macho mit Grips und Muskeln, dem pomadigen Bond-Mimen Roger Moore einen gehörigen Schreck einjagen. Denn immerhin umfaßt die Liste der Romane um den kernig-kessen Remo nicht weniger als zweiundsechzig Titel.

HARTMUT WILMES

Heidelberg zeigt Walter Haupts „Marat"-Oper

Die singende Mörderin

Die Theater scheinen sich nicht um die „Marat"-Oper des Walter Haupt zu reißen. Seine musikalische Digest-Fassung von Peter Weiss' „Verfolgung und Ermordung des Jean-Paul Marat, dargestellt durch die Schauspieltruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade" erlebte nach der Kasseler Uraufführung von 1984 jetzt in Heidelberg die erste Wiederholung. Auch in der Oper proben Irre und Exzentriker, mit dem Marquid de Sade als Texter und Regisseur (er war auf Befehl Napoleons 13 Jahre lang, bis zu seinem Tod 1914, in Charenton festgehalten worden), extreme Möglichkeiten des theatralischen Ausdrucks. Die äußere und innere Bedrohung, das Trauma von Isoliertsein, von geistiger und körperlicher Ausschweifung werden dabei bis in die Gegenwart hinein weitergetrieben.

Doch Peter Weiss' Konzept von der radikalen Schlüssigkeit geht im Musikalischen nicht immer auf. Allzu häufig verfängt sich Walter Haupt schon im Vorfeld untermalender Schauspielmusik, und das, obwohl er seine elektronischen Hilfsmittel ebenso souverän beherrscht wie die Finessen simultaner Klangerzeugung. Die Geräuschkulissen aus ständig wiederholten Ostinato-Figuren, derben Leserausfällen und nervösen Lyrismen treffen nur stellenweise den Nervus rerum der Vorlage. Und über die pausenlose Distanz von mehr als zwei Stunden wirkt die Musik dann doch monoton und einfallsarm. Dramatische Wucht haben einzig die Massenszenen. Aber: Walter Haupt kann oder will nicht für Sänger schreiben. Eigentlich nur der Charlotte Corday, der schlafwandelnden Mörderin des Marat – Lucja Wierzbiuska –, gönnt er einigermaßen dankbare und anspruchsvolle Gesangsaufgaben, besonders in den „Salome"- und „Wozzeck"-nahen Episoden mit ihrem sexbesessenen Verfolger Duperret (Guy Renard). Ansonsten garantieren schrille Dissonanzen, der recht pauschal charakterisierende Sprechgesang und, gegen Ende, die verdächtige Apotheose Marats nur Langeweile. Das mochten selbst so versierte Akteure wie Johan-René Schmidt in der Titelrolle und Albert van Haasteren als Marquis de Sade nicht völlig zu kaschieren.

Natürlich war Walter Haupt am Pult des tüchtigen Heidelberger Orchesters ein kompetenter Anwalt seiner selbst. Und es wurde erstaunlich gut gespielt. Regisseur Michael Wedekind, der die körperlichen und geistigen Verirrungen, Hysterie, Massenwahn und Denaturierung mit beklemmender Eindringlichkeit in Szene setzte und quer durch die Zeiten trieb, dabei freilich das kleine Theater förmlich auf den Kopf stellte, versuchte die schon arg ramponierte Modernität des Peter Weiss durch aktuelle Ideenzufuhr wieder aufzurichten. Doch der redliche Vorsatz vermochte nicht die Ausnahme von der Regel aus der Welt zu schaffen: Daß dieser „Marat" nicht in erster Linie durch die Musik, sondern vor allem durch die szenische Polyphonie der Textvorlage diskutabel bleibt.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Internationale Grenzlandfilmtage finden in Selb von heute an bis zum 6. April zum 9. Mal statt.

„Design und Humanisierung für die Informationsverarbeitung" heißt eine Ausstellung des Berliner Design Zentrums, die bis zum 19. April im Haus Industrieform Essen zu sehen ist.

Süddeutsche Druckgraphik des 19. und 20. Jahrhunderts aus der Sammlung Lütze zeigt die Städtische Galerie Albstadt bis 27. April (Katalog 20 Mark).

„Zürcher Geld – 950 Jahre zürcher Münzprägung" heißt eine Ausstellung des Münzkabinetts der Stadt Winterthur, die bis zum 27. April im Historischen Museum in Basel zu sehen ist.

Lionel Hampton 1986 heißt die Tournee, die den Vibraphonisten vom 19. Mai bis 7. Juni durch die Bundesrepublik, die Schweiz, Österreich und Frankreich führt.

Der Internationale Experimentalfilm Workshop findet vom 29. Mai bis 1. Juni zum 6. Mal in Osnabrück statt.

Brigitte Weisshaupt und nicht, wie in der gestrigen Ausgabe der WELT irrtümlich gemeldet, Kurt Weisshaupt, hielt auf dem Züricher Hegel-Kongreß das Referat über die Klugheit.

Claude Brasseur, wie seine Vorfahren Schauspieler

Jedermann in der Sahara

An einen Helden denkt man kaum, wenn man ihn sieht. Er ist klein, untersetzt und stämmig, sein runder Schädel läßt ihn dicker wirken als er ist. Seine beginnende Glatze und eine Warze an der Nase tragen auch nicht zum guten Aussehen eines Filmhelden bei. Trotzdem zählt Claude Brasseur (49) zu den Stars des französischen Films. Seit 30 Jahren steht er im Rampenlicht. In mehr als 70 Filmen stellt er meist einen französischen „Herrn Jedermann" dar: Nicht schön, aber charmant. Männlich, aber nicht macho. Populär, nicht vulgär. Auf jeden Fall ist er ganz anders, als sein berühmter Vater Pierre („Die Kinder des Olymp").

„Mein Vater schlüpfte gern in die Rollen außergewöhnlicher Persönlichkeiten, die banale Probleme hatten. Ich spiele gern gewöhnliche Menschen und versuche herauszufinden, was an ihnen einzigartig ist", sagt Claude Brasseur. Nach seinem Vater (1905–1972) drehten sich die Leute auf der Straße um. Den Sohn muß man in

Die Handlanger – ZDF, 22.50 Uhr

jedem Film neu entdecken. Selbst seine Mutter, die Schauspielerin Odette Joyeux, meint: „Niemand begreift ihn. Es ist, als wolle er hinter seiner Leutseligkeit ein Geheimnis verbergen."

Schauspieler wurde Claude, weil sein Vater Schauspieler war. „Wäre er Bäcker gewesen, wäre ich Bäcker geworden", sagt Claude mit einer an den Vater erinnernden Baßstimme. Tatsächlich gibt es in der Familie Brasseur seit 1820 viele Schauspieler. Claudes Großmutter, Germaine Brasseur, war eine junge Bühnenheldin, die es wagte, im Nachthemd aufzutreten. Pierre behauptete gar, er sei in einer Loge des Pariser Sarah-Bernhardt-Theaters gezeugt worden. „Als ich 50 Jahre später im Sarah-Bernhardt-Theater auftrat, ging ich zuerst in die Loge Nr 14. Ein Parfüm stürmischer Liebe lag noch in der Luft", erzählte Pierre Brasseur.

Claude verehrt seinen Vater. Doch er war als junger Mann zu schüchtern, in dessen Fußstapfen zu treten. So versuchte er sich als Fotograf bei der Illustrierten „Paris Match". Eines Tages fotografierte er die Pariser Theaterdirektorin Elvire Popesco. Sie sagte: „Du bist der Sohn deines Vaters. Du hast nicht das Recht, bei einer Zeitung zu arbeiten. Ich engagiere dich als Schauspieler!" Das war 1954.

Claude spielte drei kleine Rollen in einem Stück von Pagnol. Später folgte er dem Rat des Vaters und besuchte eine Schauspielschule. Dort traf er Jean-Paul Belmondo. „Der Professor setzte Belmondo und mich auf die hintersten Plätze und lästerte vor allen: „Schaut sie an, wie häßlich sie sind!" erinnert sich Brasseur junior. „Wir haben vor Wut geheult, wenn wir wegen unserer Visagen aus den Filmstudios gejagt wurden." Doch zwei Jahre später erhielt Claude von Marcel Carne seine erste Filmrolle. Belmondo war in den ersten Jahren seiner Karriere sein stärkster Konkurrent. Papa Pierre beobachtete die Freunde und Rivalen und meinte: „Es gibt keine großen Schauspieler, es gibt nur große Rollen."

Seine ersten großen Rollen spielte



Claude Brasseur spielt heute einen Mann, dessen Familie von einer Gewalttat betroffen wird. FOTO: TB

Claude Brasseur in dem Jean-Luc-Godard-Film „Bande a part" und in der Fernsehserie „Don Juan" nach Moliere unter der Regie von Bluwal. Später spielte er jahrelang Theater mit Roger Planchon in Lyon. Godard, Planchon und Bluwal sind seine Lehrmeister. „Bei Godard habe ich die Kunst des Improvisierens und alle Möglichkeiten des Kinos gelernt. Die Theaterarbeit mit Planchon war professionelle Gymnastik. Der Fernseharbeit mit Bluwal habe ich meine Popularität zu verdanken", meint er.

Privat führt Claude Brasseur das Leben eines „normalen" französischen Bürgers in seinem Landhaus vor den Toren von Paris. Dort hilft er seiner Frau Michele, einer Mode-Stylistin, beim Gärtnern oder Einwecken. „Nichts ist kleinbürgerlicher als das Leben eines Künstlers", behauptet er. Claude Brasseur hat aber eine Leidenschaft, den Sport. Viermal nahm er als Co-Pilot von Jacky Ickx an der Sahara-Rallye Paris–Dakar teil. Einmal gewann das Team. Auf das Wüstenabenteuer bereitet er sich mit Dauerlaufen, Schwimmen, Fußball, Radfahren und Skilaufen vor. An manchem Abend erklärt er seinem 15jährigen Sohn Alexandre den Sternenhimmel und erzählt ihm von seinen Afrika-Abenteuern. Wenn man Alexandre Brasseur fragt, was er einmal werden möchte, dann antwortet er: „Schauspieler."

CONSTANCE KNITTER

STUDIO

Eine knappe Mehrheit der Franzosen befürwortet **einen fernsehfreien** Tag in der Woche. Das ergab eine *Meinungsumfrage des Magazins* „Telerama". 51 Prozent halten es demnach für sinnvoll, auf diese Weise die Abhängigkeit vom Fernsehen zu bekämpfen. Mehr als ein Drittel der Befragten gab an, aufs Fernsehen „immer" verzichten zu können; 11 Prozent sagten, sie seien „unfähig", auch nur einen Tag lang ohne TV auszukommen. Durchschnittlich schauen die Franzosen drei Stunden lang täglich auf den Bildschirm. (rtr)

*

ARD und ZDF wollen in den Jahren 1987 und 1988 rund 42 Millionen Mark für die Filmförderung bereitstellen (in den drei Jahren 1984 bis 1986 waren es 45 Millionen). Das vereinbarten die öffentlich-rechtlichen Sender und die Filmwirtschaft. In den nächsten beiden Jahren leisten die Anstalten davon einen Betrag von 16 Millionen an die Filmförderungsanstalt. Knapp die Hälfte dieser Summe soll Filmen zugute kommen, für die ARD und ZDF drei Jahre nach der Erstaufführung ein Vorkaufsrecht haben.

ZDF-Intendant Stolte wies darauf hin, daß in den vergangenen Monaten gerade die deutschen Filme im Kino am erfolgreichsten gewesen seien, die auf Fernseherfolgen bestimmter Stars aufbauten, zum Beispiel „Otto" oder der Schimanski-Film. WDR-Intendant Nowottny sprach von der Bereitschaft der Anstalten, zur Erhaltung des Kinos beizutragen. (dpa)

KRITIK

Unser Mann in Paris

Den „Schieler" hat er nicht mehr beendet; Werner Loth, der rätselhafte Regisseur. Während der Dreharbeiten verschwand er.

So umwittert den Schöpfer solcher Delikatessen wie „Nasse Männer kommen an Land" oder „Der rote Hahn" ein Geheimnis, wie Peter Gehring in **Der Platzanweiser** (am Dienstag in der ARD) gezeigt hat. Das „Portrait eines verschollenen Filmemachers" zeigte einen Loth der Widersprüchlichkeiten, einen filmbesessenen Introvertierten, vor dem in Gehrings Bestandsaufnahme Freunde den Hut zogen: Schamoni vermißte Loths Humor; Lilienthal erinnerte an den zwischen innerer Emigration und Geborgenheitssehnsucht gespaltenen Loth; Achternbusch wies auf seine „Philosophie des Allgemeinplatzes" hin. Filmleute wie Houwer, Patalas, Hembus und Senft, die Cutterin Heide Geneé und die Malerin Hanna Axmann-Rezzori ließen nach Jahren einen Loth wiedererstehen, der, so „ungreifbar" er auch sein mag, die Entwicklung des deutschen Films offenbar entscheidend prägte.

Daß Loth, wie Gerüchte besagen, in Paris als Kino-Platzanweiser arbeitet, mag aber kaum einer glauben; auch nicht, daß er sein Dasein als „lonesome cowboy" in Neu Mexiko fristet. So ließ Gehrings Würdigung Fragen offen, die wichtigste sei hier beantwortet: Loth war ein April-Phantom. Leider.

A. SCHMITZ

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal
11.15 Nach Lehre arbeitslos?
11.45 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Zirkus von morgen
Nachwuchswettbewerb in Paris
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
9. Teil: Die Schatzsuche
17.10 Fußballschule
5. Teil: Angriffsspiel
Pierre Littbarski und zwei Jugendmannschaften demonstrieren die Grundlagen.
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Marco Polos Erben
Bericht von Bernd Dost
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner
Buch: Peter Bradatsch und Wolfgang Mühlbauer
Freundin gesucht
Vierzig Detektive später
Brieffreundschaft
Flitterwochen erster Klasse
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: Kinohits auf Video
Trottas Film über Rosa Luxemburg
Museumsdirektor Schmalenbach in Düsseldorf
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Peggy hat Angst
Kriminalfilm von Norbert Ehry
Peggy Karoly wurde am Telefon Zeuge des Mordes an ihrer Freundin Natascha. *Die Polizei* ist aber skeptisch: Wo ist denn bitte die Leiche?
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken
Mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Daten-Schatten
7. Folge: Die neue Sprache
Von Günter Koch und John Favaro
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Die Regatta
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
2. Teil: Stock und Hut steh'n ihm gut
Nach der Bundeswehr wird Jan Matthiessen sicher ein guter Ehemann und ein verantwortungsvoller Handwerker. Das hofften jedenfalls Braut und Vater ...
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Kommenden Montag ist „Weltgesundheitstag". Zum Motto „Lebe gesünder – es lohnt sich" stellt Hans Mohl eine Aufklärungs-Übersicht zusammen. Günter Ederer informiert aus Tokio über dortige Anregungen. Außerdem: wie man Kinder auf Arztbesuch und Krankenhaus vorbereiten kann
21.45 heute-journal
22.05 Zu spät für Reformen?
Berichte aus Südafrika
22.50 Die Handlanger
Fmazösischer Spielfilm (1982)
Mit Claude Brasseur, Veronique Cenest, *Thierry Lhermitte u. a.*
Regie: Serge Leroy
0.20 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Ferien des Herrn Hulot
Französischer Spielfilm (1953)
21.40 Die Schule der Briefträger
Französischer Kurzfilm (1953)
21.55 Nutzung statt Abriß
22.25 Das verlorene Gesicht
Eine Reise mit Erich Kästner
23.45 Leverkusener Jazztage '85
0.30 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Treff am Osdorfer Born
19.15 Gefiederte Lebenskünstler
20.00 Tagesschau
20.15 Der rosarote Panther wird gejagt
Englischer Spielfilm (1982)
Mit Peter Sellers u. a.
21.50 Kultur aktuell
22.40 Frauen
Geliebt, gelobt, geduldet
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Spaß, Spiel und Herzklopfen
18.15 Der Junge und das Känguruh
18.30 Hessen Drei heute
18.35 Kröten, Molche, Wasserspinnen
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Maciste, der Sohn des Herkules
Italienischer Spielfilm (1961)
21.35 Drei aktuell
21.50 Kulturkalender
22.20 Halluzinationen? (2)

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Geschichte vom guten alten Herrn und dem schönen Mädchen
21.15 Sport
Nur für Baden-Württemberg:
22.00 zu Gast
Boat People in neuer Heimat
22.45 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.00 Schulausflug nach Berlin
22.45 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
22.00 Der Saargau (1)
22.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der Fall Deruga
Deutscher Spielfilm (1938)
22.40 Z. E. N.
22.45 Stationen
21.30 Rundschau
21.45 München
1900–1950
Schicksal einer deutschen Großstadt
Anschl. Diskussion
Übertragung aus dem Gasteig
0.25 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Ich bin kein Feigling
15.30 Lassie
Stallgefährten
16.00 Musicbox
17.00 Kicker-Stammtisch
Sportdiskussion live
18.00 Boomer, der Streuner
Molly, die Ausreißerin
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 BRAVO TV
Das Jugendmagazin
19.45 Wie herrlich, jung zu sein
Englischer Spielfilm (1956)
Mit John Mills, Cecil Parker u. a.
Regie: Cyrill Frankel
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste,
Sport, Quiz, Wetter
22.15 Konzert in SAT
In dieser Folge werden Musiker, Komponisten und deren Musik vorgestellt – dazu ihre Stadt
22.45 High Chaparral
Wenn Big John sich einen Frack kauft
23.30 APF blick
Nachrichten



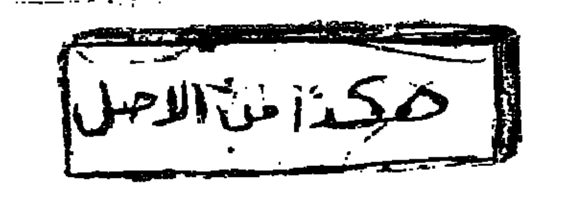
19.00 Nachbar Europa
ARD-Ratgeber: Essen und Trinken
19.45 Europa – Deine Weine
1. Burgund
20.00 Tagesschau
20.15 Graf Yoster gibt sich die Ehre
21.05 ... und abends zu EINS PLUS
Riccardo Chailly dirigiert das Radio-Symphonie-Orchester Berlin
22.40 Begegnung
Englischer Spielfilm (1945)
Mit Trevor Howard u. a.
Regie: David Lean
0.05 Nachrichten zum Sendeschluß

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Ein tödlicher Preis
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Harry und Tonto
Amerikanischer Spielfilm (1974)
23.40 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Django tötet leise
Italienischer Spielfilm (1967)
22.13 RTL-Spiel
22.20 Blick in die Welt
22.32 Neu im Kino
22.52 Wetter / Horoskop / Betthupferl



Sprache, die sich geniert

H. B. – Ehedem sprach man, ohne sich eine Verzierung abzubrechen, von einem Greis und, wenn es hochkam, von einem würdigen Greis. Den gibt es nicht mehr. Die Würde wurde von einem Klassenbegriff verschluckt, der betagte Menschen als das „dritte Alter" pauschaliert. Von einigen, die sich als Rocker phonstark hervortun, heißt es in den Kultursendungen von Funk und Fernsehen beschwichtigend, sie hätten „schon mal" ein paar Monate gesessen. Wer wird ihnen schon die nackte Wahrheit antun, daß sie vorbestraft sind?

In der Konferenzsprache der Diplomaten heißt es mitunter, Fragen seien in der „richtigen Richtung" beantwortet und Beschlüsse in der „richtigen Richtung" gefaßt worden. Kein Wort davon, daß man sich wieder einmal nicht einigen konnte und daher in faule Kompromisse geflüchtet hat. Hier nur noch von Euphemismus zu sprechen, wäre allzu euphemistisch.

Euphemismen sind nach dem Brockhaus Umschreibungen, die unliebsame Tatsachen beschönigen. Daraus ist heute eine insgesamt verunsicherte Sprache entstanden, deren Umschreibungen nach Sperrholz schmecken. Es ist eine Sprache der atrophierten Muskeln, ihres Inhaltes entleert und ihres Sinnes entkleidet, die besonders im Bereich von Politik und Information zu Ungenauigkeit, ja geradezu zu Unaufrichtigkeit erzieht.

Wo sie vorgibt, höflich zu sein, vertuscht sie Unerfreuliches. Dem Publikum, dessen Intelligenz so gering eingeschätzt wird, bleibt ein Geschmack von Kunstmasse auf der Zunge. Nicht das Verschleiernde, das Transparente, das nichts verbirgt, macht die Noblesse einer Sprache aus. Sie ist überzeugend, wenn sie sich nicht geniert.

O'Casey-Stück in Köln

Groteske um einen Gottesmann

Natürlich sind die Iren für einen Deutschen kaum zu begreifen. Natürlich ist der Dramatiker Sean O'Casey selbst für irische Verhältnisse ein ausgemachter Querkopf. Und natürlich ist sein Stück „Das Freudenfeuer für den Bischof", ein Spätwerk aus dem Jahr 1955, ein besonders vertracktes Teufelswerk aus Schnaps und Lyrik, aus Kauzigkeit und Sensibilität, aus Ketzertum und Bigotterie.

In Köln engagierte man sich dafür einen Regisseur aus Ost-Berlin, der eigentlich aus Bielefeld stammt, nun aber schon an die 25 Jahr' lieber ostwärts seinen ideologischen Überzeugungen huldigt: Rolf Winkelgrund. Und seinem gleichfalls deutsch-deutsch importierten Bühnenbildner Jürgen Heidenreich traute man wohl zu, der irischen Seele am ehesten auf den Grund zu kommen. Vielleicht hatte man in der Kölner Dramaturgie gelesen, daß O'Casey Kommunist war und seine Stücke sozialkritisch seien.

Aber mit irischen Kommunisten ist das so eine Sache. O'Casey (1880 bis 1964) war immer am unnachsichtigsten mit dem, was er eigentlich liebte. So ist das auch im „Freudenfeuer für den Bischof": Der angesagte Besuch des Kirchenfürsten treibt die Kleinstadt Ballyoonagh in eine Geschäftigkeit hinein, in der sich die Charaktere schärfer, tragischer, komischer, banaler, absurder zeigen als unter den verdeckenden Läufen des Alltags. Das treibt auch die Beziehungen zueinander in kritische Situationen.

Das Stück kreist auf groteske Weise um die Schwierigkeit, ja, Unmöglichkeit, Mensch zu sein. Aber die Unmöglichkeit liegt eben nicht nur in den „Verhältnissen", sondern auch in den Menschen selber. Sie sind faul und poetisch, dumm und liebenswert, sie saufen lieber einen im Gebüsch, als daß sie etwas verändern. Das Tragische schlägt dauernd gegen das Komische; und das Geräusch, das so entsteht, ist eine traurige Daseinsmelodie im Takt der Polka.

Nicht so in Köln. Rolf Winkelgrund muß selbstverständlich den Reichen (Jürg Löw) zu einer miesen, dämlichen Karikatur denaturieren, die so herumchargiert, daß man sich bei einem Amateurtheater wähnt. Der Pfarrer (Hans-Joachim Krietsch) ist nur eine verlogene Hilfskraft des Geldadels. Die Arbeiter (Peter Siegenthaler und Helmut Grieser) sind gramgebeugt und steifbeinig. Und Erotik ist, wenn Marion Reuter als Tochter Keelin das Röckchen hebt.

Ein einziger zeigt, wie O'Casey zu spielen wäre: Walter Stickan als greiser Saufaus Codger, dessen Trauer so tief im Bauch sitzt, daß der Whisky sie dort zu erreichen vermag. Da dies aber die Ausnahme blieb, fiel um so mehr auf, wie banal und klischeetrunken der Rest war. In Köln ist man diesmal nicht nur gestolpert, sondern glatt auf den Bauch gefallen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nächste Vorstellungen: 7. und 8. April, Karteninformationen Tel. 0221/21 26 51.



„Bildhauerei ist eine Kunst für den freien Raum": Gruppe von fünf Figuren von Eugène Dodeigne im Yorkshire Sculpture Park — FOTO: DIE WELT

Henry Moore hatte zuerst die Idee: Der Yorkshire Sculpture Park, Großbritanniens ungewöhnliches Freiluftmuseum für Plastiken

Nur hier unter alten Bäumen ist die Familie vereint

Es mag überraschen, daß in Großbritannien mit seiner Begeisterung für Landschaften, seinen zahlreichen Beispielen gelungener Parkanlagen und Landsitze erst verhältnismäßig spät die Idee eines Skulpturenparkes realisiert wurde. Henry Moore, wohl der bekannteste und auch beliebteste britische Bildhauer, hat einmal geschrieben: „Bildhauerei ist eine Kunst für den freien Raum. Tageslicht und Sonnenschein sind dafür unverzichtbar. Und für mich ist die Natur der beste Rahmen, die beste Ergänzung."

Die Idee eines Skulpturenparks in Großbritannien ist nicht neu, sie geht mindestens auf das Jahr 1948 zurück, auf die Holland und Battersea Park-Ausstellungen des London County Council. Diese frühen Versuche wurden mit gewaltigem Optimismus begrüßt, und 170 000 Besucher ließen die mögliche Popularität eines solchen Parks erahnen. Dennoch gab es lange keine konkreten Pläne aus dem Provisorium eine ständige Einrichtung zu machen.

Erst 1977 war es so weit. Im Anschluß an eine der größten Freiluft-Ausstellungen zeitgenössischer Skulpturen im Lodoner Battersea Park wurde 24. September der Yorkshire Sculpture Park, der erste ständige Skulpturenpark in Großbritannien, eröffnet. Bereits nach kurzer Zeit gewann dieser Park großes nationales Ansehen, erregte auch international Interesse und beeinflußte andere Projekte in Großbritannien. Heute gilt er als eines der ehrgeizigsten und anregendsten Kunstprojekte und findet großen Zuspruch beim Publikum.

Der Yorkshire Sculpture Park liegt in Bretton Hall bei Wakefield in einer überwältigenden Umgebung. Bretton Hall ist ein Herenhaus im Palladio-Stil, umgeben von einer 105 Hektar großen, außerordentlich schönen Parklandschaft, die in der Tradition des großen englischen Gartenarchitekten, Capability Brown, entworfen und angelegt ist. Das Gelände wurde zum einen mit majestätischen Bäumen bepflanzt, die kunstvoll gestaltete Ausblicke auf des entfernte Ackerland und die weite Landschaft um zwei Seen öffnen. Zum anderen erstreckt sich vor dem Haus ein Garten mit prächtigem Rasen, Zierteichen und einer langen Terrasse mit eleganten Balustraden, Urnen, riesigen Rhododendronbüschen und Beispielen der Bildhauerkunst des 18. und 19. Jahrhunderts.

Der Gegensatz zwischen den bewaldeten Teilen, den künstlichen Hügeln und Seen, der weiten Parklandschaft und der ruhigen Geräumigkeit der kunstvoll angelegten Gärten bieten einen beneidenswerten Hintergrund für Skulpturen verschiedenster Stile und Größen. Und auch das Herrenhaus selbst ist wegen seiner großartigen Decken- und Wandmalereien sehenswert.

Der Yorkshire Sculpture Park, der sich um das Herrenhaus erstreckt, wurde von Anfang an als eine Freiluft-Kunstgalerie mit wechselnden jährlichen Ausstellungen konzipiert. Dazu kommen der Aufbau einer ständigen Sammlung und die Aufstellung von Leihgaben über eine begrenzte Zeit. Forschungs- und kurzfristige Arbeitsstipendien erlauben es außerdem einer Zahl von Künstlern, im Park selbst zu arbeiten.

Das Ausstellungsprogramm versucht, in gleichem Maße junge Künstler zu fördern und bereits etablierte auszustellen. So hatten hier beispielsweise George Rickey 1982, Elizabeth Frink 1983 ihre erste große Freiluft-Ausstellung in Großbritannien.

Selbstverständlich werden im Yorkshire Park nicht nur britische Künstler gezeigt. Vor der Rickey-Ausstellung waren die aufregend exzentrischen Steinskulpturen des Dänen Jorgen Haugen Sørensen den Arbeiten des Amerikaners Walter Dusenbery gegenübergestellt worden und letzthin konnten hier die gewaltigen und ausdrucksstarken Granit-Skulpturen des großen Franzosen Eugène Dodeigne gezeigt werden.

Kunstkritiker und Gast-Kustoden werden gelegentlich zur Auswahl der Werke eingeladen. 1983 tat sich Edward Lucie Smith mit dem britischen Bildhauer Glynn Williams zusammen, um „Statuen im Garten" zusammenzustellen. Diese Ausstellung bestätigte das wiedererwachende Interesse an der Statue und stellte jüngere Künstler wie Richard Lawrence und Hilary Cartmel neben Ralph Brown vor, der bereits eine lange und glänzende Karriere als figurativer Künstler vorzuweisen hat. Die ständige Sammlung umfaßt inzwischen Arbeiten von John Maine, David Nash, Richard Long, Philip King, Elizabeth Frink, Anthony Caro, Tim Scott, Walter Dusenbery, Richard Serra, Michael Lyons, Austin Wright und vielen anderen.

Man hat Yorkshire früher die Wiege der zeitgenössischen Skulptur und zweier der bedeutendsten Bildhauer genannt – Barbara Hepworth und Henry Moore wurden beide im Umkreis von zwölf Kilometern vom Yorkshire Sculpture Park geboren. Henry Moore ist ein Förderer des Parks, und seine großartige Skulptur „Knife Edge" steht am Eingang zum Park, eine Ehrenbezeigung für seine große Leistung.

Barbara Hepworth wurde in Wakefield geboren und erzogen. Sie schrieb 1966: „Viele von uns arbeiten sehr hart daran, einen wirklich guten Skulpturenpark in England einzurichten, und ich hoffe, daß wir Erfolg haben werden." Die große pièce de résistance der Sammlung ist Hepworths „Family of Man". Die Gruppe besteht aus neun Figuren, die alle am Hang vor der großartigen Yorkshire-Landschaft aufgestellt sind. Es ist der einzige Platz in Europa, wo die vollständige Gruppe besichtigt werden kann, und sie steht dort als eine grandiose und beständige Erinnerung an eine der wichtigsten britischen Künstlerinnnen.

Das bis heute wohl ehrgeizigste Projekt war das Internationale Bildhauer-Symposion im September 1983, das erste Ereignis dieser Art in Großbritannien. Die Teilnehmer kamen aus ganz Großbritannien, aus Holland, Kanada, Dänemark, Norwegen, Japan, Indien, den USA, Australien und Neuseeland. Unter den Mitarbeitern waren George Rickey, David Nash, Arnoldo Pomodora und Anthony Caro. An einer parallel laufenden Freiluft-Ausstellung nahmen 70 Bildhauer teil; 14 arbeiteten vor Ort.

Skulpturen unter freiem Himmel zu betrachten, kann eine erregende Erfahrung sein. Man darf jedoch die technischen und ästhetischen Probleme bei der Konzeption von Skulpturen für die Landschaft nicht unterschätzen. Es erfordert größte Überlegung, um die Ruhe und die Ausgewogenheit zu erreichen, die das Publikum dann fasziniert.

Bryan Robertson hat das Ideal, das wir anstreben, 1979 so beschrieben: „Das Zusammentreffen eines gebildeten Idealismus, eines perfekten Nebeneinander kultivierter und wilder Landschaft, des Zugangs zu Kunstwerken und eines empfänglichen Publikums scheint mir ohne Beispiel zu sein. Dieses Zusammentreffen könnte die Entwicklung der Bildhauerei in England und ihre Rezeption entscheidend beeinflussen."

PETER MURRAY

Peter Murray ist Gründer und Direktor des Yorkshire Sculpture Park.

Laterna Magica gastiert mit „Zauberhaftem Zirkus"

Poetische Weltschau

In jener Zeit, da die Bilder laufen lernten, erweckte bereits das bloße Auftauchen eines Kinofilms Erstaunen und Entzücken. Heutzutage muß man für solche Gemütsregungen schon mehr aufbieten. Zum Beispiel eine tonnenschwere Ausrüstung, drei Filmvorführgeräte und eine vierzehnköpfige grandiose Artistentruppe. So wohlpräpariert, spürt während ihrer derzeitigen Deutschland-Tournee die Prager „Laterna Magica" dem Zauber von Tanz, Film, Musik und Farbe nach.

Das Programm des Abends heißt „Zauberhafter Zirkus". Es ist das wohl populärste der berühmten tschechischen Mimen – und das universellste dazu. Bereits in der Eröffnungsszene werden Weichen gestellt. Aus übergroßen Eiern schlüpfen zwei Clowns und sehen sich einer liebreizenden Tänzerin sowie einem grimmigen Zauberer gegenüber. Ihre Abenteuer mit den beiden Antipoden werden zur Allegorie auf das Leben mit seinem Auf und Nieder zwischen Gut und Böse, das Zirkuszelt wird zum Mittelpunkt des Erdengeschehens. Stringenz des Handlungsfadens wird unwichtig gegenüber den schnellen, symbolträchtigen Szenenwechseln zwischen lebendigem Tanz und illusionärem Film.

Mit plakativen Effekten wird dabei nicht gegeizt. Auf der Bühne steht die Tänzerin, beobachtet durch die Clowns, die im Film auf der Leinwand hinter einem Fenster hervorlugen. Dann stehen die beiden leibhaftig auf der Bühne, werden aus der Leinwand durch Räuber aus dem Wald überrannt. Beim Wandern durch den Wald möchte man vor den gefilmten Baumästen unwillkürlich den Kopf einziehen. Wenn der Fotograf mit seinem vorsintflutlichen Apparat ein Foto schießt, da meint man, den Filmblitz des gezündeten Leuchtpulvers wahrhaftig im Raume zu sehen. Und wenn die Projektoren schnelle Drehungen auf die Halbkreisleinwand werfen und dazu die Kulissenmusik an Tempo zulegt, ergreift den Zuschauer schnell der Taumel des Karussells.

Das ist manchmal arg auf äußerliche Farbenpracht getrimmt, entwickelt aber immer wieder seinen Charme und auch eine feinfühlige Ironie. Und vollends hintergründig wird es im Kasperletheater: Eine Totenkopfpuppe schwingt da perfide den Hammer gegen die lieben Kasperle – und die Leierkastenmusik dudelt dazu die Melodie des Arbeiterkampfliedes „Wir sind die junge Garde des Proletariats ..."

Man sieht: Das Böse lauert in vielerlei Gestalt. Auch in wüsten Rokkern, die mit ihren Harley Davidsons gegen die Clowns und ihre Venus in einer verfallenen Werkhalle zur Schlacht rüsten. Zeitweise hat der finstere Magier gar die Schöne in eine Marionette verwandelt und läßt sie ganz nach seinem Willen tanzen. Die Clowns schweben mit der holden Dame per Freiluftballon davon, und noch einmal setzt der Bösewicht alles auf eine Karte. Auf der Filmleinwand ergießt sich glühende Lava in Richtung Publikum und Akteure. Aber natürlich ist die Rettung nahe.

Was für den Quiz das Kreuz und für den Drakula-Gegner die Knoblauchzehe, ist für die beiden Clowns das Zeichen der Liebe, die übergroße rote Rose. Vor ihr muß auch der Böse mit samt seiner Lava zurückweichen. Die Tänzerin heiratet einen Jüngling in Phantasietracht, und die Clowns ziehen alternd und melancholisch, aber doch glücklich weiter.

Der „Zauberhafte Zirkus" der Prager „Laterna Magica" ist ein großes weltliches Märchen vom Sieg des Guten über das Böse. Die Botschaft ist wahrlich nicht neu. Doch in ihren Bann läßt man sich schon gerne ziehen.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Weitere Daten: Münster bis 4. April, München 10. bis 29. April oder 2. Mai.



Alice Herdan-Zuckmayer — FOTO KEYSTONE

Mehr als eines Dichters Witwe

Sie ist die Frau eines berühmten Schriftstellers. Sie kam aus Wien, arbeitete in Berlin als Schauspielerin, als sie Zuckmayer kennenlernte. 1923 haben sie geheiratet, zogen dann nach Salzburg. Doch nach dem „Anschluß" Österreichs gingen sie in die Vereinigten Staaten. In Hollywood erwartete Zuckmayer ein Bombenvertrag als Drehbuchautor. Er zog es vor, mit seiner Frau in Vermont eine Farm zu bewirtschaften: jahrelang härteste Arbeit unter primitivsten Verhältnissen.

In dem Roman „Die Farm in den grünen Bergen" hat sie diese Erlebnisse verdichtet. Andere Bücher kamen dazu. Und seitdem weiß man, daß Alice Herdan-Zuckmayer eben nicht nur die Witwe eines berühmten Schriftstellers ist. Fester Wohnort nach dem Krieg wurde dann das hochgelegene Saas-Fee in der Schweiz. Dort feiert morgen Alice Herdan-Zuckmayer ihren 85. Geburtstag.

C. R.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „National Review"

Quer zur Geschichte

Mit einem Festbankett im New Yorker Hotel „The Plaza" feierte unlängst die konservative Zweiwochenschrift „National Review" (150 East 35th Street, New York, N. Y. 10016) den 30. Jahrestag ihrer Gründung. Unter den Gästen war auch Präsident Reagan. Die Saat, die „National Review" über die Jahre gesät hat, ist üppig aufgegangen.

Als im November 1955 der junge William F. Buckley die erste Nummer herausbrachte, schrieb er, er wolle sich der Geschichte quer in den Weg stellen und „Halt" schreien. Als „National Review" 25 Jahre alt wurde, war „ihr Mann" gerade dabei, seine Koffer zu packen, um ins Weiße Haus zu ziehen, und nun zum 30. feierte Reagan den Herausgeber Buckley als „den wohl einflußreichsten Journalisten und Intellektuellen der Gegenwart". Wenn Reagan allerdings die Rolle der „National Review" im Weißen Haus mit der des Magazins „People" im Wartezimmer eines Zahnarztes verglich, dann stellt sich die Frage, ob die Zeitschrift auch dann noch dabei ist, wenn der Zahn gezogen wird. Jedenfalls ist der geistig-politische Wandel in den USA mit der „National Review" verbunden.

Was verlieh der Zeitschrift diese Wirkung? Erstens vermied es Buckley, als er auszog, das anhaltende publizistische Monopol der „New Dealer" – es gab damals acht meinungsbildende Wochenschriften der Liberalen, keine der Konservativen – zu brechen, sich allzusehr mit den „Graswurzeln" der amerikanischen Politik einzulassen. Er siedelte sein Organ auf der intellektuellen Ebene an.

Zweitens vermochte er einen Feind zu definieren, und nichts verbindet mehr als ein gemeinsamer Feind. Dieser Feind war der Liberalismus (natürlich nicht der von Roepke und Hayek, sondern der von „Spiegel" und „Zeit"). Den dritten Punkt brachte Buckley selbst beim erwähnten Festbankett zur Sprache, als er sagte, daß eine Zeitschrift, „die gleichzeitig eine Mission erfüllen und den Wünschen ihrer Leser genügen will, sich umfassend auf die Flora und Fauna des kulturellen und politischen Lebens einlassen" muß.

Jeder Erfolg bringt aber auch Bürden mit sich. Und die Bürde der Jubiläumsnummer (vom 31. 12. 85) war es, daß in den USA eine schier endlose Flut von Publikationen sich mit dem Konservatismus befaßt. Was konnte da eine Jubiläumsnummer Neues bringen? Doch „National Review" löste die Aufgabe. Neben einigen wenigen der gewohnten Kolumnen erhält einer der jüngeren Mitherausgeber, Joseph Sobran, Gelegenheit, um in einem umfangreichen Grundsatzartikel eine scharfsinnige Analyse der amerikanischen Haltung zu Familie, Eigentum, Religion und Politik mit der Synthese der Voraussetzungen einer nicht-pathologischen Kultur zu verbinden.

Den Rest der Nummer füllen Essays über die „10 Großen" der Geschichte der „National Review" – unter anderen James Burnham, John Dos Passos, Willmoore Kendall, Russell Kirk – und vier noch heute schreibende Kolumnisten, so daß ein Panorama des amerikanischen Konservatismus entsteht. Richard Brookhiser meint im Editorial: „Die Meinungsunterschiede im Gründerkreis der ‚National Review' – die Stellung der Bürgerrechte in der amerikanischen Tradition, der Religion oder des freien Marktes – sind bei nachdenklichen Konservativen auch heute noch da. Heute, wo sich der amerikanische Konservatismus in der Situation befindet, sowohl zu regieren wie ‚Halt' zu rufen, nehmen diese Differenzen eine neue Bedeutung an. Warum und in wessen Namen sollen wir anhalten? Welche Richtung schlagen wir statt dessen vor?"

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

JOURNAL

Nurejew tanzt mit Baryschnikow

AFP, New York

Michail Baryschnikow und Rudolf Nurejew treten am 8. Juli bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung in der Metropolitan Opera in New York gemeinsam auf. Das Programm der beiden aus der Sowjetunion emigrierten Ballettstars, die zuletzt vor zehn Jahren gemeinsam tanzten, steht noch nicht fest. Der 38jährige Baryschnikow sagte nach der ersten gemeinsamen Probe, er habe nach 20 Minuten aufgegeben, während der 48jährige Nurejew „eine Stunde lang gesprungen ist". Die Eintrittskarten für die Veranstaltung kosten überwiegend zwischen 35 und 250 Dollar, einige Sonderplätze für 1000 Dollar sind mit einem anschließenden Diner verbunden. Die Veranstalter hoffen, eine halbe Million Dollar einzunehmen. Der Erlös des Galaabends geht an das Ballett der Metropolitan Opera, das von Nurejew geleitete Pariser Opernballett und das American Ballet Theater, dessen künstlerischer Leiter Baryschnikow ist.

Variationen über „Figur + Raum"

DW. Lüdenscheid

Zehn Künstler – von Jürgen Brodwolf bis Gottfried Wiegand – hat die Städtische Galerie Lüdenscheid zu der Ausstellung „Figur + Raum" eingeladen. Gezeigt werden nicht nur Gemälde, Graphiken und Skulpturen, sondern auch Objekte, Collagen und Xerokopien, die von der Gestalt des Menschen ausgehen, auch wenn sie – wie in den Plastiken von Karl Manfred Rennertz oder Max Schmitz – zur Abstraktion führen. Die Ausstellung ist in Lüdenscheid bis zum 20. April zu sehen und geht dann nach Paderborn (8. Juni bis 6. Juli) und Frechen (1987). Der Katalog kostet 15 Mark.

Katalog der Bildwerke des Mittelalters

DW. Karlsruhe

Das Erarbeiten von wissenschaftlichen Bestandskatalogen ist eigentlich das tägliche Brot der Museumsleute. Aber die Sparsamkeit der Museumsträger, der Kommunen und Länder zumeist, läßt es nur zu oft an den notwendigen Mitteln für das wissenschaftliche Personal und die nicht unerheblichen Publikationskosten fehlen. Deshalb fällt es auf, wenn das Badische Landesmuseum Karlsruhe jetzt einen umfangreichen, gut ausgestatteten Katalog „Die mittelalterlichen Bildwerke", bearbeitet von Cora Zimmermann, vorlegen kann. Er beschreibt 212 plastische Arbeiten von der Romanik bis zur Spätgotik aus Holz, Stein, Ton und Bronze sowie Beispiele der Bauskulptur, die das Museum besitzt. (406 S., 307 Abb. 100 Mark).

„Begegnung und Auseinandersetzung"

DW. Duisburg

Die Arbeit des Theologen Professor Heinz Kremers, der in diesem Jahr mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet wurde, dokumentiert der vom Institut für Schulbuchforschung (IfS) an der Universität Duisburg herausgegebene Band „Begegnung und Auseinandersetzung". Er wurde von Gerd Stein zusammengestellt und ist vorwiegend der deutsch-israelischen Schulbucharbeit gewidmet. Das Buch ist über das IfS (Hermann-Grothe-Str. 99, 4100 Duisburg 26) zu beziehen.

Mehr als 3000 Studenten an Lubliner Universität

rst. Lublin

An der einzigen Katholischen Universität in osteuropäischen kommunistischen Staaten, in der polnischen Stadt Lublin, studieren zur Zeit über 3000 Studenten. Sie werden von mehr als 350 Wissenschaftlern, darunter etwa hundert Professoren und Dozenten, betreut. Die meisten Studenten sind an der Theologischen Fakultät (857) sowie der gesellschaftlichen (765) und der humanistischen Fakultät (725). Die Lubliner Katholische Universität unterhält engen Kontakt mit der Katholischen Hochschule in Eichstätt und den Universitäten in Löwen (Belgien) und Nimwegen (Niederlande).

Kur und Literatur im Teutoburger Wald

dpa, Düsseldorf

Als „Kurgastdichter" soll künftig jedes Jahr ein erholungsbedürftiger Schriftsteller im Luftkurort Lage-Hörste im Teutoburger Wald kostenlos kuren können. Erdacht und organisiert hat dieses Programm das Literaturbüro Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, „weil wir festgestellt haben, daß viele Autoren krank sind". Der Autor, der für drei Wochen die Ruhe des Kurortes genießen kann, soll allerdings vor Schülern und Kurgästen aus eigenen Werken lesen, gegen Honorar natürlich. Erster „Kurgastdichter" wird in diesem Sommer der Jugendbuchautor Helmut Ballot („Das Haus der Krokodile") sein.

Mangelhafte Wartung oder Sabotageakt?

W. THOMAS, Mexico-Stadt

Zwei Tage nach der schlimmsten Katastrophe in der mexikanischen Luftfahrtgeschichte herrscht noch immer Rätselraten über die Absturzursache des Linienjets. Die Ermittlungen konzentrierten sich auf die Möglichkeit eines Triebwerkschadens oder eines Bombenanschlags.

Die mexikanischen Behörden hoffen, daß der bereits sichergestellte Flugrechner wichtige Hinweise liefern wird. Das „Voice Control System" soll dem amerikanischen Luftfahrtamt in Washington zur Auswertung geschickt werden. Washingtoner Experten sowie Vertreter der Boeing-Werke und des Triebwerk-Produzenten Pratt and Whitney helfen bei den Untersuchungen an Ort und Stelle. Augenzeugen berichteten, daß die Boeing 727-200 der Fluglinie „Mexicana" in der Luft explodierte.

Vermutungen über einen Triebwerkschaden hegen die Gewerkschaften, die über eine mangelhafte Wartung der Maschinen berichteten. Ein Sprecher der Fluglinie wies diese Vorwürfe zurück. Die Theorie einer Sabotage-Aktion beunruhigte jedoch besonders die Veranstalter der Fußballweltmeisterschaft, die schon Ende Mai beginnt. Viele WM-Touristen könnten abgeschreckt werden.

Die Gerüchte, der Mittelstrecken-Jet sei einem Bombenanschlag zum Opfer gefallen, rankten sich um eine Meldung des Fernsehsenders Telev ISA vom vergangenen Wochenende:

US-Regierung warnte vor Terror-Anschlägen

Die US-Regierung habe Mexiko vor libyschen Terroristen gewarnt und zu schärferen Grenzkontrollen aufgefordert, hieß es. Offizielle Kreise hatten zu diesen Informationen keine Stellung bezogen. Nach dem Absturz wurden jedoch überall die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Auf allen großen Flughäfen mußten die Passagiere ihr Gepäck identifizieren.

Mittlerweile sind die Bergungsarbeiten in dem 144 Kilometer nordwestlich von Mexico-Stadt gelegenen Absturzgebiet fast beendet. 145 der insgesamt 166 Toten, die zum Teil bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind, konnten geborgen werden. Die Identifizierung der Leichen wurde dadurch erschwert, daß plündernde Bauern Schmuckstücke und persönliche Wertsachen stahlen, die Hinweise auf die Person des Verunglückten hätten geben können. Nach Angaben von Diplomaten sind unter den Toten mindestens acht Franzosen, vier Schweden, drei Kanadier und eine noch unbekannte Zahl US-Bürger. Bonns Botschaft in Mexico-Stadt ist sich jedoch sicher, daß keine deutschen Staatsbürger in der Unglücksmaschine saßen.

Die „Marques" war ein stolzer Hochseesegler. Bis zu jener Nacht vor zwei Jahren, als sie während einer Regatta nordwestlich der Bermudas von einer heftigen Bö erfaßt wurde, sank und neunzehn Menschen mit sich in die Tiefe riß. War das Schiff nicht seetüchtig? Die mysteriösen Begleitumstände sind jetzt Thema einer Seeamts-Verhandlung in London.

FOTO: DIE WELT

Des Rätsels Lösung liegt auf dem Meeresgrund

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

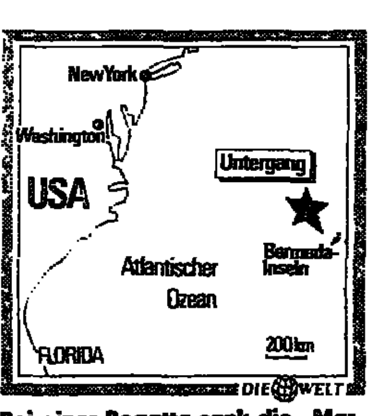
Die Mittelwache war gerade an Deck gekommen. Ein paar Minuten später kam der Tod. Die „Marques", das Flaggschiff der „Onedin-Line", wurde von einer urplötzlich einfallenden Orkanbö unter Wasser gedrückt. Die Bark sank innerhalb weniger Minuten auf den Grund der Karibik und riß neunzehn Menschen mit sich in die Tiefe. Nur neun überlebten. Wie konnte es geschehen, wer trägt die Schuld an der Katastrophe?

Diese Fragen muß ein Seeamt klären, das erstmals im vergangenen Herbst unterm Vorsitz des Königlichen Rats Richard Stone in der südenglischen Hafenstadt Plymouth zusammengetreten war. Doch die Sache ist so kompliziert, daß nach mehreren Sitzungswochen vertagt wurde. Die Untersuchung war dem vom Verkehrsministerium zum „Wrackkommissar" ernannten Juristen zunehmend zur Sisyphosarbeit geraten. Denn allzu viele Widersprüche wurden auf Stones Tisch geschwemmt – Treibgut einer bitteren Fehde zwischen den beiden früheren Eignern des Unglücksschiffs.

So viel steht fest, wenn Stone am 7. April in einem Gemeindesaal im Londoner Bezirk Westminster die zweite Seeamtsrunde eröffnet: Der 85 Tonnen große Dreimaster war Teilnehmer der internationalen Hochseeregatta der Tiefseesegler und ging am Abend des 2. Juni 1984 auf die Rennetappe Bermudas–Neuschottland. In den ersten Morgenstunden des nächsten Tages knüppelte das Schiff bei Windstärke sechs bis sieben und Regenschauern durch eine rauhe See. Ein Großteil der Crew war so seekrank wie unerfahren.

Es war kurz nach vier Uhr früh. Die Mittelwache war aufgezogen und beriet sich mit den Kameraden übers Segelkürzen. Da fiel ohne jede Vorwarnung eine Bö von Orkanstärke ein. Die Bark holte gefährlich über, machte Wasser: Luken und Ventilatoren müssen offengestanden haben. Rudergänger Philip Sefton (32) und die Männer an Deck kämpften verzweifelt, das Schiff zu retten. Es war zu spät. Die „Marques" kam gerade noch einmal hoch, dann schnitt ihr Vorschiff unter Wasser. Das war das Ende. Die Bark hatte sich unterm Press des eigenen Tuchs selbst in die Tiefe gesegelt. Mit ihr versanken auf Position 33.50 Nord / 66.40 West zwölf Kadetten, vier Mann Stammbesatzung sowie der amerikanische Skipper Stuart Finlay (42), dessen 31jährige Ehefrau Aloma und der noch nicht mal anderthalb Jahre junge Sohn Christopher. Die Überlebenden wurden drei Stunden später vom Rettungsfloß geborgen.

Soweit die Tatsachen. Wenn es freilich um Ursachen und Hintergründe des Desasters geht, steht Aussage gegen Aussage. Die beiden Männer, die eine Zeitlang gemeinsame Eigner des Unglücksseglers waren, sind inzwischen erbitterte Gegner und taten dies auch dem Seeamt in lautstarken Auseinandersetzungen kund. Auf der einen Seite steht der 45jährige Brite Robin Cecil-Wright, der die jahrelang aufgelegt vor sich hinrottende „Marques" 1971 erworben und in fünfjähriger Arbeit hergerichtet hatte. Inzwischen behauptet der Gentleman-Farmer aus Cornwall: „Unter Regattabedingungen ist sie niemals seetüchtig gewesen – ein maroder Kiel, und vor allem viel zu schwach in ihren jahrzehntealten Verbänden." Der 1917 gebaute Pott sei von einer inkompetenten Schiffsführung einfach „viel zu hart gefahren worden". Als Zeuge der Anklage ist der Amerikaner Philip Graf aufgeboten, der 1983 in Plymouth eingestiegen war und schon im ersten Zwischenhafen auf den Kanaren „gesträubten Haares" entflohen sein will, statt den Schlag in die Karibik mitzumachen: „Nie zuvor bin ich irgendwo gefahren, wo auf Sicherheit und Wohlergehen der Crew weniger Rücksicht genommen wurde!"



Bei einer Regatta sank die „Marques" nordwestlich der Bermudas

Cecil-Wrights Ex-Kompagnon und heutiger Widersacher heißt Mark Litchfield, ehemaliger Seeoffizier. Die beiden hatten ihre Geschäftsbeziehung nach bösen Auseinandersetzungen anno 1983 gekappt: Litchfield blieb alleiniger „Marques"-Reeder, bestreitet alle Vorwürfe des einstigen Partners ganz entschieden. Doch auch Litchfield ließ „seine" Zeugen aufmarschieren, zum Beispiel den Skipper der „Golden Hind"-Replik. David Rawnsley hatte bei der letzten „Marques"-Generalüberholung mitgearbeitet und bescheinigt nun unter Eid, das Schiff sei in denkbar bestem Zustand gewesen.

Dies dürfte wohl noch für längere Zeit eine Streitfrage bleiben – zumal dem Seeamt zwei widersprüchliche Aussagen vorgelegt wurden, die von ein und demselben Schiffsgutachter stammen sollen. Dem einen Eigner soll dieser Experte nach einem kurzen Blick auf den Kiel des gedockten Schiffes geraten haben: „Vergessen Sie's besser!" Der andere will mit einer Expertise desselben Gentleman das amtliche Seetauglichkeitszeugnis bekommen haben. Was die Sache besonders delikat macht: Ein solches Zertifikat stellt das Verkehrsministerium in aller Regel nur nach einer Schiffsbegehung durch einen eigenen Experten aus. Als Litchfield anklopfte, wurde „ausnahmsweise" darauf verzichtet. Cecil-Wright witterte gleich Bestechung.

Bei allem Für und Wider, eines dürften wohl schon die Herbst-Sitzungen des Seeamts offengelegt haben: Der letzte Skipper der „Marques" war nach Recht und Gesetz überhaupt nicht zur Schiffsführung berechtigt. John Reader vom Handelsministerium, das die Patente für auf britischen Kauffahrern segelnde Offiziere erteilt, sagte aus: „Finlay durfte den 85-Tonner übernehmen, nachdem er uns die Fotokopie eines von der US-Küstenwacht ausgestellten Patents vorgelegt hatte." Dies berechtigte ihn zur Führung von Seefahrzeugen bis zu 100 Tonnen im Atlantik – später stellte sich heraus: Es war gefälscht. Laut echtem Berechtigungsschein durfte der Ex-Direktor einer heruntergekommenen Segelschule nämlich nur Fahrzeuge von 60 Tonnen höchstens 60 Seemeilen vor die Neuengland-Küste skippern.

Finlay kann darauf nicht mehr antworten. Er ist ebenso in den Tod gesegelt wie die anderen, für die er als Kapitän verantwortlich war. Oder trägt die letzte Verantwortung doch der Eigner, wie es ein US-Anwalt behauptet? Wie dem auch sei: In Sachen „Marques" geht die juristische Seeschlacht weiter, und Beobachter erwarten das bevorstehende Treffen mit großem Interesse. (SAD)

Familie, Freunde und Freizeit wichtiger als Beruf

dpa, Hamburg

Die Lebensideale der Bundesbürger haben sich im Laufe der Zeit deutlich geändert. Noch vor zehn Jahren war ihnen der Beruf wichtiger als die Freizeit. Jetzt rangieren die drei „F" – Familie, Freunde und Freizeit – vorn. Der Beruf ist hinter der Bildung auf den fünften Platz der Werteskala gefallen. Das ergab eine Umfrage des Hamburger B.A.T. Freizeit-Forschungsinstituts. Dabei zeigte sich, daß alle Befragten Familie mit 90, Freunde mit 88 und Freizeit mit 85 Prozent als sehr wichtig einstuften. Den Beruf halten „nur" 78 Prozent für wichtig.

Die Familie werde zwar als bedeutsam eingestuft, doch mit ihr gemeinsam etwas zu unternehmen, seien zwei verschiedene Dinge, kommentierte der Leiter des Instituts, Professor Horst Opaschowski, die Umfrageergebnisse. Die subjektive Einschätzung der Lebensbereiche sei oft nur Wunschvorstellung. Der kleinste gemeinsame Nenner der Familie sei oft nur das Fernsehen.

Drei Kinder ertrunken

AP, Wiesbaden

Das Hochwasser in der Bundesrepublik Deutschland hat vermutlich drei Kindern das Leben gekostet. Am Dienstag nachmittag ertrank in Erlensee-Rückingen bei Hanau ein achtjähriges Mädchen in einem zwei Meter tiefen Flutgraben der Kinzig. In Mörlenbach im Kreis Bergstraße wird seit Dienstag abend ein zweieinhalbjähriger Junge vermißt. Er ist vermutlich in die Hochwasser führende Weschnitz gestürzt. Bereits am Ostermontag war ein achtjähriger Junge in den Fluten des Solmsbaches in Osthessen ums Leben gekommen. Die Pegel an Rhein, Mosel und Fulda fallen inzwischen wieder.

Weniger junge Raucher

dpa, Bonn

Von 1973 bis 1982 ist der Anteil der Nichtraucher unter den 14- bis 25jährigen von 42 auf 51 Prozent deutlich angestiegen. Bei den 14- bis 19jährigen sank die Zahl der Raucher von 1978 bis 1984 von mehr als 40 Prozent auf 28 Prozent. Das teilte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Kroll-Schlüter gestern in Bonn unter Berufung auf Zahlen des Familienministeriums mit.

Schatz aus der Zarenzeit

AFP, Moskau

Ein Wollstrumpf voll von kostbaren Perlen, Ohrringen, Geld und einem Diamantenkollier wurde bei Renovierungsarbeiten in einem alten Haus in der Moskauer Innenstadt entdeckt. Wie die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" berichtete, fanden bulgarische Arbeiter den Schatz, den sein Besitzer noch vor der Oktoberrevolution 1917 unter dem Parkettboden versteckt hatte.

Ehe annulliert

AP, Karlsruhe

Wer ahnungslos eine Frau heiratet, die von einem anderen Mann ein Kind erwartet, kann die Ehe wegen Irrtums über eine persönliche Eigenschaft der Frau aufheben lassen. Das gleiche gilt nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes, wenn das Kind bereits vor der Eheschließung zur Welt gekommen ist und der Ehemann glaubt, er sei der leibliche Vater (Az.: IVb ZR 4/85).

Drei Jahre für „DDR"-Arzt

dpa, Berlin

Ein 61jähriger Zahnarzt aus Magdeburg rechnete bei der staatlichen Sozialversicherung in der „DDR" jahrelang Leistungen für Patienten ab, die er nie behandelt hatte. Auf diese Weise strich er 55 000 Mark ein. Das „DDR"-Bezirksgericht Magdeburg bestätigt nach Angaben des Berliner Informationsbüros West ein Urteil, mit dem der Arzt zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren, einer Geldbuße von 5000 Mark und zum Schadenersatz in Höhe von 55 000 Mark – plus vier Prozent Zinsen – verurteilt worden war.

3 Millionen Mark Bußgeld

AP/rtr, Charleston

Die Aufsichtsbehörde über die betriebliche Sicherheit (OSHA) in Charleston (West Virginia) hat am Dienstag gegen den Chemiekonzern Union Carbide wegen der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen eine Geldstrafe in Höhe von 1,3 Millionen Dollar (rund drei Millionen Mark) verfügt, die höchste jemals verhängte Strafe. Wie ein Sprecher der Regierungsbehörde mitteilte, werden dem Konzern in den letzten sechs Monaten 221 Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen vorgeworfen. Im Dezember 1984 trat in einem Werk des Konzerns in der indischen Stadt Bhopal Giftgas aus. Mehr als 2000 Menschen starben. Union Carbide will Berufung einlegen.

WETTER: Vereinzelt Regen, kühl

Lage: Ein Tief über Nordostspanien verlagert sich mit seinen Ausläufern in Richtung Tschechoslowakei. Es bestimmt das Wetter im Süden und in der Mitte Deutschlands. Im Norden und Nordwesten überwiegt schwacher Zwischenhocheinfluß.

Vorhersage für Donnerstag: Im norddeutschen Tiefland heiter bis wolkig und trocken, sonst überwiegend stark bewölkt und vor allem im Süden Regen. Tagestemperaturen 5 bis 9 Grad, nachts um 3 Grad, im Bergland leichter Frost. Schwacher Wind aus nordöstlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Wechselhaft mit einzelnen Niederschlägen, weiterhin kühl.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.52 Uhr*, Untergang: 19.59 Uhr; **Mondaufgang:** 5.44 Uhr, Untergang: 14.13 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 5. April, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	8	he
Bielefeld	8	bw
Braunlage	3	bw
Bremen	9	bw
Dortmund	8	bw
Dresden	6	he
Düsseldorf	9	bw
Erfurt	8	bw
Essen	7	bw
Feldberg/S.	-1	bw
Flensburg	5	bw
Frankfurt/M.	10	bw
Freiburg	11	bw
Garmisch	11	bw
Greifswald	6	bw
Hamburg	8	bw
Hannover	8	he
Kahler Asten	3	bw
Kassel	8	bw
Kempten	8	bw
Kiel	6	bw
Koblenz	10	bw
Köln-Bonn	10	bd
Konstanz	10	bw
Leipzig	8	he
List/Sylt	4	bw
Lübeck	8	he
Mannheim	12	bw
München	8	bd
Münster	8	he
Norderney	4	bd
Nürnberg	9	bw
Oberstdorf	9	bw
Passau	10	bw
Saarbrücken	8	bd
Stuttgart	10	bw
Trier	8	bw
Zugspitze	-7	bw

Ausland:

Algier	25	bw
Amsterdam	7	bw
Athen	19	wl
Barcelona	14	bw
Belgrad	18	wl
Bordeaux	13	he
Bozen	12	bw
Brüssel	10	he
Budapest	10	Rs
Bukarest	17	he
Casablanca	20	he
Dublin	6	he
Dubrovnik	18	wl
Edinburgh	5	he
Faro	14	bw
Florenz	13	he
Genf	11	he
Helsinki	3	bd
Hongkong	18	bd
Innsbruck	12	he
Istanbul	17	he
Kairo	28	he
Klagenfurt	9	bd
Konstanza	16	wl
Kopenhagen	6	bd
Korfu	18	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	4	bw
Lissabon	14	bw
Locarno	14	he
London	7	bw
Los Angeles	12	he
Luxemburg	7	bw
Madrid	14	bw
Mailand	14	bw
Malaga	13	R
Mallorca	20	bw
Moskau	4	bw
Neapel	20	he
New York	15	bd
Nizza	16	he
Oslo	7	bw
Ostende	8	he
Palermo	18	he
Paris	11	bw
Peking	18	bd
Prag	10	he
Rhodos	22	wl
Rom	18	he
Salzburg	13	bw
Singapur	30	bw
Split	18	wl
Stockholm	2	R
Straßburg	9	bw
Tel Aviv	16	bd
Tokio	16	he
Tunis	22	he
Valencia	15	bw
Varna	17	wl
Venedig	17	he
Warschau	7	bw
Wien	12	bw
Zürich	12	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Reich belohnt

Zwei Stunden kämpfte er mit sich selbst, ob er den gefundenen Lottoschein behalten solle. Schließlich kam der **William Murphy** aus Montreal, wie er selbst sagte, zu der Ansicht, daß sein Vorhaben unrecht sei. Der Sozialhilfeempfänger hatte aus der Zeitung erfahren, daß genau dieser Schein, der in einer auf dem Bürgersteig gefundenen Brieftasche steckte, sechs Richtige und damit den Hauptgewinn von 7,6 Millionen Dollar hatte. Er brachte den Schein dem rechtmäßigen Besitzer **Jean-Guy Lavigueur** zurück, obwohl er selbst nur noch 56 Cents in der Tasche hatte. Soviel Ehrlichkeit belohnte der ebenfalls arbeitslose Jean mit einem Fünftel der Gewinnsumme, runde 1,2 Millionen Dollar. Die gefundene Brieftasche hatte William übrigens schon vorher mit der Post zurückgeschickt. Den Lottoschein hatte er jedoch in der Hoffnung auf einen kleinen Gewinn behalten – er rechnete mit etwa zehn Dollar.

Fundamente des Geistes untergraben

U-Bahn-Bau führte zu irreparablen Schäden an der Moskauer Lenin-Bibliothek

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Moskaus gewaltigstes Monument des Geistes ist in Gefahr", ereiferten sich in einem Leserbrief der „Moskowskaja Prawda" Schriftsteller und Architekten. Ihr Appell blieb ungehört. Aber jetzt, nachdem die „Literaturnaja Gaseta" einen Artikel der bekannten Kriminalschriftstellerin Olga Tschajkowskaja über diesen Fall gebracht hat, schlagen die Wellen der Empörung hoch.

Es geht um die Lenin-Bibliothek, einen imposanten Bau am Anfang des Kalininprospektes, in Nachbarschaft des Kreml gelegen. Dieses Gebäude, das 29 Millionen Bücher, Zeitschriften und Zeitungen in 247 Sprachen beherbergt, wurde durch U-Bahn-Bauarbeiten schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Der überdimensionale Bau, der 1937 von den Architekten Schtschuko und Helfreich in hellem Marmor und grauem Granit geschaffen wurde, zählt zu den baulichen Höhepunkten dieser Zeit. Das monströse Bauwerk wurde seinerzeit dem alten Bibliotheksgebäude – dem Paschkow-Haus – harmonisch angegliedert. Ausgerechnet dieses Meisterwerk des Moskauer Klassizismus ist so sehr durch die Erdarbeiten für die neue U-Bahn-Station „Borowitzkaja" beschädigt worden, daß ganze Seitenflügel wegen Einsturzgefahr geräumt werden mußten.

Durch die Ausschachtung wurden Außen-Skulpturen beschädigt, Granitsäulen abgebrochen, Wände von Rissen durchzogen, ja das ganze Fundament des Paschkow-Hauses senkte sich bedenklich nach einer Seite und der Nordflügel des historischen Gebäudes brach völlig auseinander. Irreparable Schäden, wie Fachleute jetzt feststellen.

Jahrlang herrschten Schlamperei und Fahrlässigkeit am Bau. So wurden die notwendigen Erdarbeiten für die Metrostation ohne geologische Untersuchung eingeleitet. Man sprengte Tunnels unter den Gebäuden, Grundwasser überflutete die Keller der Bibliothek, doch alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Selbst der zuständige Direktor der Lenin-Biliothek fühlte sich nicht verantwortlich, akzeptierte das Vorgehen der Arbeiter-Trupps.

Einhalt geboten wurde diesem Bauskandal erst durch den neuen Moskauer Parteichef Boris Jelzin, der mit eisernem Besen in der Metropole gegen Mißwirtschaft und Korruption kämpft. Der verantwortliche Direktor der Bibliothek soll nun ebenso zur Rechenschaft gezogen werden wie die Städteplaner und Architekten, die für den U-Bahn-Bau verantwortlich waren. Die „Literaturnaja Gaseta" forderte eine strenge Bestrafung der Schuldigen. Niemand weiß zur Stunde, was mit der Lenin-Bibliothek geschehen soll.

Die U-Bahn-Station „Borowitzkaja" allerdings ist jetzt feierlich eröffnet worden.

Warnung vor Methanol-Weinen aus Italien jetzt auch in Nordrhein-Westfalen

Giftweinskandal hat das 14. Todesopfer gefordert

DW. Genua

Dem Giftweinskandal in Italien sind inzwischen 14 Menschen zum Opfer gefallen. Nach Angaben der Polizei starb in einem Krankenhaus in Genua ein 52jähriger Mann nach einwöchiger Bewußtlosigkeit. Die Ärzte im Krankenhaus San Martino berichteten, sie hätten einen hohen Gehalt an Methylalkohol im Blut des Opfers festgestellt.

In einer Klinik im norditalienischen Albenga stellte sich am Dienstag heraus, daß auch ein am Montag gestorbener 68jähriger Mann Opfer des Giftweins wurde. Eine Obduktion und ein Vergleich mit einer Weinprobe, die in seinem Haus gefunden wurde, ergab nach Angaben der Behörden, daß er von dem vergifteten Wein getrunken hatte. In der Provinz Turin ergab eine Autopsie, daß auch eine am Sonntag gestorbene 71jährige Frau an dem Gift im Wein starb. Nach Angaben der Polizei werden in Krankenhäusern in Norditalien noch über ein halbes Dutzend Patienten behandelt, die mit Methylalkohol versetzten Wein getrunken haben.

Vor dem Verzehr methanolversetzter Weine hat der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Matthiesen gewarnt. Er betonte gestern, daß alle neuen Weinimporte aus den betroffenen Regionen Italiens derzeit lückenlos kontrolliert würden, wollte aber nicht ausschließen, daß die Weine auch in Nordrhein-Westfalen erhältlich seien. Vier Großhandelsunternehmen in diesem Bundesland seien inzwischen von der italienischen Lieferfirma vor dem Verkauf dieser Weine gewarnt worden. Mit Methanol versetzt seien die in Zwei-Liter-Flaschen vertriebenen italienischen Tafel-Weißweine Rebendorf, Silberadler, Bauernschoppen, Steinadler und Bauerntrunk.

Koliken, Erbrechen und Lähmung der Atemwege

DIETER THIERBACH, Bonn

Methanol (CH_3OH), auch Holzgeist oder Karbinol genannt, bildet mit Äthanol (CH_3CH_2OH) eine im Geruch sehr ähnliche, farblose, brennbare Flüssigkeit und mischt sich mit Wasser in jedem Verhältnis. Die Hauptgefahr beim Methylalkohol liegt in seiner Ähnlichkeit mit dem Äthylalkohol und seiner Giftigkeit. Die Wirkungsweise des Methanols hängt mit seinen Stoffwechsel-Besonderheiten zusammen, durch die er sich von anderen Alkoholen unterscheidet.

Während Äthanol nach Aufnahme im Körper zum weitaus größten Teil zu Kohlensäure und Wasser verbrannt wird, entstehen bei der Oxidation des Methanols die Abbauprodukte Formaldehyd und Ameisensäure. Toxische Wirkungen, namentlich die gefürchteten Sehstörungen bis hin zur Erblindung durch die Degeneration der Sehnervenfasern sind schon nach wenigen Milliliter (ml) beobachtet worden. Als tödliche Gabe des reinen Methanols werden 30–100 ml angegeben.

Bei der Aufnahme ist der meist nicht sehr ausgeprägte Rauschzustand mit starken Kolikschmerzen, Durst, Übelkeit und Erbrechen verbunden. Er geht oft in eine tödliche Lähmung des Atemzentrums über. Auch schon ohne Rausch kann plötzliches Zusammenbrechen unter Atemnot und Erstickungskrämpfen zur Atemlähmung führen. In 25 Prozent der bekannten Fälle führte die Vergiftung zu bleibender Blindheit, Sehdefekte wurden sogar in 50 Prozent der Fälle beobachtet.

In Deutschland wurde 1911 eine Methanol-Massenvergiftung bekannt, als in einem Berliner Asyl für Obdachlose nach dem Genuß von „Schnaps" 129 Insassen erkrankten, von denen die meisten starben.

ZU GUTER LETZT

„Romantisches weiß/rosa Brautkleid zu verkaufen, Größe 40, mit Zubehör, DM 300". Aus „Bayernmotor" der Betriebszeitung von BMW.

